

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

**WELCHE
ARBEIT
MACHEN
WIR?**

Zur Zukunft von Wirtschaft,
Natur und Kultur

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

Welche Arbeit machen wir?

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

**WELCHE
ARBEIT
MACHEN
WIR?**

Zur Zukunft von Wirtschaft,
Natur und Kultur

Otto
Brenner
Stiftung

Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Verantwortlich für Konzept, Redaktion und Lektorat:

Hans-Jürgen Arlt
Universität der Künste Berlin
Honorarprofessor für Strategische Kommunikationsplanung
E-Mail: h-j.ahrt@gmx.de

Benedikt Linden
Referat Wissenschaftsförderung und Projektsteuerung
Otto Brenner Stiftung
E-Mail: benedikt.linden@otto-brenner-stiftung.de

Erscheinungsdatum:

November 2022

Satz und Gestaltung:

think and act – Agentur für strategische Kommunikation

Druck:

Satzdruck GmbH, Coesfeld-Lette



This publication is available in Open Access under the Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0) licence (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>).

Geleitwort

Die gegenwärtigen Realitäten zu begreifen, um Wege in eine bessere Zukunft für möglichst viele Menschen zu finden und durchzusetzen: darum dreht sich unsere Gewerkschaftsarbeit. Ihr Erfolgsgeheimnis sind oft die kleinen Schritte, nicht die großen Entwürfe. Aber woher wissen wir, dass die Richtung stimmt? Weil wir mit Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität eine Werte-Trias und Richtschnur haben, die wir über alle technischen Revolutionen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, großen Krisen und fürchterlichen Kriege hinweg nicht aus den Augen verlieren. Und dies auch in Phasen des Verbots und der Verfolgung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Diese Verbindung konkreter Alltagsarbeit mit übergreifender Zielorientierung prägt die erfolgreiche Geschichte der IG Metall. Otto Brenner, ihr Vorsitzender von 1952 bis 1972, hat die Klammer zwischen praktischen Schritten und wegweisenden Werten über die IG Metall hinaus so eindrucksvoll verkörpert, dass sein Name bis heute dafürsteht. Die Entscheidung, unmittelbar nach seinem Tod eine Wissenschaftsstiftung zu gründen und ihr Otto Brenners Namen zu geben, war vor 50 Jahren ebenso naheliegend wie zukunftsweisend.

In dem halben Jahrhundert ihres Wirkens hat die OBS das politische Vermächtnis Otto Brenners gepflegt und aktualisiert. Sie startet in den 1970er Jahren mit Studien und Veranstaltungen meist zu arbeitsrechtlichen Fragen, beispielsweise zu Streiks und Aussperrungen. Den Herausforderungen der Wiedervereinigung tragen Untersuchungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost- und Westdeutschland Rechnung, die späten 90er Jahre setzen Probleme der Globalisie-

rung und der europäischen Gestaltung von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Demokratie ins Zentrum der Stiftungsarbeit.

Eine thematische Weichenstellung bedeutet schließlich die Auslobung des Otto Brenner Preises ab 2005 und dessen Profilierung durch den Aufbau einer weiteren Säule mit medienkritischen Studien und medienpolitischen Untersuchungen. Heute publiziert die Stiftung regelmäßig Forschungsergebnisse, welche kritisch-aufklärende Öffentlichkeit, demokratische Politik und die Zukunft guter Arbeit fokussieren.

Diese Leitlinie, Gegenwartsanalyse und Zukunftsgestaltung zu verbinden, schreiben auch die drei Essay-Bände zur Zukunft von Arbeit, Politik und Öffentlichkeit fort, für die wir dankenswerter Weise namhafte Autor:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Kultur gewinnen konnten. Den reflektierten und fundierten Rat der kritischen Intellektuellen seiner Zeit hat Otto Brenner immer wichtig genommen. Die IG Metall und ihre Stiftung teilen diese Haltung.

Das Interesse der Autor:innen und der Leser:innen der drei Essaybände an der Zukunft auch gewerkschaftspolitisch relevanter Fragen und der künftigen Arbeit der Stiftung ist für uns eine Ermutigung, uns den Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation und der Emanzipation der abhängig Beschäftigten unter den Bedingungen einer vielfachen Krise mit ungebrochenem Engagement zu stellen.

Frankfurt am Main, im Sommer 2022

Jörg Hofmann

*OBS-Verwaltungsratsvorsitzender
Erster Vorsitzender der IG Metall*

Jupp Legrand

*Geschäftsführer
Otto Brenner Stiftung*

Inhalt

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

9 Große Transformation geht nur demokratisch gut

Eine Einleitung

Kathrin Gerlof

21 Wirtschaft wird von Menschen gemacht

Warum merkt man so wenig davon?

Timo Daum

43 Was, wenn der Computer vor dem Auto erfunden worden wäre?

Heike Buchter

65 Wirtschaft und Gerechtigkeit, auf ewig geteilt?

Jutta Allmendinger und Wolfgang Schroeder

89 Souveränitätsgewinne oder Freiheitsverluste

Wohin treibt der Arbeitsmarkt?

Vincent August

109 **Solidarität**

Konstellationen und Dynamiken
in der Spätmoderne

Andreas Zeuch

129 **Unternehmens- und
Wirtschaftsdemokratie**

Am Ende keine oder beide

Klaus Jacob

149 **Es wimmelt von Henne-Ei-Problemen**

Transformation als ko-evolutionärer Prozess

Ingrid Kurz-Scherf

169 **„We should all be feminists“**

Kapitalismuskritik als
sozial-emanzipatorisches Projekt

Mathias Greffrath

195 **Animal laborans, homo faber,
homo oeconomicus**

Und wie weiter ...

Jana Gebauer

219 **Imagining Otherwise**

Fantastische Perspektiven
auf Arbeit in der Transformation

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

Große Transformation geht nur demokratisch gut

Eine Einleitung

Unter den Namen, die unsere Gegenwartsgesellschaft charakterisieren oder sogar auf den Begriff bringen sollen, gehört „Arbeitsgesellschaft“ zu den bekannteren. Das ist auffallend, weil jede Gesellschaft auf Arbeit angewiesen ist, aber erst die Moderne bezieht sich bei ihrer Selbstbeschreibung (auch) auf die Arbeit.

Kein irdisches Lebewesen – nicht einmal die aus der Bibel bekannte Lilie auf dem Feld – kann einfach so vor sich hin leben. Je nach körperlicher Konstitution und den Umständen seiner Umwelt muss es mehr oder weniger dafür tun, am Leben zu bleiben, kurz, sich versorgen. Ist es dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage, ist es darauf angewiesen, von anderen versorgt zu werden. Versorgung lässt sich folglich als die elementare Funktion der Arbeit bestimmen. Von einem solchen Grundverständnis hat sich die moderne Arbeitsdebatte jedoch weit entfernt, wenngleich feministische Beiträge immer wieder daran erinnern.

Wenden wir uns dieser fundamentalen Sicht auf die Arbeit kurz zu. Die Notwendigkeit, sich zu versorgen oder versorgt zu werden, beruht auf einem Bedarf, mindestens auf Grundbedürfnissen. Um den Bedarf zu befriedigen, wird erstens eine Leistung erbracht, zweitens wird das Erzeugnis dieser Leistung konsumiert, es wird gebraucht und dabei verbraucht. Nach dem Verbrauch entsteht neuer Bedarf, wieder folgen Leistung und Konsum. Sprachlich hat sich durchgesetzt, die Leistung und nur die Leistung als Arbeit zu bezeichnen. Aber wichtige ökonomische wie auch soziale Zusammenhänge treten klarer hervor, wenn man sich den elementaren Dreiklang aus Bedarf, Leistung und Gebrauch vor Augen hält, um den Sinn der Arbeit zu begreifen.

Zum Beispiel bekommt der einfache Gedanke Plausibilität, dass seine Arbeitstätigkeit ruhen lassen kann, wer sich versorgt fühlt, vorübergehend nichts braucht – eine Gedanke, den die moderne Arbeitsgesellschaft nicht aufkommen lassen möchte, obwohl ihre Produktivkräfte ihn nahelegen. Und man sieht, wie sich die Verlockung aufdrängt, die Leistungen anderen aufzubürden, während man selbst sich auf den Konsum konzentriert oder Tätigkeiten ausübt, die nicht dem Unterhalt, sondern beispielsweise der Unterhaltung dienen. Unter der Maxime „ora et labora“ ist es dem europäischen Adel ein ganzes Mittelalter lang gelungen, eine solche „Arbeitsteilung“ als Gottes Wille im herrschenden Weltbild zu verankern. Die aufbrechende Moderne hat Arbeitsleistungen teilweise mit Gewalt erzwungen, sie hat sich der Sklaverei bedient. Naheliegend sind schließlich auch die Fragen, wer darüber entscheidet, welcher Bedarf Arbeitsleistungen auslöst, wie Arbeitsleistungen organisiert werden und wie der Zugriff auf Produkte und Dienste geregelt ist. Überfälle und Raubzüge sind in zivilisierten Gegenden, wo das Eigentumsrecht vor dem Zugriff anderer schützt, nicht das erste Mittel der Wahl – wenngleich Raubzüge mit eleganteren Mitteln als Gewalt (Stichwort CumEx-Skandal) weiterhin in großem Stile stattfinden.

Wirtschaft wird zum Befehlshaber der Arbeit

Ihre überragende Bedeutung für die Moderne hat die Arbeit auf Umwegen erlangt, nämlich über Geldwirtschaft und Individualisierung. Arbeit zu bewirtschaften, Vorräte anzule-

gen, mit weniger Leistung mehr Gebrauchsmöglichkeiten zu schaffen, Arbeit zu rationalisieren, also die Produktivität zu steigern, ist eine alte Idee, die in der Landwirtschaft praktisch wurde. Den großen Sprung von einer optimierenden, aber untergeordneten Rolle zum Befehlshaber der Arbeit schafft die Wirtschaft erst im 19. Jahrhundert. In der Folge gilt fast alle Aufmerksamkeit den bezahlten Arbeitsleistungen, während unbezahlte ein Schattendasein führen. Die Ökonomisierung der Arbeit wird vom Kapitalismus auf die Spitze getrieben, weil er überhaupt nur noch solche Arbeitsleistungen anzupacken bereit ist, welche auf die Fragen, was kostet es und was bringt es, die Antworten „relativ wenig“ und „wahrscheinlich relativ viel“ parat halten.

Kapital ist eine treibende Kraft, die Haben strikt an Sollen koppelt. Wer Kapital besitzt, lässt es nicht brachliegen, sondern versucht, es – nicht ohne Risiko – mit allen legalen und manchmal auch mit illegalen Mitteln zu vermehren. Die daraus resultierenden Produktivitätssteigerungen bilden die Grundlage der Wohlstandsgesellschaft; die daraus resultierenden Verteilungsmechanismen führen zur Spaltung zwischen Reichtum und Armut. Bedarf, der nicht hinreichend zahlungsfähig ist, interessiert Kapitalist:innen nicht, der Staat oder wohltätige Organisationen sind hier aufgerufen. Doch wehe, der Staat organisiert Arbeitsleistungen, mit denen sich Gewinn machen ließe: Privatisierung heißt dann die Parole.

Ökonomisierung bewirkt den überragenden gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs der Arbeit nicht alleine. Hinzu kommt ein Individualisierungsprozess, der die Integrations-

und Determinationskraft des Familienzusammenhangs verringert. Im Zuge der Individualisierung werden bezahlte Arbeitsleistungen sowie finanzierbares Konsumverhalten zunächst für den einzelnen Mann, inzwischen auch für die einzelne Frau zu zentralen, selbst zu verantwortenden sozialen und sinnstiftenden Praktiken. Die gesellschaftliche Verortung und die sozialen Existenzvoraussetzungen werden jetzt weniger von der Familienzugehörigkeit bestimmt, sondern stärker von der individuellen Karriere, die wiederum eng gekoppelt ist an den Status der Erwerbsfähigkeit, die ihrerseits insbesondere an Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsvoraussetzungen gebunden ist. Lebensphasen, die aus Alters-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktgründen individuelle Leistungen einschränken oder verhindern, können in soziale Existenzprobleme führen, für die in unterschiedlichen Ausmaßen sozialstaatliche Lösungen durchgesetzt wurden. Ein weiteres zentrales Merkmal dieser Form der Arbeitsorganisation ist, dass die vorherrschende gesellschaftliche Selbstdarstellung einen direkten Kausalzusammenhang behauptet zwischen der individuellen Leistungsbereitschaft und -fähigkeit einerseits, dem persönlichen Geldeinkommen und zahlungspflichtigen Konsummöglichkeiten der Einzelnen andererseits.

Auffällige Verdrängungsbereitschaft

Niemand mit intakten Sinnen und einem funktionierenden Gedächtnis wird in Abrede stellen, dass die gesellschaftliche Organisation der Arbeit, wie sie sich im Zuge der industriellen Revolution etabliert hat und gegenwärtig via Globalisie-

rung und Digitalisierung expandiert, die Lebensmöglichkeiten sehr vieler Menschen wesentlich verbessert und auf ein vorher unvorstellbares Niveau gehoben hat. Niemand mit einem Minimum an sozialer und ökologischer Sensibilität kann bestreiten, dass die quantitativen und qualitativen Zuwächse an Leistung und Konsum auf eine Weise erreicht wurden und werden,

- die Vorteile und Wohlstandsgewinne, Nachteile und Verelendungsgefahren höchst ungleich verteilt,
- die Arbeitskräfte ausbeutet, deren Gesundheit, letztlich deren Leben beschädigt
- und in der natürlichen Umwelt Zerstörungen anrichtet, die inzwischen das pflanzliche, tierische und menschliche Leben auf dem Planeten elementar bedrohen.

Die Frage nach der Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit stellt sich dem/der achtsamen Beobachter:in am Beginn des 21. Jahrhunderts so dringlich und grundsätzlich, dass es verwundert, wie groß die öffentliche Bereitschaft zu sein scheint, sie auf der Agenda nachrangig einzuordnen und sich mit Hoffnungen auf Künstliche Intelligenz, algorithmische Antworten und Ausflüge ins Universum zu beruhigen. Ein entscheidender Grund für die auffällige Verdrängungsbereitschaft dürfte sein, dass die Entscheidungsträger:innen in Wirtschaft und Politik weitgehend auf der Seite der Nutznießer:innen der heutigen Arbeits- und Wirtschaftsweise versammelt sind, während sich die schlimmen Folgen von Krisen und Katastrophen vor allem auf der Seite der Ohnmächtigen ausbreiten.

„Welche Kritik der politischen Ökonomie muss 2022 geschrieben werden?“, „Animal laborans, homo faber, homo oeconomicus – und wie weiter?“, „Lässt das 21. Jahrhundert der Solidarität eine Chance?“, „Wie viel Phantasie braucht die große Transformation?“ – das sind einige der Fragen, die die Otto Brenner Stiftung den Autor:innen dieses Essaybandes gestellt hat. Sie sind formuliert vor dem Hintergrund der Idee, die der Namensgeber der Stiftung in seinem gewerkschaftlichen Leben so stark gemacht hat wie keine andere: Die Idee und Forderung nach einer „demokratischen Wirtschaftsführung“, die Brenner zufolge auch zur „Aneignung eines größeren Freiheitsspielraumes“ (Brenner 1997, S. 80) beitragen sollte.

Zu Demokratie gehört im selben Atemzug also stets die Freiheit. Aus dem Wertehimmel heruntergeholt und praktisch gewendet, sozusagen in den Werktagen verankert, bedeutet Freiheit die Möglichkeit sich zu *entscheiden*; beziehungsweise wenn andere mitbetroffen und mitbeteiligt sind, *mitzuentcheiden*. Alternativen zu haben, zwischen Optionen wählen zu können, dazu nein zu sagen, dort zuzustimmen, das charakterisiert den Freiheitsraum. Der Sinn der Gleichheit, den die bürgerliche Revolution meinte, war nie Gleichmacherei, uniformiertes Grau, einheitliches Denken, konformes Sprechen, kommandiertes Handeln, sondern gleiche Freiheiten – die jede:r für sich, aber nicht ohne Blick für die anderen nutzt.

Die Freiheitsräume, in denen die Einzelnen sich bewegen, haben einerseits einen gesellschaftlichen Horizont: im Preußen des 18. Jahrhunderts standen Individuen andere Möglichkeiten offen, als die Bundesrepublik Deutsch-

land heute zu bieten hat. Aber für alle einzelnen Personen existiert auch ein individueller Freiheitsraum und für jede einzelne Organisation ein je eigener Autonomiebereich mit jeweils realistischen und unrealistischen Optionen, Hoffnungen und Befürchtungen. Blickt man unter dieser Perspektive der einzelnen individuellen und organisationalen Entscheidungsspielräume auf die Gegenwartsgesellschaft, dann sind – bei allen Übergängen und Schattierungen, die das Bild entschärfen – die Polarisierungen skandalös.

Trotz aller Mittellagen mit einem relativ auskömmlichen, zeitweise durchaus entspannten, alles in allem guten Leben weisen die Sozialstatistiken gesellschaftliche Brüche auf, deren Ränder nicht nur außerhalb der Reichweite, sondern weit außerhalb der Sichtweite der Beteiligten auseinanderklaffen. Auf der einen Seite ballen sich private, global aufgestellte Akkumulationen von Geld und Macht, die selbst gegenüber Staaten mit einem wirksamen Erpressungspotential aufwarten können. Auf der anderen Seite schleppen sich selbst in den reichsten Ländern Millionen von Menschen von einem prekären Job in den nächsten und versuchen, auf den Resterampen der Konsummärkte das Nötigste zusammen zu kratzen. Sie können politische Sonntagsreden über Freiheit nur als Hohn- und Spottgesänge erleben.

Die gesellschaftliche Ordnung der Arbeit ist zweifelsfrei ein entscheidender Hebel dafür, die Freiheitsverhältnisse in die Richtung größerer Gleichheit zu transformieren. Diese Transformation wird auch ein Demokratisierungsprozess sein oder sie wird im Sand eines verwüsteten Planeten stecken bleiben.

„Freiheit heißt, nicht kommandiert zu werden. Freiheit heißt, seine Stimme erheben zu können und gehört zu werden. Freiheit des Einzelnen heißt, dass jeder Einzelne gleich viel wert ist. Freiheit heißt aber auch, nicht nur die theoretische Freiheit zu haben, sich auszuprobieren, sondern auch über die Ressourcen zu verfügen, die das praktisch ermöglichen. Und dazu gehören Freiräume genauso wie die Sicherheit, nicht ins Bodenlose zu fallen, wenn man bei diesen Versuchen scheitert – in anderen Worten; die Freiheit, seinen eigenen Weg finden und gehen zu können.“ (Misik 2012, S. 60)

Die Essays dieses Bandes reflektieren die sozial-ökologische Transformation der gesellschaftlichen Arbeit analytisch, konzeptionell, strategisch und auch ganz praktisch. Wir hoffen, dass dieser Fundus, den die Autor:innen geschaffen haben, der Gewerkschaftsbewegung und allen, die sich deren Zielen und Werten zugehörig fühlen, inspirierende Impulse liefert und notwendige Debatten anstößt.

Literatur

Brenner, O. (1997). Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In IG Metall-Vorstand (Hrsg.), *Visionen lohnen. Otto Brenner 1907–1972. Texte, Reden und Aufsätze* (S. 76–81). Köln: Bund-Verlag

Misik, R. (2012). *Halbe Freiheit. Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören*. Berlin: Suhrkamp.

Die Autoren

Hans-Jürgen Arlt arbeitet als freier Publizist und Sozialwissenschaftler zu den Themenschwerpunkten Kommunikation, Arbeit und Kommunikationsarbeit. An der Universität der Künste Berlin lehrt er als Honorarprofessor strategische Kommunikationsplanung. In den 1990er Jahren leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Aktuelle Publikationen: *„Mustererkennung in der Coronakrise“* sowie *„Arbeit und Krise. Erzählungen und Realitäten der Moderne“*.

Benedikt Linden ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Wissenschaftsförderung und Projektsteuerung der Otto Brenner Stiftung in Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Medien-, Kommunikations- und Politikwissenschaft. Den gegenwärtigen Zuständen von Demokratie & Zivilgesellschaft sowie polit-ökonomischen und wirtschaftsdemokratischen Problemstellungen gehört sein besonderes Interesse.

Kathrin Gerlof

Wirtschaft wird von Menschen gemacht

Warum merkt man so wenig davon?



Viele Jahre versuchte die Baustelle vor meinem Haus, eine Schule mit angrenzender Turn- und Schwimmhalle zu werden. Die Baustelle war ein Suchbild, in dem sich irgendwo Menschen versteckten. Es musste sie geben, eigens für sie war ein DIXI-WC aufgestellt worden, in den Baucontainern brannte abends Licht und es gab eine Baustellenleitung ...

Höhere Mächte, Gesetze, die ewig gelten, unentrinnbare Sachzwänge

Olaf Scholz, im Sommer 2021 noch Kanzlerkandidat, hat in seinen Wahlkampfreden dem Begriff „Klimawandel“ konsequent das Adjektiv „menschengemacht“ beigelegt. In Abgrenzung zu jenen, die das Gegenteil behaupten, und zu denen, die gleich ganz leugnen, dass es einen Klimawandel gibt. Der Vollständigkeit halber hätte er stets dazu sagen können, dass die vorherrschende Art und Weise des Wirtschaftens am Klimawandel schuld ist. Dann hätte er allerdings der Frage nicht ausweichen können, welche Art Wirtschaft er denn im Sinn hat, wenn diese gegenwärtige uns im schlimmsten Fall ein Grab schaufelt.

Wird der Klimawandel von Menschen gemacht und liegt die wesentliche Ursache dafür in einer Wirtschaftsweise, die auf stetige Vernutzung des nicht Vermehrbaren setzt, lautet die logische Schlussfolgerung: Wir bekommen sehr deutlich zu spüren, dass Wirtschaft von Menschen gemacht wird. Aber zwischen dem, was Wirtschaft macht und ausmacht, und dem, was wir im Alltag lustvoll oder gelangweilt verkonsumieren, worunter wir zu leiden haben, wovon wir profitieren und womit wir uns vergnügen, ist die Welt opak geworden. Nicht nur, aber auch, weil zwischen uns und jenen Orten, an denen „Wirtschaft gemacht“ wird, aus unterschiedlichen Ecken und ähnlichen Motiven heraus Nebelkerzen geworfen werden, die vor allem dazu dienen, uns wieder und wieder zu erklären, dass es nur so und nicht anders geht. Vor allem aber, dass unsere größte

Freiheit darin besteht, dies nicht nur zu glauben, sondern darin auch einen Platz für uns zu finden, an dem wir unseren Beitrag dazu leisten können, dass alles im Fluss und am Laufen bleibt. Und zwar nur und ewig im Rahmen des Bestehenden.

Das Bestehende heißt Anthropozän. Die Zeitschrift *The Economist* hieß uns im Mai 2011 in diesem Zeitalter willkommen. Aus Jäger- und Sammler-Horden sind Herren geworden, die sich einen ganzen Planeten untertan gemacht haben. Wir haben diesen Planeten in der Hand. Aus heutiger Sicht könnte der neolithische Übergang zur Sesshaftigkeit unsere größte Leistung und zugleich unser größter Fehler gewesen sein. Denn gleichzeitig will uns die erst wenige hundert Jahre alte Geschichte des Kapitalismus erzählen, dass wir nur noch nach seinen Regeln handeln, also nicht allzu viel selbst bestimmen können.

1997 formulierte eine „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“: „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.“ Womit noch das letzte Stück Ehrlichkeit verstoffwechselt wurde, das nur darin besteht, anzuerkennen, dass den meisten Menschen keine andere Möglichkeit bleibt, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Mit dem Bild des Arbeitskraftunternehmers werden Abhängigkeiten ausgeblendet und Entscheidungsfreiheiten ins Licht gerückt: Wer als Unternehmer seiner Arbeitskraft versagt, kann nicht länger Opfer einer Wirtschaftsweise sein, ist stattdessen einfach nur unfähig, durch unternehmerisches Handeln Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Hat also nicht verstanden, wie Wirtschaft funktioniert.

Höhere Mächte, Gesetze, die ewig gelten, Zwänge, denen nicht zu entkommen ist – aus all dem wird uns und haben wir uns eine Geschichte gewebt, die darauf hinausläuft, dass Wirtschaft zwar auf menschlichem Handeln basiert, dieses Handeln aber Regeln folgt, die nicht der Mensch aufgestellt hat und die er deshalb auch nicht wird ändern können. Ein ganz großartiger Zirkelschluss. Der noch durch die Erzählung ergänzt wird, dass es Männer wie Elon Musk, Jeff Bezos, Bill Gates sein werden, die uns erlösen, weil sie für alles, was als Problem erscheint, eine Lösung kennen, mehr noch, Lösungen für Probleme bieten, die vorher niemand hatte, und vor allem verstanden haben, wie das System funktioniert.

Die Eindringlichkeit dieses Sirenenengesangs hat sich mit der durchs Digitale ausgelösten technischen Revolution und der damit einhergehenden Ablösung der Industriegesellschaft, wie sie vor rund 200 Jahren entstand, verstärkt. Noch bevor wir zu Ende gedacht haben, lässt uns ein Algorithmus wissen, was wir tun müssen oder nimmt uns gar das Denken ab. „Alexa, wer ist Schuld am Klimawandel?“ Ehe wir uns die Frage stellen können, ob die herrschende Wirtschaftsweise auf lange Sicht unserem Wohlbefinden zu- oder abträglich sein wird, haben uns Ökonomen¹ erklärt, dass es sowieso nicht anders geht. Der Markt habe seine eigenen Gesetze, und Schieflagen entstünden nur, wenn wir den Markt missachten. In dem Moment, da uns vielleicht das eine und andere Licht aufgeht, verdunkelt die Politik in Gestalt von Regierungserklärungen und Sachverständigen unseren Verstand mit der Versicherung, Alternativen gäbe es kaum, und wenn es welche gibt, dann

müsse man der damit einhergehenden Transformation sehr viel Zeit geben. Und vergisst zu sagen, dass zwischenzeitlich auch der kleinste Schritt in die falsche Richtung erheblich schlechte Auswirkungen auf das Wohlbefinden unserer Nachkommen haben wird.

Das Faszinierende an der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, wie sehr sie das Arbeiten und das Leben permanent verändert und wie gründlich sie dabei ein und dieselbe bleibt und sich als alternativloses Optimum zu präsentieren weiß. Genügt es, den Erklärungen der federführenden Ökonomen und Politiker:innen zu vertrauen und den zweiten Teil des berühmten Marxschen Satzes über die Philosophen, der von der großen Transformation spricht, ad acta zu legen?

In dem 2017 erschienenen Roman „Kraft“ von Jonas Lüscher müht sich der finanziell in Schieflage geratene Tübinger Rhetorikprofessor Richard Kraft, eine Million Dollar zu verdienen, indem er für einen Digitalmogul des Silicon Valley einen 18-minütigen Vortrag darüber schreibt, warum das, was ist, gut ist, und warum wir es noch weiter verbessern können. In der Theodizee geht es bei dieser Frage um die Rechtfertigung Gottes, indem sie postuliert, dass gut ist, was ist, weil ER es uns in nur sechs Tagen geschaffen hat. Und zugleich ein wenig Spielraum gibt, weil vielleicht auch ER wusste, dass wir anfangen uns zu langweilen, wenn überhaupt nichts mehr beeinflusst werden kann, oder gar die Frage zu stellen, warum, wenn gut ist, was ist, so viel Schreckliches geschieht. Das eine mag zu Abtrünnigkeit führen, das andere im schlimmsten Fall zur Revolte.

Wie sind wir hierher geraten? Zu glauben, dass nur das Bestehende zugleich die Alternative ist?

Auf jeden Fall auf unterschiedlichen Wegen, die am Anfang nicht verkündeten, dass sie alle auf das Gleiche hinauslaufen werden.

Die Kronkorken der Bierflaschen machten leise „plopp“

Viele Jahre versuchte die Baustelle vor meinem Haus, eine Schule mit angrenzender Turn- und Schwimmhalle zu werden. Nie zuvor habe ich über einen solch langen Zeitraum zuschauen können, wie etwas entsteht. Als Wirtschaftssubjekt, ich könnte mich auch Wirtschaftseinheit nennen, saß ich mit Blick auf die Baustelle im pandemiebedingten Homeoffice, als Privatperson hin und wieder auf dem Balkon.

Morgens um sieben wurden die Maschinen in Gang gesetzt. Selten sah ich mehr als zwei oder drei Arbeiter (es waren immer Männer) auf dem Gelände. Aber ich sah und hörte Maschinen. Nennen wir es Lärm. Turmdrehkräne, die mein Vorstellungsvermögen überstiegen, Bagger, Laderaupen, Kipper, Tieflader, Betonmischer und -sägen, Walzenzüge, Kompressoren. Die Baustelle war ein Suchbild, in dem sich irgendwo Menschen versteckten. Es musste sie geben, eigens für sie war ein DIXI-WC aufgestellt worden, in den Baucontainern brannte abends Licht und es gab eine Baustellenleitung, mit der ich Kontakt aufnahm, wenn die Baustelle nachts wie ein Fußballstadion beleuchtet wurde. Eine Antwort bekam ich nie, aber einen digitalen Beweis via Mail, dass meine Frage irgendwo angekommen war.

Ich bin in einem Alter, das Kindheitserinnerungen von Baustellen abrufbar hält, auf denen es vor Menschen nur so wimmelte. Ich habe als Studentin in den Semesterferien selbst an solchen Orten gearbeitet und mich mit Betonarmierungen geplagt. Wenn die Materialzufuhr ins Stocken geriet, was im real existierenden Sozialismus andauernd passierte, saßen viele Menschen einträchtig auf irgendeinem noch nicht montierten Plattenelement rum. Dann machten die Kronkorken der Bierflaschen leise „plopp“ und die ausgepackten Leberwurstbrote rochen nach morgendlicher Fürsorge.

Ich bin Jahrgang 62. Meine Großmutter, Jahrgang 22, erzählte mir von einem Typus Mensch, den sie als „ehrlichen Arbeiter“ krönte und von dem sie behauptete, er trüge das Herz am rechten Fleck. Meine ewig arbeitende Großmutter wusste und gab an mich weiter, dass ein Haus nicht gebaut werden kann ohne Menschen. Dass die Maschinen, derer sich die Arbeitenden bedienen auch nur von Menschenhand gemacht waren. Und dass die Leberwurst-Bierpausen aufgrund von Materialmangel auf der Baustelle das Ergebnis menschengemachter Misswirtschaft oder die Folge einer noch nicht ausgereiften, von Menschen erdachten Planwirtschaft waren. Meine Großmutter wäre niemals auf die Idee gekommen, zu sagen, der Schnellkochtopf habe die Suppe gemacht. Es war ihre Suppe und der Topf nur nützliches Beiwerk. Von Menschen erfunden und produziert.

Beim Studium der Politischen Ökonomie des Sozialismus und Kapitalismus, das nicht von ungefähr, sondern infolge einer verordnet eingeschränkten Sichtweise

marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium hieß, gerieten die großmütterlichen Postulate etwas ins Wanken. Unwiderlegbare Gesetzmäßigkeiten, denen wie Naturgesetzen objektiver Charakter bescheinigt wurde, also eine Existenz unabhängig vom Willen und Bewusstsein des Menschen, ließen die Frage entstehen, was den Produktivkräften dann noch als Spielraum blieb. Was konnte der ehrliche Arbeiter mit dem Herzen auf dem rechten Fleck über die Tatsache hinaus, dass er auch im Sozialismus seine Arbeitskraft zur Verfügung stellte und so Dinge schuf, beeinflussen?

Den Menschen wurde auferlegt, die Gesetze zu kennen, anzuwenden und somit einer Wirtschaftsweise zum Sieg zu verhelfen, die sich durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse von den Fesseln einer auf stets steigende Profite bedachten, ausbeuterischen Maschinerie befreit. Der objektive Charakter der Gesetze ließ das Subjekt klein und unbedeutend wirken. Wenn dem Kapitalisten geweissagt wurde, dass es ihm auf Dauer nicht gelänge, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate auszutricksen, geriet er zur Marionette höherer Gewalt. Das gefiel uns. Die von Marx bescheinigte Naturgesetzmäßigkeit bei der Ablösung einer ökonomischen Gesellschaftsformation durch die nächste gefiel uns. Und dass wir nicht für alles verantwortlich waren, gefiel uns ebenfalls. Vielleicht genügte es, den Gesetzen ihren Lauf zu lassen und uns nach ihnen zu richten.

Das Lächeln der Kassiererin im Supermarkt

Die Ökonomen: Um den Gesetzmäßigkeiten, wie sie durch Marx und Lenin erklärt worden waren, nicht den Verve und die Glaubwürdigkeit zu nehmen, führte die „arbeiterliche Gesellschaft“ (Engler 1999, S. 173) gute Gründe an: Den Kampf der Systeme Kapitalismus-Sozialismus, den menschlichen Faktor sozialistische Persönlichkeit, die noch nicht ausreichend sozialistisch war und zu langsam Persönlichkeit wurde, die Trägheit der Produktivkräfte, obwohl die Produktionsverhältnisse doch nun mal schon fast waren, wie sie sein sollten. Aber Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse stimmten noch nicht ganz überein. Der Beweis, dass es trotzdem funktionieren und werden kann, wurde nicht erbracht. Ökonomisch wurden genau die Gesetzmäßigkeiten missachtet, die man zu kennen behauptete, politisch wurde ein Herrschaftssystem der ewigen Wahrheiten und gegenwärtigen Unterdrückung geschaffen, die Misswirtschaft war eindeutig eine menschengemachte Katastrophe. Die Ökonomen sagten entweder, was Sache ist und sein wird, und wurden kaltgestellt, oder sie redeten zu Munde der Herrschenden und verzapften notwendigerweise höllischen Unsinn.

Wenn Fragen nicht beantwortet werden konnten oder die Antwort so hätte ausfallen müssen, dass sie mit Sanktionen belegt wird, verwies man auf objektive Gesetze, wie das der notwendigen Periode der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in eine kommunistische Gesellschaft, und erklärte, das würde halt auch seine Zeit brauchen. Die

dauerte dann bis 1989 und hat offensichtlich nicht ausgereicht. Reich an Witzen über Ökonomen (schick einen DDR-Ökonomen in die Wüste und der Sand wird knapp) ließen die meisten Menschen in der arbeiterlichen Gesellschaft keinen Zweifel daran, dass man ihnen zwar viel erzählen könne über Gesetzmäßigkeiten, die sich unabhängig von und außerhalb ihres Bewusstseins Bahn brächen, sie aber trotzdem wissen, dass die Wirtschaft von Menschenhand nach und nach runtergerockt wird.

In gewisser Weise kam man dann vom Regen in die Traufe, nur dass die Ökonomen der freien Marktwirtschaft die besseren Argumente zu haben schienen. Schließlich waren die einen untergegangen und die anderen ohne nennenswerten Gegenpart. Auch sie erklärten, dass der Mensch zwar über einen Willen und Möglichkeiten verfüge, jedoch einer Vorlage folge, die unabhängig von und außerhalb seines Bewusstseins auf Ewigkeiten gälte. Der Homo oeconomicus ist ein Kunstwesen und noch immer Bestandteil der orthodoxen Volkswirtschaftslehre. Rational, vernunftgesteuert, mit mathematischen Formeln in Beweis gestellt, tut er nichts, was er nicht als nützlich und gewinnbringend empfindet. Ökonomen rechnen uns vor, wie sich der Homo oeconomicus verhalten wird, bekommt er fußläufig sein Six-pack Bier für zehn Euro und in zwei Kilometern Entfernung für neun Euro. Er rechnet Wegstrecke, Benzinverbrauch, Abnutzung des Autos, Zeitaufwand gegen die Einsparung eines Euros und kommt zu einem schlüssigen Ergebnis. Und wer zwei Kilometer fährt, obwohl die Rechnung ihm anderes nahelegt, aber weil ihm das Lächeln der Kassiererin

im Supermarkt so gut gefällt, ist die Ausnahme und stellt die Regel nicht infrage.

Generationen von Ökonomen erklären uns den menschlichen Faktor als Kostenfaktor namens Arbeit und erzählen das grimmige Märchen von der unsichtbaren Hand des Marktes – eines Wesens, das unabhängig von und außerhalb unseres Bewusstseins existiert und ein Eigenleben führt, das wir nur durch Gehorsam und staatliche Zurückhaltung ordentlich am Laufen halten können. Und „wenn es so ist, dass die sachliche Herrschaft uns unerkannt bleibt, weil wir den Wert als dingliche Eigenschaft der Waren betrachten und nicht als Effekt des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs, dann kann sich der Hass auf diese Herrschaft immer nur auf Stellvertreter entladen“ (Redecker 2020, S. 63).

Die vermeintliche Macht der Dinge, das postulierte Eigenleben des Marktes, der wie eine göttliche Instanz Dinge lenkt, die damit verbundene Sachherrschaft – gegen wen opponieren, wenn es kein Mensch ist? – lässt vergessen, dass noch jedes Arbeitszeug, das wir in den Händen halten, und noch jeder Algorithmus, der unsere täglichen Schritte zählt, oder bei der Telearbeit registriert, wann wir dösen, anstatt zu arbeiten, von Menschen gemacht ist. Und noch gibt es die andere Erzählung nur in Bruchstücken. Das bessere Leben, das andere Wirtschaften, die Commons, das Solidarische, das im Kleinen funktionierende, im Ganzen nicht erprobte, die Ideen für eine partizipatorische Ökonomie: So viel Kluges und noch kein Beweis erbracht. Wie auch, wenn die Sach- zugleich Weltherrschaft ist?

„Das vorherrschende Dogma von den entfesselten Marktkräften, denen eine innewohnende Krisenanfälligkeit abgesprochen, gleichzeitig aber die Kraft zur optimalen Beseitigung exogener Schocks unterstellt wird, schottet sich gegen Kritik ab. Im Zweifelsfall trifft Friedrich Hegels Charakterisierung auf diese weltfremde Wirtschaftswissenschaft zu: ‚Wenn die Tatsachen nicht mit der Theorie übereinstimmen – umso schlimmer für die Tatsachen.‘ Dieser Realitätsverlust, der auch noch autoritär als Marktfundamentalismus daherkommt, firmiert mit seinen vielen Verästelungen heute unter dem Kampfbegriff des Neoliberalismus. In der Ökonomenzunft ist die vornehme Übersetzung Neoklassik üblich, die je doch dasselbe meint.“ (Hickel 2021, S. V)

Auch wenn die herrschend gelehrte VWL mit den ewig gleichen Formeln und Erklärungen eine veraltete Glaubenslehre ist, nehmen deren Vertreter an Tischen Platz, die sich biegen unter den Ewigkeitsklauseln und an denen Gläubige sitzen, die das Ganze in Politik umwandeln.

„[S]eit Manipulation mit Hilfe naturgegebener Mittel durch die unberechenbaren Möglichkeiten unserer Vorstellungsfreiheit, unseres baren Selbst, der Manipulation durch Berechenbares gewichen ist, seit kommerzialisierte Zweigwissenschaften mehr öffentlichen Reiz darstellen als ihre exakten Stammschulen, Zombiologie und Technomagie wirtschaften und wüten, Statistik als adäquate Beschreibung von Realität gilt und das Ge-

räusch der Spülmaschine sich anhört, als atme da wer zuverlässig in unsere Gottverlassenheit, sind wir auf dem Abweg, uns selber um uns selbst zu bringen, uns der Struktur des Formalen anzupassen und als ‚Maschine der Natur‘ berechenbar zu werden. Müssen wir, wie Erwin Schrödinger, der Quantenheilige, in weiser Voraussicht schrieb, fürchten, ‚daß wir uns entwicklungsmechanisch dem Ende einer Sackgasse nähern?‘“ (Berkévicz 2018, S. 11)

Erst Gerhard Schröder, nicht Helmut Kohl, hat meiner Großmutter mit ihrem Faible für den ehrlichen Arbeiter posthum Recht gegeben. Denn die hatte mit stets gleich gestanzten, aber großem Verve vorgetragenen Sätzen immer wieder erklärt, dass der Mensch im Kapitalismus wenig zähle. Und aussortiert werde, brächte er keinen Nutzen mehr. Mit der Agenda 2010 der rot-grünen Regierung Schröder bekam die großmütterliche Wiederholungsschleife einen ganz anderen Dreh. Die trat aber in gewisser Weise auch den Gegenbeweis zu dem Eindruck an, man merke so wenig davon, dass Wirtschaft von Menschen gemacht werde. Schröder packte alle, die das Wirtschaftssystem auf die eine und andere Art und Weise aussortiert hatte, in einen Topf und ließ sie spüren, dass sie zu nichts mehr Nutzen waren.

Sie hätte sich besinnen können. Tat es aber nicht

Die Politik: Hört auf die Ökonomen, aber nur auf bestimmte. Wir sind inzwischen bereit, schon ganz großartig zu finden, wenn im Sachverständigenrat der Bundesregierung

jemand sitzt, die oder der abweicht vom orthodoxen Mainstream, ohne gleich heterodox zu sein. Es ist Meldungen wert, schaut da jemand ein wenig anders auf die vermeintlichen Ewigkeitsklauseln. Gehört aber inzwischen zumindest zum guten Ton.

2021 mahnte eine Gruppe namhafter Orthodoxer die Politik zur „Rückkehr zur Marktwirtschaft“. Der Aufruf wurde gedruckt, die Besorgnis ernst genommen. Die Ökonomen konstatierten auch in der Krise, dass Unternehmen über eine hohe Anpassungsfähigkeit verfügen (nicht die Arbeitenden natürlich, sondern die Unternehmensführungen), während sich staatliche Akteure schwer taten mit der Anpassung an die pandemischen Umstände. Staatliche Akteure, so viel ist in den Augen der Orthodoxen klar, machen keine Wirtschaft. Sie behindern Wirtschaft. Wenn sie sich zu sehr einmischen. Sie stören die marktwirtschaftliche Dynamik, die unabhängig von und außerhalb unseres Bewusstseins segensreich wirkt. Lässt man sie nur machen. Dieses „Finger weg und zurück ins Körbchen“, nachdem die Corona-Hilfen vor allem in Richtung großer Unternehmen geflossen waren, berief sich auf eine kluge Instanz namens Markt und verwies den menschlichen Faktor auf seinen Platz. Es kam mit mathematischen Modellen daher – sehr beliebt, wenn es darum geht, die Politik auf dem Gleis zu halten – und erklärte, dass von nun an und unterm Rettungsschirm wieder die freien Kräfte zu walten hätten, sonst passiere Schlimmes.

In einem kurzen Zeitfenster hatte „die Wirtschaft“ Gesichter bekommen, weil klar war, dass noch jedes mathematische Modell würde scheitern müssen, wenn das überlastete

Pflegepersonal die Arbeit verweigert. Applaus, Applaus! Die menschengemachte Pandemie würde nur durch Menschen in den Griff zu bekommen sein. Die freien, unsichtbaren Kräfte des Marktes hatten für einen Moment keine Konjunktur, die Politik bekam ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung gestellt, in dem sie sich hätte darauf besinnen können, dass Wirtschaft vor allem von jenen Menschen gemacht wird, die nicht an ihren Konferenztischen, in ihren Hinterzimmern und Expertenkommissionen sitzen.

„Das Bild des Kapitalismus als frei schwebender Jongleur, der stets noch mit einem Ball mehr zu jonglieren weiß, ist zu schmeichelhaft. Man soll dem Kapitalismus nicht durchgehen lassen, sich als Ekstase, als unstillbares Verlangen, als schlaflose Nacht zu inszenieren. Er lässt nicht alle Puppen tanzen, selbst wenn er die Gebeine der Vergangenheit aufwirbelt. Das, was funkelt, wie ein Karussell, ist nur die wacklige Spitze eines riesigen Bergs aus Müll, Langeweile und Leichenteilen. Es ist die lebendige Natur, die Zyklen schafft, in denen alle Teile in Bewegung bleiben und sich immer wieder neu in regenerierende Kreisläufe einspeisen. Der Kapitalismus zapft daraus nur partiell etwas ab und schert sich nicht um den Gesamtzusammenhang. Sein Ziel ist schließlich ein anderes: schneller, konkurrenzgejagter Profit.“ (Redecker 2020, S. 64f)

Die Politik hätte sich besinnen können. Und tat es nicht. Stattdessen hört sie weiterhin auf eine orthodoxe Wirtschaftswissenschaft, die sich selbst nie und niemals als Ge-

sellschaftstheorie begreift. Was ehrlich ist, denn die Gesellschaft hat sie wahrlich nicht im Blick.

Der Paketbote sieht aus, als könnte er jeden Augenblick tot umfallen. Der vorgestern hatte nicht besser ausgesehen. Im Teeladen am Alexanderplatz, wo Pakete manchmal landen, wenn der Paketbote aufgrund der Arbeitsverdichtung keine Zeit hatte, mich trotz meiner Anwesenheit in der Wohnung anzutreffen, bittet mich die Ladeninhaberin um Nachsicht mit „den Jungs“. Die schufteten am Limit sagt sie und das sei alles nicht zu schaffen. Ich verspreche ihr, niemals auf den Boten zu schimpfen, weil ich ja auch wisse, dass es am System liegt. „Ausbeutung“ sage ich und die Teeverkäuferin nickt. „Und dann noch Scheiße bezahlt“, antwortet sie. Für einen Moment fühlt es sich an, als gäbe es ein Morgen. Wir müssen nur zu den richtigen Erkenntnissen gelangen.

Ich frage beim Paketdienstleister nach – nur zum Spaß –, warum der seine Angestellten so sehr hetzt, dass ihnen nicht mal mehr meine Anwesenheit in der Wohnung zum Vorteil gereicht. Eine Mail lässt mich wissen, dass die Frage angekommen ist und warnt: No reply! Als hätte ich wirklich Lust, mit einem Algorithmus zu kommunizieren. Später bekomme ich noch eine Automatenantwort, die sinngemäß lautet, dass man meine Frage nicht verstanden habe. Vielleicht ist der Paketbote inzwischen tot umgefallen vor lauter Stress.

Die Algorithmen: „Im Grunde seines Wesens ist der Überwachungskapitalismus parasitär und selbstreferenziell. Er

haucht der alten Vorstellung vom Kapitalismus als sich von der Arbeit nährendem Vampir neues Leben ein – wenn auch mit einem von Marx nicht vorhergesehenen Dreh: Anstatt von Arbeit nährt der Überwachungskapitalismus sich von jeder Art menschlicher Erfahrung.“ (Zuboff 2018, S. 24). Das ist tatsächlich ein gewaltiger Dreh, der in unseren Köpfen spukt. Weil wir nicht mehr wissen können, ob unsere Arbeit den Reichtum der Megamaschine schafft oder ob es nicht einfach nur die Datenspuren sind, die wir zur profitablen Verwertung hinterlassen. Die werden gesammelt, sortiert, auf Tauglichkeit geprüft, ausgeschlachtet und später verkauft oder verkaufsfördernd in Marketing und andere Überzeugungswerkzeuge übersetzt. Ökonomen verweisen auf mathematische Modelle, von denen sie behaupten, dass die nicht nur die Welt erklären, sondern auch die Zukunft und die Wachstumsraten voraussagen. Unternehmen machen uns glauben, das Kapital könne ohne Arbeit akkumulieren. Im Finanzkapitalismus vermehre sich Geld doch in Millisekunden. Da wird gewettet, nicht produziert. Erst die mit Hilfe der Politik entfesselten Finanzmärkte haben uns die Erzählung vervollständigt, Wirtschaft komme ohne Menschen aus. Kryptowährungen laden ein, es auch mal ohne Arbeit zu versuchen. Und es wird noch immer geglaubt, was Thomas Robert Malthus postulierte: Die Gesetze der Menschennatur führten dazu, dass die einen auf ewig der Not ausgesetzt sind und die anderen gewinnen. Aber auch Nieten und Verlorene hinterlassen nützliche Daten, aus denen sich was machen lässt. Brauchen allerdings dafür ein digitales Endgerät und das Internet. Das ist die neue Qualität dieser vierten techni-

schen Revolution. Es scheint so einfach, zu vergessen, dass noch jede Technik und jeder Algorithmus das Ergebnis von Beziehungen ist, die Menschen eingegangen sind. Denn der vermeintliche Reichtum in Gestalt ungeheurer Warenansammlungen scheint mehr und mehr von menschlicher Arbeitskraft entkoppelt.

Die Frage ist, ob sich unser Verhältnis zum I-Phone änderte, plopte bei jedem Öffnen des Zaubergerätes ein Bild auf, das chinesische Arbeiter:innen zeigt, die in riesigen Hallen Geräte wie dieses zusammenfügen. Ist ja doch von Menschenhand gemacht, staunten wir vielleicht und schickten ein „Gefällt mir!“ in den Orbit.

„Wenn das Recht der Ausgebeuteten auf Umsturz, aufs Verjagen der Herren sich nur daraus ableiten soll, daß sie für diese Schweiß vergießen, wäre der Appell zur Revolte spätestens mit der Dampfmaschine fragwürdig geworden. Dieses Gerät, das Energie und Arbeit spendet, hat, das war allen sichtbar (auch den nichtlesenden Arbeitern), Schiffe betrieben, den Verkehr auf Straßen und Schienen verwandelt, die Förderung von Steinkohle mittels Hochpumpen von Wasser aus der Erde erleichtert, die Herstellung von Eisen beschleunigt, Stahl im Schmelztiegel gekocht und später gewalzt und damit sowie mit anderen Erzeugnissen die Konstruktion von Brücken revolutioniert.

Wichtiger noch: Diese Maschine war eine der ersten, die, weil sie etwa den Zylinderbau vereinfachte, im großen Maßstab die Fertigung von Maschinen selbst voranbrachte.“ (Dath 2008, S. 51)

Zum vorläufigen Ende gedacht: Egal, ob es gesagt, verschwiegen oder nur verschwurbelt wird. Menschen machen Wirtschaft. Demzufolge ließe sich an der Art und Weise, wie sie gemacht wird, jederzeit und überall, auch hier und jetzt etwas ändern.

Anmerkung

- 1 Die Autorin wählt vor allem bei Ökonomen die rein männliche Form, weil die Wirtschaftswissenschaft noch immer von Männern dominiert wird.

Literatur

Berkévicz, U. (2018). *Über die Schrift hinaus*. Berlin: Suhrkamp

Dath, D. (2008). *Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Engler, W. (1999). *Die Ostdeutschen: Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau Verlag

Hickel, R. (2021). Wertschätzung des hier vorgelegten Lehrbuchs: Von der systemkonformen Orthodoxie zur pluralen Ökonomik. In H.-J. Bontrup, & R.-M. Marquardt (Hrsg.), *Volkswirtschaftslehre aus orthodoxer und heterodoxer Sicht. Eine Einführung*. (S. V–IX). Oldenburg: de Gruyter

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997). *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Leitsätze, Zusammenfassung und Schlussfolgerungen der Teile I, II und III des Kommissionsberichts*. Bonn: Kommission

Redecker, E. v. (2020). *Revolution für das Leben*. Frankfurt a. M.: S. Fischer

Zuboff, S. (2018). *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt a. M. u. a.: Campus

Weiterführende Literatur

Diefenbacher H., Foltin, O., Held, B., Rodenhäuser, D., Schweizer, R., & Teichert, V. (2016). *Zwischen den Arbeitswelten. Der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft*. Frankfurt a. M.: S. Fischer

Glaubrecht, M. (2019). *Das Ende der Evolution. Der Mensch und die Vernichtung der Arten*. München: C. Bertelsmann

Gorz, A. (1989). *Kritik der ökonomischen Vernunft*. Berlin: Rotbuch

Lowenhaupt Tsing, A. (2018). *Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus*. Berlin: Matthes & Seitz

Mason, P. (2016). *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*. Berlin: Suhrkamp

Ötsch, W. O. (2019). *Mythos Markt. Mythos Neoklassik*. Marburg: Metropolis

Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium (1974). Berlin: Dietz

Die Autorin

Kathrin Gerlof ist Chefredakteurin der Wirtschaftszeitung OXI, Filmemacherin, Texterin und Schriftstellerin. „Nenn mich November“ ist der Titel ihres jüngsten, im Aufbau-Verlag erschienenen Romans. Als freie Journalistin schreibt sie für verschiedene Medien.

Timo Daum

Was, wenn der Computer vor dem Auto erfunden worden wäre?



Vermutlich wären selbstfahrende Autos zur Regel geworden, menschlich gesteuerte hingegen nicht mehr als Zirkusattraktionen, vorgeführt von tollkühnen Männern.

Computer, Auto und fahrerloser Kapitalismus

Als vielleicht wichtigste Erfindungen des 20. Jahrhunderts können gut und gerne das Automobil und der Computer gelten. Der Gesellschaftsgeograph Robert Horvath erklärte das Auto kurzerhand zur „möglicherweise bedeutendsten Innovation der amerikanischen Kultur im zwanzigsten Jahrhundert“ (Horvath 1974, S. 169). Dass das Auto bereits im vorhergehenden Jahrhundert und in Europa erfunden wurde, tut dem wenig Abbruch. Denn erst mit Fords Massenproduktion in den 1910er und 1920er Jahren erlangte das Auto den Status, den es bis heute innehat: Den einer Innovation, die es zur weltumspannenden Basistechnologie im Anthropozän gebracht hat – fraglos ein in erster Linie US-amerikanisches Verdienst.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Computer. Bereits 1938 gelang es zwar dem Berliner Konrad Zuse, die erste programmierbare Rechenmaschine zu konstruieren und zum Laufen zu bringen. Doch sowohl der kommerziell-industrielle Durchbruch als auch die massenmarktliche Verbreitung dieser Elektronenrechner ging von den USA aus. Erst in den 1970er Jahren wurde der Rechenautomat auch zum Massenprodukt, seine englische Bezeichnung weltweit geläufig, und der Computer so letztlich ebenfalls zu einer bedeutenden „Innovation der amerikanischen Kultur“. Der Digitalexperte Adam Greenfield bezeichnete wiederum das Smartphone – das viel weniger ein Telefon, denn ein *internet communication device* (so Steve Jobs über das neue Gerät bei der Vorstellung desselben), also ein internetfähiger Computer ist – als „*signature artifact*“

(etwa: paradigmatisches oder Gerät schlechthin) unserer Zeit (Greenfield 2017, S. 9).

Es gibt also schon von vorneherein durchaus Parallelen zwischen diesen beiden, das vergangene und wohl auch das gegenwärtige Jahrhundert prägenden Innovationen. Beiden gelang es in beeindruckender Weise, ihrer Zeit den Stempel aufzudrücken, unsere Städte und Landschaften, unsere Art zu arbeiten und zu freizeiten, ja unser Denken und Handeln über weite Strecken zu beeinflussen. Aber haben sie auch die gesellschaftliche Funktionsweise verändert, in deren Umfeld sie zu Innovationen wurden? Wurde doch in der Geschichte – darauf hat Evgeny Morozov (2012) hingewiesen – jeder nennenswerten Erfindung zugetraut, den Kapitalismus in Schwierigkeiten zu bringen.

Dass das Kapital systematisch die Anwendung von Erfindungen zu seinen Diensten betreibt, um seine Verwertung zu sichern, haben wir von Karl Marx gelernt. Es wird aber auch – und darum soll es in diesem Text in der Hauptsache gehen – von deren Einsatz selbst zu substantiellen systemischen Veränderungen gedrängt, ja geradezu gezwungen. Wie der Verbrennungsmotor die Sprengkraft vieler Explosionen bändigen muss, muss auch das kapitalistische Gesamtsystem die – wenn auch nur mögliche oder vermeintliche – Sprengkraft von Erfindungen entschärfen und (gleichsam wie ein Verbrennungsmotor) in viele kleine kontrollierte Explosionen ummünzen.

Womit wir schon mittendrin wären, und mit der Einstiegsfrage beginnen können:

„Es ist ein Fehler, dass Autos vor Computern erfunden wurden“

Als er noch CEO von Google war, bemerkte Eric Schmidt einmal, es sei eigentlich völlig unverständlich, dass Menschen Autos steuerten und nicht Computer. „Es ist ein Fehler, dass Autos vor Computern erfunden wurden“, sagte er und ergänzte: „Dein Auto sollte von allein fahren“ (zit. n. Siegler 2010). Er implizierte damit die These, dass, wäre der Computer zu einer gewissen Reife gelangt, noch bevor das Auto sich anschickte, die ganze Erdoberfläche befahrbar zu machen, dieser als bessere Option für die Steuerung in Betracht gekommen wäre – und die Vorstellung, Menschen diese Aufgabe anzuvertrauen, nur Kopfschütteln verursacht hätte. Ganz uneigennützig war diese Überlegung nicht: Schmidts Brötchengeber Google war damals schon beim Thema Autonomes Fahren vorne mit dabei und gehört heute mit der Alphabet-Tochter Waymo zu den führenden Unternehmen, denen ein kommerzieller Betrieb von fahrerlosen Taxi-Flotten und dergleichen zugetraut wird.

In der Tat erweisen wir Menschen (insbesondere deren männlich gelesene Hälfte) uns tagtäglich aufs Neue als grottenschlechte Fahrer (und Fahrerinnen, diese in einem signifikant geringeren Maße) und als notorisch der uns gestellten Fahraufgaben nicht Gewachsene. Die überwiegende Mehrzahl von Verkehrsunfällen ist auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen. Würden die menschlichen Fahrerinnen und Fahrer durch Algorithmen ersetzt, ließe sich wohl ein Großteil davon vermeiden. Denn die Hauptursachen – Alkohol am Steuer, überhöhte Geschwindigkeit,

Selbstüberschätzung und dergleichen – gehören nicht zu den Features automatischer Fahrer. Das Duisburger CAR-Institut hat für das Jahr 2019 berechnet, dass schon mit dem Einsatz des sogenannten „Autopiloten“ von Tesla, dem derzeit wohl besten Assistenzsystem, in Deutschland eine Reduktion der Straßenunfälle um 90 Prozent erzielt worden wäre. „Wäre das System eingesetzt worden, hätten sich statt 281.849 lediglich 29.413 Unfälle ereignet.“ (Merkur 2021)

Die aus dem Google Car-Projekt hervorgegangene Firma Waymo und einige andere arbeiten dieser Tage fieberhaft daran, diesen – aus Sicht von Schmidt – „bug“ zu reparieren. Sie versuchen, die historische Erfindungsreihenfolge und Durchsetzungsgeschichte nachträglich zu korrigieren und dem Computer denjenigen Platz zuzuweisen, der ihm aufgrund seiner Fähigkeiten auch zusteht: Den Fahrersitz. In den Worten von John Krafcik, dem ehemaligen Waymo-Chef: „Wir wollen kein besseres Auto bauen, wir wollen lieber bessere Fahrer machen.“ (zit. n.: Weddeling und Fasse 2016)

Fahrerloser Kapitalismus

Stellen wir uns also eine Welt vor, in der aus welchen Gründen auch immer der Transistor vor dem Privatauto massenhaft produziert worden wäre. Vermutlich wären selbstfahrende Autos zur Regel geworden, menschlich gesteuerte hingegen nicht mehr als Zirkusattraktionen, vorgeführt von tollkühnen Männern. Vermutlich hätte die Entwicklung bei den Nutzungsformen einen anderen Pfad eingeschlagen. Der „Herrenfahrer“ – so bezeichnet der Soziologe Andreas Knie den wohlhabenden Autobesitzer früherer Tage, der sich

zum luxuriösen Gefährt locker auch noch einen Chauffeur leisten konnte – wäre nicht vom „Selbstfahrer“ abgelöst worden, also dem demokratischen, nicht mehr aristokratischen buchstäblichen Jedermann am Steuer seines eigenen Gefährts, sondern vom „Automatenfahrer“, dem zahlenden Passagier fahrerloser Transportmobile (Knie 2021).

Hätte es schon Computer gegeben, die für eine automatische Kutschensteuerung in Frage gekommen wären – hätte es dann den Boom um das private Auto gegeben? Vermutlich wäre es auch nicht massenhaft an Privatleute verkauft worden, da ja der *appeal* des Autobeherrschens beim Automaten wegfällt. Auch wären sie wohl zu teuer in der Anschaffung gewesen, um massenhafte Verbreitung zu finden. Fraglich ist auch, ob es einen Ford gegeben hätte, der das Auto für jedermann am Steuer baute. Vermutlich nicht, vermutlich hätte sich ein System etabliert, ähnlich dem, welches heute für das autonome Fahren anvisiert wird: Der Betrieb von Robotaxi-Flotten durch private Betreiber. Sie hätten also – wie das auch heute in den Geschäftsmodellen für autonomes Fahren projiziert wird – als kommerziell betriebene Flotten dem Verkehr jener Zeit ihren Stempel aufgedrückt.

Eines ist jedenfalls sicher: Wir hätten es immer noch mit einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft zu tun. Auch das Automatenauto wäre keine Erfindung gewesen, die sich systemsprengend ausgewirkt hätte, noch wird es eine solche Rolle in der Zukunft spielen, so das automatisierte Fahren denn massenhafte Verbreitung findet – allerdings wäre es zu einem fabulösen Geschäft geworden, und wird es wohl demnächst werden.

Vermutlich hätten wir es mit einer gänzlich anderen Welt zu tun, einer Art fahrerlosem Kapitalismus. Vermutlich wäre es dem Kapital gelungen, auch in dieser hypothetischen Innovationsreihenfolge die Oberhand zu behalten und einen Haufen Geld zu verdienen. Denn Erfindungen sind dem Kapital äußerlich, bislang ist noch keine, obwohl immer wieder welche ausgemacht wurden, ihm wirklich gefährlich geworden, auch nicht die Informationstechnologie, das Internet, die Blockchain oder das Faxgerät.

Zunächst jedoch noch eine kleine historische Korrektur.

Um ein Haar hätte es geklappt ...

Um ein Haar wäre der Computer sogar schon weit vor dem Auto, nämlich zu Zeiten der industriellen Revolution in England erfunden worden. Und damit ein ganzes Jahrhundert bevor es Konrad Zuse im elterlichen Wohnzimmer erstmalig gelang, einen Computer zum Laufen zu bringen und ein halbes Jahrhundert bevor Berta Benz publicityträchtig mit ihres Ehemanns Motorwagen Nummer 1 von Mannheim nach Pforzheim fuhr.

In den 30er Jahren des 19ten Jahrhunderts hatte sich nämlich der Industrielle, Nationalökonom und Erfinder Charles Babbage darangemacht, eine vollautomatische Rechenmaschine zu bauen, die *Analytical Engine*. Das dampfbetriebene Ungetüm wies bereits alle wesentlichen Elemente moderner Computer auf: Eingabe, Ausgabe, Programmspeicher und -steuerung. Ein 30 Meter langes mechanisches Monstrum, das der erste Computer der Welt hätte werden können – jedoch erblickte es nie das Licht der Welt. Seine

Maschine ließ sich nicht realisieren, die Feinmechanik jener Zeit und das Fehlen eines Budgets sowie geeigneter Teams ließen das nicht zu.

Wie wichtig Babbage – obwohl gescheitert – für die nachfolgende Entwicklung war, betont der kanadische Medienwissenschaftler Nick Dyer-Witheford (1999, S. 2): „Sein Einfluss ging weit über den hinaus, der normalerweise mit einem gescheiterten Erfinder verbunden ist“. Denn seine Erfindung und die Überlegungen, die er in diesem Kontext anstellte, können als Vorarbeiten für einen anderen tiefgreifenden Reformator kapitalistischer Arbeits- und Produktionsorganisation gelten, Frederick W. Taylor. Der Erfinder der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation sah Arbeitsabläufe als Prozesse an, die von einem zentralen Management gesteuert und überwacht werden müssten. In *The Principles of Scientific Management* zerlegte er die Arbeitsleistung in Einzeloperationen und speiste sie optimiert ins System zurück als kleinteilige Vorschriften, denen minutiös zu folgen war (Taylor 1911).

Die Fabrik und der Computer – Atome und Bits

Babbage selbst hatte bereits rund achtzig Jahre zuvor in seinem Buch von 1832 *On the Economy of Machinery and Manufactures* die Fragmentierung von Arbeitsprozessen in Einzelschritte propagiert, seinen Überlegungen Rechenvorgänge zu mechanisieren und von einer Maschine abarbeiten zu lassen nicht unähnlich (Babbage 1832). Bei der Fließbandproduktion von Automobilen wurden Babbages Ideen – via Taylorismus – verwirklicht und die ganze Fabrik zu einer einzigen Maschinerie – die Arbeiterinnen

und Arbeiter eingeschlossen. Denn es gibt eine direkte Linie von Babbage zu Ford und die führt über Frederick W. Taylor.

Aus der Sicht des englischen Fabrikanten unterscheidet sich nämlich eine Fabrik, wie sie Taylor für Ford dann programmierte, nicht sehr von einem Computer. Die eine prozessiert *tangibles* (physische Güter) nach einem vorher festgelegten Plan, der andere tut dies mit *intangibles* (immateriellen Werten bzw. Informationseinheiten). Beide folgen sie einem im Vorhinein programmierten strengen Ablauf, sie sind Manifestationen eines Algorithmus, wie ihn Alan Turing definiert hat: Als Schritt für Schritt abzuarbeitende Rechenvorschrift (Turing 1936). Babbage selbst schreibt: „Was einigen unserer Leser vielleicht paradox erscheinen mag – dass die Arbeitsteilung mit gleichem Erfolg auf mentale Operationen angewendet werden kann und dass sie durch ihre Anpassung dieselbe Zeitökonomie gewährleistet“ (Babbage 1832, S. 153). Aus Babbages Perspektive sind eine Fabrik und ein Computer im Prinzip dasselbe, der eine schiebt Atome hin und her, der andere Symbole.

Für Karl Marx, dem großen Analytiker und Kritiker der damaligen industriellen Startup-Szene, war Babbage kein Unbekannter. Hätte die Analytische Maschine zur Marktreife gefunden, hätten wir es vermutlich mit einem Vierten Band des Kapitals zu tun bekommen, einer aus dem Maschinenfragment entwickelten politischen Ökonomie des Computers – ein Jammer, dass uns das nicht vergönnt ist.

Erfinder-Kapitalisten wie Charles Babbage oder Henry Ford haben immer schon versucht, den Produktionsprozess

zu systematisieren, die Fabrik zu rationalisieren, Zufälliges und Überflüssiges zu eliminieren. Nick Dyer-Witheford knüpft an Harry Bravermans Analysen des Arbeitsprozesses an, wenn er schreibt: „Babbages Suche nach mechanischen Mitteln, um die Arbeiter sowohl manuell als auch geistig zu automatisieren, war die logische Erweiterung des Wunsches, den menschlichen Faktor zu reduzieren und schließlich zu eliminieren, der den neuen Industriellen nur als Quelle ständiger Fehleranfälligkeit, Disziplinlosigkeit und Bedrohung erschien.“ (Witheford 1999, S. 3)

Diese Homologie bringt Shoshanna Zuboff, Autorin von „Überwachungskapitalismus“ und eine der ernstzunehmenden Theoretikerinnen des digitalen Kapitalismus, zum Ausdruck. In einer frühen Arbeit aus dem Jahre 1970 beschreibt sie Taylors Programm aus Informationsverarbeitungs-Perspektive: „Zuerst wurde das implizite Wissen des Arbeiters gesammelt und durch Beobachtung und Messung analysiert. Zweitens legten diese Daten, kombiniert mit anderen systematischen Informationen zu Werkzeugen und Materialien, den Grundstein für eine neue Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik. Drittens erforderte das neue System eine Vielzahl spezifischer Kontrollmechanismen, um die Regelmäßigkeit und Intensität der Bemühungen zu gewährleisten und gleichzeitig Manager und Planer weiterhin mit den für Anpassungen und Verbesserungen erforderlichen Daten zu versorgen.“ (Zuboff 1988, S. 43)

Zuboff skizziert, wie Taylor in drei Schritten – Datenerhebung, Erstellung des Produktionsprogramms und Überwachung der präzisen Ausführung – aus der Fabrik des 19. Jahrhunderts die moderne Massenproduktionsanlage

geschaffen hat. Diese Beschreibung liest sich nicht nur wie eine Anleitung aus der IT, es ist schlicht eine solche. Die Fabrik von Taylor ist aus Zuboffs Sicht nichts Anderes als ein *computing device*, nur dass statt Symbolen und Zeichen, Bits und Bytes, Dinge und Atome bearbeitet werden, oder wie der Medienphilosoph und Kommunikationswissenschaftler Vilém Flusser das Bearbeiten von physischen Gegenständen im Arbeitsprozess beschreibt, das „Informieren von Gegenständen“ (Flusser 2000, S. 32).

Von der Erfindung zur Innovation und zurück

Gute Ideen haben wir alle. Und die Wissenschaft hat auch schon das eine oder andere rausgekriegt. Deutlich seltener gelingen Erfindungen, das heißt Geräte, Funktionsweisen oder Prozesse zu entwickeln, die Regeln der physikalischen Welt in neuer Weise nutzbringend kombinieren. Ist eine Erfindung dann konkretisiert, also beispielsweise ein funktionsfähiger Prototyp gelungen, ist diese vielleicht sogar patentiert, sprich: ihr ist von den zuständigen Behörden ausreichende Schöpfungstiefe attestiert worden, beginnt der schwierigere Teil. Konrad Zuse war es übrigens seinerzeit nicht gelungen, ein Patent auf seine programmierbare Rechenmaschine zu erhalten. Nach 26 Jahren Litigation wies das Bundespatentgericht in München sein Ansinnen endgültig ab. Zur Begründung stand zu lesen: „Die Neuheit und Fortschrittlichkeit des mit dem Hauptantrag beanspruchten Gegenstands sind nicht zweifelhaft. Indessen kann auf ihn mangels Erfindungshöhe kein Patent erteilt werden.“ (Petzold 1998, S. 65)

Ob eine gelungene Erfindung tatsächlich und zahlreich zur Anwendung kommt, steht auf einem anderen Blatt. Damit eine Erfindung zur Innovation wird, also zum ökonomisch verwertbaren und tatsächlich auf breiter Front eingesetzten Produkt, braucht es mehr als nur eine gute Idee oder den virtuellen Einsatz der Naturgesetze. Der Erfinder oder die Erfinderin muss in die Rolle des Unternehmers oder der Unternehmerin schlüpfen und eine viel größere Herausforderung annehmen: Die Erfindung in die Form eines Produkts oder einer Dienstleistung gießen, sie auf den Markt werfen und hoffen, dabei zu reüssieren (und nicht bereits an bornierten Patentamtsleuten zu scheitern).

Nur ganz wenigen Innovationen ist es wiederum vergönnt, als Basistechnologie eine Ära zu begründen, als technologische Entwicklung die gesellschaftliche Betriebsweise nachhaltig zu beeinflussen. Das Auto und der Computer – das sind zwei solche Basistechnologien im Sinne der Theorie der langen Wellen, wie sie Kondratieff skizzierte. Nach der Innovationstheorie entstehen diese Wellen aus der Bündelung von Basisinnovationen, die technologische Revolutionen auslösen, die wiederum führende Industrie- oder Handelszweige hervorbringen.

Die britisch-venezolanische Spezialistin für sozioökonomische Entwicklung Carlota Perez nennt diese Basisinnovationen „technologische Systeme“ bzw. „gesellschaftliche und institutionelle Einrichtungen“, die rund um ein Innovationsparadigma herum aufgebaut sind. Im Prozess der Anpassung der Gesellschaft an das neue Paradigma macht sie drei Etappen fest: Erstens „die Entwicklung der dazugehörigen Dienstleistungen (erforderliche Infrastruktur,

spezialisierte Lieferanten und Händler, Kundendienstnetze usw.)“, zweitens „die ‚kulturelle‘ Anpassung an die Eigenlogik des betreffenden Technologieverbands (bei Ingenieuren, Managern, Verkäufern, Kundendienst, Verbrauchern, usw.)“ und drittens „den Aufbau institutioneller Unterstützung (Regelungen und Gesetze, spezialisierte Schulung und Ausbildung usw.)“ (Perez 1998, S. 27).

Der relative Mehrwert ...

Der Kapitalismus macht Erfindungen produktiv, er setzt sie zur Profitmaximierung ein. Noch jede Technologie wird vom Kapital in seinem Sinne eingesetzt, integriert in den Ausbeutungsprozess. Vor und nach Babbage sind noch alle Kapitalistinnen und Kapitalisten angetreten, Fließbänder – handfeste oder digitale – in der Produktion anzuwenden in ihrem Streben nach der günstigeren Produktion, dem Vorteil gegenüber der Konkurrenz, dem relativen Mehrwert, wie von Karl Marx im ersten Band des Kapitals ausführlich analysiert. Rainer Fischbach (2020, S. 19) schreibt: „Die ökonomische Diskussion lokalisiert technologische Innovation meist im Zusammenhang der Konkurrenz von Unternehmen um Kostenvorteile, also in einem Kontext, den die marxistische Tradition als Kampf um den relativen Mehrwert charakterisiert.“ Aber das ist nur die halbe Wahrheit.

... ist nur die halbe Wahrheit/Miete

Nur auf den letzten beiden Stufen – Innovation und Basistechnologie – wirken sich Erfindungen in der ökonomischen Sphäre überhaupt aus, wenn sie zu innovativen

Produkten oder Produktionsweisen führen. Gar nur die letzte Stufe hat ausreichend starke Rückkopplung auf die Institutionen und die gesellschaftliche Betriebsweise. Der Begriff der gesellschaftlichen Betriebsweise, der sich bereits in Marx' Kapital findet (1967, S. 496), illustriert diesen Prozess der Rückkopplung auf die gesellschaftliche Gesamtheit.

Bei Marx, einem Zeitgenossen Babbages, hört sich das so an: „Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.“ (Marx 1972, S. 130)

Es gibt also einen Rückkopplungseffekt der Innovation auf die Funktionsweise des Kapitalismus selbst. Der Ökonom Stephan Krüger schreibt, dass „die Etablierung der neuen Technik als eminent sozialer Prozess zu fassen ist, der keineswegs nur auf die Ökonomie oder gar die Fabrik beschränkt ist, sondern die gesamte Gesellschaft, d. h. den Reproduktionsbereich und die Formen des individuellen Konsums sowie die Rückwirkung des Staates auf die Wirtschaft einschließt“ (Krüger 2010, S. 114).

Was für die Technologien zu Marxens Zeiten gilt, gilt auch heute noch. Von der Dampfmaschine bis zur Blockchain, von der Lochkarte bis zum Quantenrechner – der Kapitalismus sortiert sich neu um Technologie herum. Das

Kapital veranlasst Innovation, woraufhin diese das Kapital zur Neuerfindung veranlasst. Der Einsatz der Dampfmaschine, des Fließbands, des Computers wirkt auf die Produktionsverhältnisse zurück, der Kapitalismus als Ganzes muss sich adaptieren. Das Auto und das Öl haben den fossilen Kapitalismus hervorgebracht; der Computer zusammen mit dem Internet eine gesellschaftliche Betriebsweise, die wir digitalen Kapitalismus nennen.

Digitaler Kapitalismus

Wenn Algorithmen, Künstliche Intelligenz, die Extraktion von Daten, die Verbreitung und Verwertung von Information, die Orchestrierung der Aktivität von Milliarden Nutzerinnen und Nutzern auf digitalen Plattformen ins Zentrum der ökonomischen Aktivität geraten, wenn auch die Mehrwertabschöpfung und Profitgenerierung das Paradigma der Ausbeutung lebendiger Arbeit im Produktionsprozess hinter sich lassen, dann kann mit Fug und Recht von einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise gesprochen werden. Die Funktionsweise des digitalen Kapitalismus unterscheidet sich also in mehrfacher Hinsicht von derjenigen des industriellen.

Dyer-Witheford sah eine neue Betriebsweise schon Ende des letzten Jahrhunderts heraufziehen, gekennzeichnet von einem neuerlichen Verwertungsschub, wenn er schreibt: „Hochtechnologien – Computer, Telekommunikation und Gentechnik – werden als Instrumente einer beispiellosen, weltweiten Ordnung der allgemeinen Kommodifizierung geformt und eingesetzt.“ (Witheford 1999, S. 2) Digitaler Kapitalismus ist also einerseits eine systemische Antwort

auf die Basisinnovationen Computer + Internet, gleichzeitig eine – über weite Strecken experimentell gefundene – Strategie, unter den neuen Randbedingungen weiterhin profitabel zu bleiben.

Wir haben es mit der Inauguration einer neuen Ära nach Merkantilismus und Fordismus mit dessen Spielart im real existierenden Sozialismus zu tun. Als Motiv für diese neuerliche Iteration sieht der am Londoner King's College lehrende Nick Srnicek die „seit Langem sinkende Profitabilität der Produktion“. Daher habe sich das Kapital letztlich den Daten zugewandt, um deren stimulierende Wirkung angesichts des „lahmenden Produktionssektors“ zu genießen (Srnicek 2018, S. 11). Nicht nur ein neues Akkumulationsmodell, also neue Quellen der Verwertung von Kapital, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen bis hin zu neuen Subjekt-Konstellationen gehen damit einher.

Basisinnovationen ziehen also eine Generalüberholung des Akkumulationsregimes nach sich. Das gilt insbesondere für Erfindungen, die unter dem Regime des Kapitals stattfinden und sich innerhalb der Verwertungslogik zu ökonomisch erfolgreichen Innovationen entwickeln, ja zu Schlüsseltechnologien langer Wellen werden. Gleichzeitig zwingen sie die kapitalistischen Verhältnisse zu einer – oft umfassenden – Anpassung an die neuen Produktivkräfte. Das Auto, der Computer, das Internet haben jeweils zu einem Update gedrängt. Mit tiefgreifenden Auswirkungen. Die Anpassungsprozesse waren und sind teilweise brutal für alle Beteiligten. Man frage die Beschäftigten in der Pferde-Industrie, die Entrepreneure, die darauf bestanden, auf menschliche Rechenknechte zu setzen, oder die Mana-

gerinnen und Manager, die das Internet oder das Elektroauto oder das Automatenauto als Spielerei abtaten oder noch abtun!

Die jeweiligen Eigenlogiken der Basistechnologien haben selbst erhebliche Sprengkraft, die es systemisch zu entschärfen gilt, damit den Kapitalistinnen und Kapitalisten nicht der ganze Laden um die Ohren fliegt ...

Bringt uns der Computer tiefer in die kapitalistische Ökonomie hinein?

„We shape our buildings; thereafter they shape us“, sagte Sir Winston Churchill in einer Rede im Oktober 1943 (zitiert nach Volchenkov 2018, S. 159). Die Frage, ob uns der Computer tiefer in die kapitalistische Wirtschaftsweise hinein führt, lässt sich auch allgemeiner formulieren: Führt uns X aus der kapitalistischen Ökonomie heraus oder tiefer in sie hinein? Für X können wir hier wahlweise die Elektrizität, das Auto, den Computer oder auch das Schießgewehr einsetzen – die Antwort dürfte klar sein: Ja, X führt uns tiefer in ihn hinein, aber in eine Version desselben, die mehr oder weniger stark an die Innovation oder sogar Basistechnologie angepasst ist.

Dass Auto und Computer jeweils solch transformative Kraft zu entfalten in der Lage waren, sich die kapitalistischen Verfasstheit ihrer Umgebung davon allerdings nicht beeindrucken ließ, dass sie beide Bestandteil einer perfekt geölten kapitalistischen Maschinerie geworden sind, belegt die Flexibilität eben jener Gesellschaftsordnung, in deren kreativem Umfeld beide Erfindungen das Licht der Welt erblickten.

Es ist ein wechselseitiger Prozess: Das Kapital setzt Erfindungen zu seinem Profitstreben ein, ruft damit aber auch Rückwirkungen hervor: Das Kapital muss sich auch in seinen Produktionsverhältnissen auf die Produktivkräfte einstellen.

Und so wirken also die Erfindungen, die im Schoss und unter der Obhut des Kapitals das Licht der Welt erblicken, von ihm gepäppelt und großgezogen werden, irgendwann zurück, zwingen das Kapital zu einer – im Falle von systemischen Innovationen – außerordentlich grundlegenden Neuformierung der Produktions- und Distributionsverhältnisse – die Verwertungsverhältnisse aber bleiben, solange die Gesellschaft keine Alternativen realisiert.

Computer führen tiefer in eine kapitalistische Ökonomie hinein, aber in eine gänzlich neue, veränderte Version derselben. So vieles muss sich ändern, damit für das Kapital alles beim Alten bleiben kann.

Literatur

Die Links wurden am 22. Juni 2022 letztmals überprüft.

Babbage, Ch. (1832). *On the Economy of Machinery and Manufactures*. London: Charles Knight

Fischbach, R. (2020). Technologischer Eigensinn und kapitalistische Logik. In H.-J. Bontrup, & J.; Daub (Hrsg.), *Digitalisierung und Technik – Fortschritt oder Fluch? Perspektiven der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus* (S. 16 – 48). Köln: PapyRossa

Flusser, V. (2000). *Ins Universum der technischen Bilder*. Göttingen: European Photography

Greenfield, A. (2017). *Radical Technologies. The Design of Everyday Life*. London, New York: Verso

Horvath, R. (1974). Machine Space. *Geographical Review*, 64(2), 167 – 188

Knie, A. (2021, 10. Februar). *Herrenfahrer, Selbstfahrer, Automatenfahrer*, WZB Blog. <https://digitalemobilitaet.blog.wzb.eu/2021/02/10/ohne-stellplatz-kein-auto-mobilitaet-neu-gedacht>

Krüger, S. (2010). *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen*. Hamburg: VSA

Marx, K. (1967). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. MEW 23, Berlin: Dietz

Marx, K. (1972). *Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“*. MEW 4 (S. 63 – 182), Berlin: Dietz

Merkur (2021, 4. Februar). Tesla Autopilot – das Projekt des selbstfahrenden Autos. *Merkur*. <https://www.merkur.de/wirtschaft/tesla-autopilot-selbstfahrendes-auto-test-unfall-deutschland-geschwindigkeit-90191385.html>

Morozov, E. (2012). *The Net Delusion: How Not to Liberate the World*. London: Penguin

Perez, C. (1998). Neue Technologien und sozio-institutioneller Wandel. In W. Dostal, & H. Thomas (Hrsg.), *Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft. An der Schwelle neuer Vollbeschäftigung?* (S. 17 – 37). Herford: Busse Seewald

Petzold, H. (1998). Die Mühlen des Patentamts. Die vergeblichen Bemühungen Konrad Zuses, die programmgesteuerte Rechenmaschine patentieren zu lassen. In R. Rojas (Hrsg.), *Die Rechenmaschinen von Konrad Zuse* (S. 63 – 87). Berlin, Heidelberg: Springer

Siegler, MG (2010, 28. September). Google's Schmidt: „It's A Bug That Cars Were Invented Before Computers“. *TechCrunch*. <https://techcrunch.com/2010/09/28/schmidt-on-future/>

Srnicek, N. (2018). *Plattform-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition

Turing, A. (1936). On Computable Numbers with an Application to the Entscheidungsproblem. *Proceedings of the London Mathematical Society*, 2(1), 116 – 151

Volchenkov, D. (2018). *Grammar of complexity: From mathematics to a sustainable world*. Beijing, Singapore: World Scientific/Higher Education Press

Weddeling B., & Fasse, M. (2016, 28. Oktober). Germany's Auto Giants versus U.S. Tech Titans. *Global.handelsblatt.com*. <https://www.handelsblatt.com/english/companies/self-driving-cars-germanys-auto-giants-versus-u-s-tech-titans/23541952.html> [nicht mehr verfügbar]

Witthof, N. (1999). *Cyber-Marx. Cycles and Circuits of Struggle in High-technology Capitalism*. Urbana: University of Illinois Press

Zuboff, S. (1988). *In the Age of the Smart Machine. The Future of Work and Power*. New York: Basic Books

Der Autor

Timo Daum ist Physiker, Hochschullehrer und Sachbuchautor, sein Arbeitsschwerpunkt ist der digitale Kapitalismus. Sein Buch „Das Kapital sind wir: Zur Kritik der digitalen Ökonomie“ erhielt 2018 den Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert Stiftung. Zuletzt ist von ihm der Band „Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus“ bei Dietz Berlin erschienen, den er zusammen mit Sabine Nuss herausgegeben hat. Timo Daum ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Website: www.2pir.de

Heike Buchter

Wirtschaft und Gerechtigkeit, auf ewig geteilt?



Wir erleben Peak Financial Capitalism, den Höhepunkt des Finanzkapitalismus. Auch wenn viele Entwicklungen in Deutschland noch nicht so ausgeprägt sind, zeigt ein Blick auf die USA, wohin die Reise geht. Zumal nordamerikanische Investoren mit 40 Prozent die größten Anteilseigner der deutschen Dax-Unternehmen darstellen.

Noch vor wenigen Jahren war es ein altes Eisenbahndepot an der Westseite New Yorks. Heute ragen dort Wolkenkratzer empor, die wie gigantische spiegelnde Glasscherben aus Manhattans Skyline ragen. *Hudson Yards* gilt mit einem Areal von elf Hektar und einem Investment von 25 Milliarden Dollar als das größte private Immobilienprojekt Nordamerikas. In der *Shopping Mall* finden sich Marken wie Rolex, Cartier, Dior, Fendi, nebenan sind die Büros von WarnerMedia, Boston Consulting, L'Oréal und des deutschen Softwarekonzerns SAP. Wer eines der Penthouse-Apartments mieten will, zahlt bis zu 70.000 Dollar monatlich. Für Stephen Ross, dem Immobilienmogul hinter dem Projekt, sind die *Hudson Yards* das neue Herz von New York, wie es auf der Webseite seines Unternehmens heißt. Für Kritiker:innen¹ ist es ein monumentales Symbol des Spätkapitalismus und steht für alles, was falsch läuft in unserem System. In der Mitte hat Ross *The Vessel* – das Gefäß – bauen lassen, eine 16 Stockwerke hohe begehbare Skulptur, die Spötter wegen ihrer Form den Papierkorb getauft haben. Mit seinen 154 Treppen, die nirgendwo hinführten, sei das Vessel eine Metapher für Arbeit ohne Sinn, schrieb die Architekturkritikerin Kate Wagner (2019). Unter dem Vorwand, in den öffentlichen Raum zu investieren, verberge das leere ‚Gefäß‘, so Wagner in ihrem Verriss, nur sehr fadenscheinig die Intention, „Luxusvermögenswerte für die kriminell Wohlhabenden“ zu schaffen.

Was die Hudson Yards so anschaulich vor Augen führen, ist die obszöne Umverteilung von unten nach oben, die in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat. Ausgerechnet die von Covid-19 ausgelöste Krise hat diesen

Prozess noch einmal beschleunigt. In den ersten zwei Jahren der Pandemie verdoppelten die zehn reichsten Männer der Welt – angeführt von Teslas CEO Elon Musk, Amazons Jeff Bezos und den Google-Gründern Larry Page und Sergey Brin – laut der internationalen Anti-Armutsguppe Oxfam (2022) ihr Vermögen von 700 Milliarden Dollar auf 1,5 Billionen Dollar. Allein Bezos' Vermögen belief sich im April 2022 auf 191 Milliarden Dollar, eine Summe, die dem Bruttoinlandsprodukt von Bolivien, Bulgarien und Ghana zusammen entspricht. (Forbes Magazine 2022). Gleichzeitig starben Millionen Menschen, die keinen Zugang zu Impfungen und zu medizinischer Versorgung hatten, manche buchstäblich, weil sie sich den Sauerstoff zum Atmen nicht leisten konnten.

Doch Covid-19 verstärkte nur Entwicklungen, die schon vor Jahrzehnten begonnen haben. Und es ist nicht nur die ungleiche Verteilung des Wohlstands. Es ist auch die ungerechte Zuteilung der Fortschrittsgewinne. Arbeitnehmer:innen profitieren immer weniger von den technologischen Errungenschaften und der Gründung neuer Unternehmen. Stattdessen sind sie allzu oft die Verlierer, wenn Innovationen die Automatisierung und den Verlust von Arbeitsplätzen vorantreiben. Inzwischen hat die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit Ausmaße angenommen, die nicht nur unseren westlichen Lebensstandard, sondern auch unsere Demokratie, ja schlussendlich unsere Existenz auf diesem Planeten gefährden. Auf weltweiter Ebene sprechen manche Aktivist:innen angesichts des brutalen Gefälles bereits von einer Klima-Apartheid. Während Hunderte Millionen im globalen Süden nach wie vor keinen Strom

haben, produzieren die G20 Länder rund 80 Prozent aller Treibhausgase (UN Environment Programme 2019).

Und während der Norden, etwa Kanada und Skandinavien, laut den Studien einiger Expert:innen von der Erwärmung teilweise sogar profitieren könnte, wird das Brutto-sozialprodukt in Indien – sollte sich nichts ändern – bis 2050 um fast drei Prozent schrumpfen und der Lebensstandard von rund 600 Millionen Menschen, der Hälfte der Bevölkerung des Landes, deutlich sinken (Weltbank 2018). Bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius würden Dürreperioden in Nordafrika im Schnitt 20 Monate anhalten, Hitzewellen sich verzehnfachen. Ein weiterer Bericht der Weltbank (2021) warnt, dass 86 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika heimatlos werden könnten. Und dieser Dürresommer hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, dass auch wir in Europa uns den Folgen des Klimawandels nicht entziehen können. Die Bilder eines stellenweise zum Bach vertrockneten Rheins werden wir nicht so schnell vergessen.

Die unterschätzte Rolle der Finanzbranche

Wie sind wir in diese Falle geraten? Und wie können wir uns aus ihr befreien? Mit diesen großen Fragen beschäftigen sich Volkswirte, Soziologen, Philosophinnen. Sie sind vorwiegend Forschende an Hochschulen und in Denkfabriken. Sie vermitteln die – wichtige – Vogelperspektive. Als Journalistin mit dem Fokus Finanzen habe ich einen ganz anderen Zugang zu diesen Problemen. Meine Schlussfolgerungen erheben nicht den Anspruch wissenschaftlich zu sein. Sie sind stattdessen das Ergebnis von Erfahrungen und Recherchen mit

der Wall Street im Zentrum. Eine Erkenntnis nach 20 Jahren dort: Wir erleben *Peak Financial Capitalism*, den Höhepunkt des Finanzkapitalismus. Oder wie es einige inzwischen auch nennen: *Asset Management Capitalism* – Kapitalismus der Vermögensverwalter (Braun 2020). Um zu verstehen, was das heißt und warum die Branche der Geldverwalter einen entscheidenden Einfluss auf unser Geschick hat, muss man nicht nur die Mechanismen, sondern auch die Akteure, ihre Motivation und ihre Geschichte kennen. Auch wenn viele Entwicklungen in Deutschland noch nicht so ausgeprägt sind, zeigt ein Blick auf die USA, wohin die Reise geht. Zumal nordamerikanische Investoren mit 40 Prozent die größten Anteilseigner der deutschen Dax-Unternehmen darstellen (DIRK 2022). Es ist schwierig, den Anteil des Finanzsektors an unserer Wirtschaft zu bemessen. Schätzungen gehen davon aus, dass Banken, Versicherer, Fondsgesellschaften und Fintech Startups inzwischen bis zu einem Viertel der Wirtschaftsleistung der Welt darstellen. Niemand dürfte die Bedeutung des Finanzsektors für ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft bestreiten: Kredite ermöglichen die Expansion von Unternehmen, den Ausbau von öffentlicher Infrastruktur. Finanzinstrumente, darunter auch die oft verpönten Derivate, helfen, das Risiko von Investitionen auf Akteure zu verteilen, die willens und in der Lage sind, es zu übernehmen.

Doch mindestens seit den 1980er Jahren entfernt sich die Branche immer weiter von ihrer eigentlichen, dienenden Rolle. *Financialization* nennen Briten und Amerikaner das Übel, dass Banken, Handel und Investoren Unternehmen und Innovationen letztlich nur noch als Beteiligungen,

Wertpapiere oder Kredite behandeln und nicht als Institutionen, die auch einen sozialen Zweck erfüllen. Welche Folgen diese Verkehrung haben kann, zeigt etwa General Electric. Einst eine amerikanische Ikone, 1892 mit gegründet von Erfinder Thomas Edison. Mit einer Produktpalette von der Glühbirne über elektrische Zahnbürsten bis zum Atomkraftwerk prägte das Unternehmen den modernen Alltag wie kaum ein anderes. So wurde GE weltweit zum Vorbild – nicht zuletzt musste sich die deutsche Siemens die Erfolge vorhalten lassen.

Heute ist der Konzern ein Schatten seiner selbst. Schuld ist nicht zuletzt Jack Welch, der einst als Superstar unter den Managern gefeiert wurde. Mehr als 100.000 Arbeitsplätze strich Welch bei GE in den 1980er Jahren. Anteilseigner verwöhnte Welch hingegen mit stetigem Gewinnwachstum, die Aktie stieg in seiner Amtszeit um sagenhafte 4.000 Prozent. Welch erreichte das aber weniger mit Industrieprodukten wie Turbinen oder Waschmaschinen, sondern vor allem mit einer internen Bank. Zunächst war sie eine sinnvolle Ergänzung – die Kunden konnten ihre Windkraftanlagen oder Lokomotiven über das konzerneigene Finanzinstitut finanzieren.

Bald bot die GE-Finanzsparte weit mehr: Autokredite, Kreditkarten und Hypotheken. GE Capital wurde zu einem der größten US-Finanzkonzerne. Vor allem aber versetzte die Finanzsparte GEs Manager in die Lage, die Gewinnentwicklung zu kontrollieren. Blieb das Ergebnis der Industriesparten unter den Erwartungen der Aktionär:innen, konnte das Unternehmen kurzfristig Finanzinstrumente veräußern. So ließen sich zuverlässig Gewinne erzielen und großzügige Vorstandsvergütungen rechtfertigen. Allein von

2012 bis 2018 erhielten die ranghöchsten Führungskräfte Vergütungen in Höhe von über 600 Millionen Dollar. In der Finanzkrise 2008 war damit Schluss, das Unternehmen war übergangsweise auf über 16 Milliarden Dollar Staatszuwendung angewiesen. Zusätzlich mussten die Notenbank und der Einlagensicherungsfonds FDIC mit weiteren 30 Milliarden Dollar an Garantien einspringen (Buchter 2018). GE ist nur ein Fall von *Financialization*, nur ein Beispiel dafür, wie aus der sozialen Einheit des Unternehmens ein Bündel von Verträgen, Wertpapieren und Obligationen wird, manipuliert von Manager:innen und Investor:innen, um Gewinne für Anteilseigner:innen herauszuholen.

Milton Friedman und das fatale Prinzip der Gewinnmaximierung

Zurückführen lässt sich diese Dynamik vor allem auf die Ideen eines Mannes: Vor rund 50 Jahren veröffentlichte der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman (1970) einen Artikel in der New York Times. Der Titel lautete übersetzt „Die soziale Verantwortung von Unternehmen ist es, den Gewinn zu steigern.“ Gemeint war, dass die Manager:innen eines Konzerns nur einem Ziel verpflichtet waren: Den Gewinn zu steigern. Daraus wurde die *Shareholder Value Doktrin*, nach der der Zweck eines Unternehmens sich darauf reduziert, den Wert für die Anteilseigner zu maximieren. Friedman, der für seine geldpolitischen Erkenntnisse 1976 den Nobelpreis erhielt, schränkte sein Gebot zwar ein, indem er erklärte, bei ihrer Gewinnmaximierung sollten sich Manager immerhin an geltende Gesetze und Ethik halten.

Eine Einschränkung, die seine Verteidiger:innen heute gerne ins Feld führen.

Friedman reagierte mit seinem Beitrag auf eine Bewegung, die etwa vom Detroit-er Hersteller General Motors den Bau sicherer Autos verlangte und vom Mischkonzern General Electric mehr Umweltschutz. Solche Ansinnen führten, so schrieb Friedman in der *New York Times*, zu „lupenreinem Sozialismus“. Der Ökonom traf damals einen Nerv bei Investor:innen. Zu der Zeit steckte *Corporate America* in einer Krise. Durch den Aufstieg Japans sahen sich amerikanische Produzenten erstmals auf dem Heimatmarkt starken Wettbewerbern gegenüber. Der Ölschock und die folgende Inflation hatten die Kosten explodieren lassen, die damals noch starken Gewerkschaften verlangten zum Ausgleich höhere Löhne. Die Unternehmen reagierten mit einer Fusions- und Aufkaufwelle. So entstanden aufgeblähte Konglomerate, deren versprochene Gewinne größtenteils ausblieben. Die Aktionäre waren unzufrieden. Die Multis von damals sind heute fast alle so gut wie zerschlagen, doch die angebliche Lösung ist zum Standard geworden. Inzwischen ist die Fixierung von Manager:innen und Eigentümer:innen auf Gewinnmaximierung und endlose Kostenreduzierung derart verbreitet und verinnerlicht, dass es scheint, als habe es im Kapitalismus nie etwas anderes gegeben.

Die „Shareholder-Value-Doktrin“ wurde auch deshalb bereitwillig akzeptiert, weil sie für eine wohlhabende und einflussreiche Schicht so vorteilhaft ist. Sie stellt schließlich die Mehrheit der Aktionär:innen. Zwar sind die Manager:innen des Unternehmens rein organisatorisch und

rechtlich nur bessere Angestellte der Eigentümer:innen. Doch um die Interessen beider Parteien auf die gleiche Linie zu bringen, erhalten viele Manager:innen einen großen Teil ihrer Vergütung in Aktien. Ihr Erfolg wird am steigenden Wert der Unternehmensanteile gemessen, von dem sie direkt profitieren. Das Resultat sind exorbitante Managementgehälter. Das Economic Policy Institute (EPI), ein gewerkschaftsnaher Think Tank in Washington, kalkulierte, dass 1965 für jeden Dollar, den Arbeitnehmer:innen bei den 350 größten US-Unternehmen als Lohn erhielten, der CEO des Unternehmens 21 Dollar erhielt. 1989 betrug das Verhältnis bereits einen Dollar für die Arbeitnehmerin zu 61 Dollar für den Top-Manager. 2020 lag es nach Berechnungen von EPI bei 351 Dollar Chef:innen-Vergütung für jeden Dollar an Lohn (Mishel und Kandra 2021). Dank eines wachsenden Anteils von Aktien und Optionen bei der Managerentlohnung klafft auch in Deutschland die Schere zwischen Chefetage und Fabrikhalle weit auseinander. Etwa 48-mal so viel wie ihre Angestellten verdienten die Dax-Chef:innen im Schnitt, so eine Studie der Deutschen Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz (DSW) aus 2021, der Abstand hat sich im Vergleich zu den Vorjahren vor allem deshalb nicht vergrößert, weil die Boni durch die Corona-Krise zurück gingen (Friedl 2021).

Es gibt Alternativen zu Friedmans Doktrin

Das falsche Dogma vom Primat der Eigentümer treibe Manager an, unablässig und rücksichtslos nach Wegen zu suchen, den Wert für die Anteilseigner zu steigern, urteilte

die 2018 verstorbene Unternehmensrechtlerin Lynn Stout. Dafür verkauften sie Unternehmensteile, feuerten langjährige Arbeitnehmer:innen, reduzierten den Kundendienst und opferten Investitionen in Forschung und Entwicklung. Stout war eine frühe Kritikerin von Friedmans Dogma. In ihrer Studie „Die Entlarvung des Shareholder Value Mythos“ enttarnt sie Miltons scheinbar rationale Begründungen für das Primat der Anteilseigner:innen als nicht stichhaltig (Stout 2013). Stattdessen plädierte sie dafür, dass Unternehmen durchaus mehrere Ziele gleichzeitig haben können und auch die Belange von Kund:innen und Mitarbeiter:innen dazu gehören sollten. Im Gegensatz zu Friedman, den sein Nobelpreis weltbekannt machte, blieb Stout, die 2018 verstarb, jedoch nur einem Zirkel von Corporate Governance Expert:innen ein Begriff.

Eines der folgenreichsten Beispiele, wie das Shareholder Value Primat die Kultur eines Unternehmens unterminieren kann, ist Boeing. Wie GE gehörte auch der Flugzeugbauer zu den renommiertesten Unternehmen, nicht nur in den USA, sondern weltweit. Das Unternehmen, gegründet 1916 von William Boeing, dem Sohn eines deutschen Auswanderers, war bekannt für seine Ingenieure, seine Konstrukteure – und für seine Integrität. Millionen Passagiere verließen sich auf Boeings Zuverlässigkeit und Sicherheit. Dann kam der 29. Oktober 2018, als eine Lion Air Maschine zwölf Minuten nach dem Start im indonesischen Jakarta abstürzte und alle 180 Menschen an Bord ums Leben kamen. Nur fünf Monate später, am 10. März 2019, zerschellte ein Ethiopian Airlines Jet ebenfalls nur Minuten nach dem Abheben in Addis Abeba. 157 Passagie-

re und Crewmitglieder starben. In beiden Fällen handelte es sich um brandneue Maschinen des Typs 737 Max. Nach den Abstürzen verhängten die Behörden ein Flugverbot für das Modell. In den Monaten danach kamen immer neue Erkenntnisse ans Licht, die zeigten, wie die Konzernleitung immer wieder kurzfristige Gewinne über Sicherheit stellte (US Kongress 2020).

Das Debakel begann damit, dass der Max kein neues Modell, sondern eine weitere Modernisierung der jahrzehntealten Boeing 737 war. Eine komplette Neuentwicklung wäre für Boeing ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko gewesen. Nicht nur hätte die Entwicklung selbst Milliarden Dollar verschlungen, auch hätten genügend Kund:innen von dem neuen Flugzeug überzeugt werden müssen. Solche Wagnisse war Boeing immer wieder eingegangen. Nun jedoch wurde der Konzern von einer neuen Art Manager:innen gesteuert, die unter anderem den Firmensitz nach Chicago verlegten. Damit war das Management 3.000 Kilometer von den Ingenieur:innen und den Montagearbeiter:innen entfernt – aber näher am Kapitalmarkt. Chicago ist nach New York der wichtigste Finanzplatz der USA (Buchter 2019). Und sie führten in großem Stil Aktienrückkäufe durch, das wohl zweifelhafteste Mittel den „Shareholder Value“ zu fördern. Unternehmen kaufen dabei in großem Stil ihre eigenen Aktien an der Börse zurück. Mit der Reduzierung der ausstehenden Anteilsscheine treiben die Rückkäufe den Aktienkurs in die Höhe und bescheren ihren Aktionär:innen auf diese Weise einen Kursgewinn. „Räuberischer Wertentzug“ nennt der Ökonom William Lazonick die Praxis (Lazonick 2014).

Lazonick kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass die Entwicklung eines neuen Flugzeugtyps Boeing rund sieben Milliarden Dollar mehr gekostet hätte als die Modernisierung der 737. Das entspreche der Summe, die Boeing von 2013 bis 2019 im Schnitt jedes Jahr für Aktienrückkaufprogramme bereitgestellt habe – insgesamt 43 Milliarden Dollar. Darüber hinaus schüttete das Unternehmen in dem Zeitraum 17 Milliarden Dollar an Dividenden aus (Lazonick und Sakinc 2019).

Auch bei deutschen Unternehmen nehmen die Rückkäufe zu. Nach einer kurzen Pause während der ersten Zeit der Pandemie markierte das Jahr 2021 einen neuen Rekord: Dax-Unternehmen von Allianz bis SAP gaben insgesamt 18 Milliarden Dollar für eigene Anteile aus (Sommer 2022). Adidas etwa verwöhnte 2021 seine Aktionär:innen mit Aktienrückkäufen und Dividendenausschüttungen im Wert von 1,6 Milliarden Euro. Diese Großzügigkeit gegenüber den Eigentümer:innen kommt, kurz nachdem der Sportartikelhersteller sich mit Kurzarbeitergeld und Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, also mit öffentlichen Mitteln, durch die Covid-Krise helfen ließ (Adidas 2021). Das ist legal, sozial ist es nicht.

Das Verwöhnprogramm für die Anteilseigner:innen bleibt nicht ohne Folgen. Rückkäufe und Dividenden entziehen dem Unternehmen Kapital. Die Folgen sind spürbar. So ist der Anteil der Arbeitnehmer:innen am Volkseinkommen in den meisten Industrieländern seit zwei Jahrzehnten gesunken. In Deutschland ist die Lohnquote zwar zuletzt wieder gestiegen, aber das hat mehr mit der Corona-Krise zu tun. Die Pandemie hat zu einem tiefen wirtschaftlichen

Einbruch und zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts geführt. Das trifft zunächst Gewinn- und Vermögenseinkünfte härter, während Löhne und Gehälter zumindest in Deutschland nicht so schnell nach unten „angepasst“ werden können (Institut Arbeit und Qualifikation 2021).

Innovationen für die Wohlhabenden

Auch Investitionen, die für bessere Produkte und notwendige Innovationen sorgen, sind zurück gegangen. Eine Erhebung der Weltbank zeigt einen starken Abfall besonders nach 2008. Anders als von vielen erwartet oder gar erhofft, brachten die Finanzkrise und die anschließende Rezession eher eine Beschleunigung der *Financialization*, statt deren Ende einzuläuten. Interessant ist in dem Zusammenhang Deutschland. Dort zeigt die Statistik einen abrupten Einbruch Ende der 1990er, der das Platzen der Dotcom-Blase markiert. Davon erholte sich die Investitionstätigkeit zwar wieder, erreichte aber bis 2016 nicht mehr das vorherige Niveau (Weltbank 2022).

Das scheint auf den ersten Blick gar nicht zu den Schlagzeilen über die immer wertvolleren Startups zu passen. Es ist noch nicht lange her, da hießen Neugründungen mit einer Bewertung von mehr als einer Milliarde Dollar „Einhörner“, weil sie so selten waren. Inzwischen gibt es ganze Herden davon. Mussten noch vor einigen Jahren Gründer:innen in den USA um das Kapital von Risikokapitalgeber:innen werben, bitten jetzt die Venture Capital Fonds (VC) um die Gelegenheit, sie zu finanzieren (in Deutschland ist es allerdings noch nicht ganz so weit).

Doch die Fonds sind in der Regel nicht an der Finanzierung von Innovationen interessiert, die einen fundamentalen technologischen Durchbruch bringen könnten. Man denke an grüne Energien oder nachhaltige Agrarpraktiken. Stattdessen geht es in der Mehrheit um Neuheiten, die das Leben von Bürger:innen in der relativen Sicherheit und dem relativen Wohlstand der Industrienationen angenehmer machen. Sie lösen mit immer höherem Einsatz an Ressourcen letztlich „First World Problems“. Für die Investor:innen in die VC Fonds und die Startups zahlt sich das allemal aus. Dass Gründer:innen über Nacht zu Milliardär:innen werden, ist schon keine Schlagzeile mehr wert. Noch schlimmer: Der Überfluss an Mitteln, der ins Silicon Valley fließt, hilft Startups ihr Geschäftsmodell am Markt gegen etablierte Unternehmen durchzudrücken, was in Börsenprospekten gerne als „Disruption“ bezeichnet wird. Regulierungen, die dem entgegenstehen, werden durch Lobbyarbeit auf politischer Ebene beseitigt. Ein prominentes Beispiel ist die Taxi-App Uber. Auf dem Taximarkt sahen sich kleinere Anbieter, die Schwierigkeiten haben, an Kapital zu kommen und kostendeckend zu operieren, plötzlich einem Riesen gegenüber, der von Silicon-Valley-Großinvestoren finanziert wurde, die bereit waren, jahrelang Milliardenverluste zu ertragen – um dann beim Börsengang abzukassieren. In New York brachte Uber mit seinen subventionierten Preisen und Konditionen die Fahrer:innen der berühmten gelben Taxis derart in Bedrängnis, dass mindestens sechs Cabbies Selbstmord begingen und andere in einen Hungerstreik traten.

Der Aufstieg der Kapital-Sammler:innen

Friedmans Doktrin hat noch einen weiteren entscheidenden Vorteil. Sie macht es einfach, den angeblichen Erfolg eines Unternehmens zu messen. Das ist entscheidend für Vermögensverwalter wie BlackRock, Vanguard oder – in bescheidenerem Umfang – die deutsche DWS Group, die über ihre Fonds an so gut wie allen wichtigen börsennotierten Aktiengesellschaften weltweit beteiligt sind. Mit der Optimierung des Shareholder Value läßt sich das Abschneiden von unterschiedlichsten Unternehmen über einen Kamm scheren. Der Jurist John Coates beschrieb den Aufstieg der Fonds-Aggregatoren in einer viel diskutierten Studie 2018 als „Das Problem der Zwölf“ (Coates 2018). Gemeint ist damit, dass demnächst eine Handvoll Vermögensverwalter die Geschicke der Mehrheit der US-Unternehmen in ihren Händen haben wird. Die Möglichkeit, dass nur zwölf Personen – die CEOs dieser Finanzkonzerne – potenziell den Großteil der Wirtschaft kontrollieren, werfe dringende Fragen nach Legitimation und Verantwortung auf, schrieb Coates in dem Papier. Diese Konzentration des Kapitals findet auch im Rest der Welt zunehmend statt, wobei die Akteure meist die gleichen sind.

Zu den „Zwölf“ dürfte Steve Schwarzman zählen, CEO und Gründer von Blackstone, dessen Finanzkonzern an mehr als 200 Unternehmen mit rund 500.000 Mitarbeitern beteiligt ist. Blackstone und die anderen *Private Equity* Firmen haben die Shareholder Value Maximierung zum Geschäftsmodell erhoben. Es besteht darin, Unternehmen und Immobilien aufzukaufen und dann so zu optimieren,

dass Anteilseigner:innen so viele Mittel wie möglich aus den Übernahmeobjekten herausziehen können. Das bedeutet häufig Einsparungen, Stellenabbau oder Zerschlagung. Vor allem aber bedeutet es meist die Aufnahme hoher Schulden. Die geliehenen Mittel fließen jedoch selten in das Unternehmen zurück, etwa um neue Fabriken zu bauen oder Produkte zu entwickeln, sondern werden als „Dividenden“ an die Aufkäufer ausgeschüttet. Die Schuldenlast bleibt beim Unternehmen, das dadurch anfälliger in Krisen wird. In den vergangenen Jahren haben Private Equity Firmen zunehmend Europa und besonders Deutschland ins Visier genommen (Scheuplein 2021).

Ein führender Kandidat für die „Zwölf“ ist auch Larry Fink, Gründer und CEO von BlackRock. Ende 2021 verwaltete Finks Gesellschaft zehn Billionen Dollar, mehr als doppelt so viel wie das deutsche Bruttoinlandsprodukt. Rund zwei Drittel dieser enormen Summe steckt in Indexprodukten. Das sind Fonds, die das Geld ihrer Anleger:innen in ein Portfolio stecken, mit dem sie die Anleihen oder Aktien eines Indizes abbilden. Ein Dax Indexfonds etwa ist in die 40 Unternehmen investiert, die zum Deutschen Aktienindex gehören. Der Aufstieg der Indexfonds hat auch dazu geführt, dass es an der Börse nicht mehr darauf ankommt, ob einzelne Unternehmen nachhaltig geführt werden. Bis auf Ausnahmen – Schwergewichte wie Apple, Amazon oder Tesla etwa – fallen oder steigen ihre Aktien mit dem Index, egal, wie gut oder schlecht ihr Abschneiden ist. Vermögensverwalter wie BlackRock, immerhin der größte Einzelaktionär im DAX, haben weder die Ressourcen noch die finanziellen Anreize, die Manager:innen der zehntau-

senden Unternehmen in ihren Portfolios zu überwachen. Einige Protagonisten der *Financialization* scheinen sich durchaus der Folgen bewusst zu sein. So appelliert etwa der BlackRock-Chef Fink in offenen Briefen immer wieder an die CEOs seiner Portfoliounternehmen, diese sozial verantwortungsvoll zu führen. Doch Finks Bekenntnisse, etwa zu einer grüneren Wirtschaftsweise, mögen die Nachfrage nach sogenannten ESG-Fonds fördern, die ethische und klimaverträgliche Anlagen versprechen, sie ändern jedoch nichts Grundlegendes an BlackRocks Geschäftsmodell – noch an den Mechanismen der Gewinnmaximierung.

Der Ausweg: Bei den Unternehmen ansetzen

Wie aber lässt sich dies ändern? Indem wir die Unternehmen mit einem neuen, sozialeren Zweck versehen. Die Idee des *Purpose* findet immer mehr Aufmerksamkeit – bei Akademikerinnen, bei Unternehmern, bei Investorinnen und einigen Politikern wie etwa der Senatorin und ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Elizabeth Warren in den USA. Der Brite Colin Mayer gehört zu den Forschenden, die neue Ansätze suchen. Für den Professor (Said Business School Oxford University) ist der Zweck eines Unternehmens, eine profitable Lösung für die Probleme der Menschen und des Planeten zu finden. Gewinne sind dabei das Nebenprodukt eines erfolgreichen Unternehmens. Das Kapital eines Unternehmens dürfe nicht nur im monetären Sinne definiert werden, sondern sollte auch Kategorien umfassen wie menschliches Kapital, soziales Kapital und natürliches Kapital. Der Gewinn eines Unternehmens sollte auch daran gemessen

werden, welche Kosten dabei für diese Kapital-Kategorien entstehen. Zu Recht weisen Kritiker:innen darauf hin, dass es im Gegensatz zu den klar geregelten Rechten der Anteilseigner – wie etwa die Stimmrechte der Aktionär:innen – keinen etablierten Mechanismus gibt, die Wahrung der Interessen anderer *Stakeholder* durchzusetzen. Anders als Finanzinvestoren sind die anderen Interessengruppen, die sich für Umweltschutz oder Menschenrechte einsetzen, deshalb kaum in der Lage, die Unternehmenslenker:innen wirksam zu kontrollieren.

Eine Voraussetzung wären Daten, die die Folgen unternehmerischen Tuns besser bemessen. George Serafeim, Professor an der Harvard Business School, entwickelt mit seinem Team Methoden, mit denen sich der Erfolg eines Unternehmens jenseits von Gewinn und Verlust nachvollziehen lässt. *Intel* etwa schrieben die Forscher:innen 6,9 Milliarden Dollar für das Geschäftsjahr 2018 gut, weil der Halbleiterhersteller seine Mitarbeiter:innen gut bezahle und die Wirtschaftsaktivität an seinen Standorten antreibe. Auf der Minusseite zogen Serafeim und seine Kollegen dem Unternehmen dagegen 3,1 Milliarden Dollar ab. *Intel* beschäftige zu wenige Frauen, biete mangelnde Aufstiegschancen für Mitarbeiter:innen und zudem finde deren Gesundheit zu wenig Beachtung im Betrieb. Serafeim kommen bei seinen Kalkulationen einer ganzheitlichen Bilanz technologische Fortschritte bei der Datenanalyse zugute. Aber auch der Wille, Friedmans Doktrin etwas entgegenzusetzen, das sich genauso wie Gewinne in Dollar ausdrücken lässt (Kishan 2020).

Der Fokus auf eine Reform des Unternehmens mag vielen, die auf einen Systemwechsel hoffen, als zu klein

gedacht vorkommen. Doch es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Unternehmen die wichtigsten Institutionen auf unserem Planeten sind. Wir begegnen ihnen täglich. Sie versorgen uns mit Lebensmitteln, Kleidung, einem Dach über dem Kopf. Sie gestalten unsere Umwelt und beeinflussen unsere Politiker:innen. So wie wir umgekehrt Einfluss auf sie haben: als Kunden, als Mitarbeiterinnen, als Aktionär, als Wählerinnen. Es wird Zeit, diesen Einfluss zu nutzen.

Anmerkungen

- 1 Sprachliches Gendern hat seine Tücken. Gerade in der Wirtschaft kann die weibliche Form historisch irreführend sein, weil Frauen überhaupt keinen Zugang zu Führungsfunktionen und Kapitalbesitz hatten. Auch wenn die Funktion gemeint ist, nicht die agierende Person, verzichte ich darauf zu gendern.

Literatur

Die Links wurden am 20. Juni 2022 letztmals überprüft.

Adidas (2021, 1. Dezember). Adidas schließt zweites Aktienrückkaufprogramm in 2021 ab und zieht mehr als 8 Millionen eigene Aktion ein. <https://www.adidas-group.com/de/medien/newsarchiv/pressemitteilungen/2021/adidas-schliesst-zweites-aktienruckkaufprogramm-2021-ab/>

Braun, B. (2020, 18. Juni). Asset Manager Capitalism as a Corporate Governance Regime. <https://doi.org/10.31235/osf.io/v6guez>

Buchter, H. (2018, 3. Februar). Sie wollten zu viel. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/2018/06/general-electric-pleite-usa-industrie>

Buchter, H. (2019, 29. Juli). Im Sinkflug. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/2019/31/boeing-flugzeug-abstuerze-737-max-flugverbot-export-wirtschaft-usa>

Coates, J. (2018). The Future of Corporate Governance Part I: The Problem of Twelve. *Harvard Public Law Working Paper*, 19–07. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3247337>

DIRK (2022). *Wem gehört die Deutschland AG 9.0?* <https://www.dirk.org/wp-content/uploads/2022/06/Dax-Studie-Investoren-der-Deutschland-AG-9.0.pdf>

Forbes Magazine (2022). Jeff Bezos. <https://www.forbes.com/profile/jeff-bezos/?sh=64fac7fb1b23>

Friedl, G. (2021). *DSW-Vorstandsvergütungsstudie 2021*. DWS. Die Anlegerschützer. <https://www.dsw-info.de/presse/archiv-pressekonferenzen/pressekonferenzen-2021/dsw-vorstandsverguetungsstudie-2021/>

Friedman, M. (1970, 13. September). A Friedman doctrine – The Social Responsibility Of Business Is to Increase Its Profits. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/1970/09/13/archives/a-friedman-doctrine-the-social-responsibility-of-business-is-to.html>

Institut Arbeit und Qualifikation (2021). *Statistik zur Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote*. Sozialpolitik Aktuell. <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII54.pdf>

Kishan, S. (2020, 1. Dezember). How Wrong Was Milton Friedman? Harvard Team Quantifies The Ways. *Bloomberg*. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-12-01/how-wrong-was-milton-friedman-harvard-team-quantifies-the-ways?sref=SsRcV40w>

Lazonick, W. (2014). Profits Without Prosperity: How Stock Buybacks Manipulate the Market, and Leave Most Americans Worse Off. *Paper prepared for the Annual Conference of the Institute for New Economic Thinking*. https://www.ineteconomics.org/uploads/papers/LAZONICK_William_Profits-without-Prosperity-20140406.pdf

Lazonick, W., & Sakinc, M. E. (2019, 31. Mai). Make Passengers Safer? Boeing Just Made Shareholders Richer. *The American Prospect*. <https://prospect.org/environment/make-passengers-safer-boeing-just-made-shareholders-richer/>

Mishel, L., & Kandra, J. (2021). CEO pay has skyrocketed 1,322% since 1978. *Economic Policy Institute*. <https://www.epi.org/publication/ceo-pay-in-2020/>

Oxfam (2022, 17. Januar). *Ten richest men double their fortunes in pandemic while incomes of 99 percent of humanity fall*. Oxfam International. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/ten-richest-men-double-their-fortunes-pandemic-while-incomes-99-percent-humanity>

Scheuplein C. (2021). Private Equity Monitor. Die Aktivität von Private-Equity-Gesellschaften in Deutschland von 2012 bis 2018 in der Gesamtschau. *Hans Böckler Stiftung*, Studie 467. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008194/p_study_hbs_467.pdf

Sommer, U. (2022). Neuer Rekord: Dax-Konzerne kaufen für fast 18 Milliarden Euro eigene Aktien zurück. *Handelsblatt*. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/adidas-sap-und-andere-neuer-rekord-dax-konzerne-kaufen-fuer-fast-18-milliarden-euro-eigene-aktien-zurueck/27968326.html>

Stout, L. (2013). The Shareholder Value Myth. *European Financial Review*, April – Mai 2013. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2277141

UN Environment Programme (2019, 21. September). Lagging in climate action, G20 nations have huge opportunities to increase ambition. <https://www.unep.org/news-and-stories/press-release/lagging-climate-action-g20-nations-have-huge-opportunities-increase>

US Kongress (2020, 16. September). After 18-Month Investigation, Chairs DeFazio and Larsen Release Final Committee Report on Boeing 737 MAX. <https://transportation.house.gov/news/press-releases/after-18-month-investigation-chairs-defazio-and-larsen-release-final-committee-report-on-boeing-737-max>

Wagner, K. (2019, 21. März). Fuck The Vessel. Welcome to the depths of architectural cynicism. *The Baffler*. <https://thebaffler.com/latest/fuck-the-vessel-wagner>

Weltbank (2018, 28. Juni). Climate Change Could Depress Living Standards in India, says New World Bank Report. <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/06/28/climate-change-depress-living-standards-india-says-new-world-bank-report>

Weltbank (2021, 27. Oktober). Climate Change Could Further Impact Africa's Recovery, Pushing 86 Million Africans to Migrate Within Their Own Countries by 2050. <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/10/27/climate-change-could-further-impact-africa-s-recovery-pushing-86-million-africans-to-migrate-within-their-own-countries>

Weltbank (2022). Net investment in nonfinancial assets (% of GDP) – Germany. *The World Bank Data*. <https://data.worldbank.org/indicator/GC.NFN.TOTL.GD.ZS?locations=DE>

Die Autorin

Heike Buchter lebt seit 2001 in New York. Sie ist die Wirtschaftskorrespondentin der ZEIT. Ihre Expertise ist die Wall Street. 2015 schrieb sie das erste und bisher einzige Buch über den Vermögensverwalter BlackRock: *„Black Rock – Ein heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld“*.

Souveränitäts- gewinne oder Freiheitsverluste

Wohin treibt der Arbeitsmarkt?



Die Arrangements der Plattformökonomie stehen für eine weitreichende Transformation von Erwerbsarbeit, an deren Ende sich das rechtliche und soziale Band der Erwerbsarbeit auflöst. Das allerdings muss nicht sein, wie die bald weltweit verortete Initiative von Fairwork zeigt.

Die heutige Arbeitswelt ist ambivalent. Formen neuer Souveränität, Selbstbestimmung und individueller Entfaltung finden sich ebenso wie die Erkenntnis, dass vorhandene Sicherheiten und Freiheiten begrenzt werden oder gar verschwinden. Dabei sind Gewinne und Verluste nicht nur zwei Seiten einer Medaille. Oft gehen sie direkt miteinander einher. Neue Souveränitäten werden dann sofort wieder eingehegt.

Eindrücklich zeigt dies die aufstrebende digitale Dienstleistungsökonomie. Gearbeitet wird meist an selbstgewählten Orten zu selbstgewählten Zeiten für selbstgewählte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Die Stichworte: Mobilität, Kreativität und Flexibilität. Fremdbestimmte Arbeit wird reduziert, selbstbestimmte Zeit gewonnen. Wie im Brennglas sieht man hier aber auch die Schattenseiten. Wenn klassische Beschäftigten- und Arbeitszeitstrukturen erodieren und der Betrieb als sozialer und institutioneller Bezugsrahmen verloren geht, nehmen individuelle Verantwortung und damit auch Unsicherheiten zu.

Die digitalisierte Arbeitswelt von morgen braucht also neue sozial- und arbeitsrechtliche Standards. Datenschutzrechtliche Fragen müssen geklärt werden, da sich die Kontrollmöglichkeiten und die Kommunikationskanäle zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten grundlegend verändert haben. Ebenso sind die demokratisch legitimierten Institutionen der Mitbestimmung gefordert, da viele Beschäftigtengruppen arbeitspolitische Arrangements heute schlechter als zuvor aushandeln können. Outsourcing, Werkverträge und Leiharbeit haben dazu geführt, dass viele Beschäftigte trotz gemeinsamer Arbeit am gleichen Produkt mit unterschiedlichen arbeitspolitischen Rechten, Möglich-

keiten der Mitbestimmung und unterschiedlicher Entlohnung ausgestattet sind. Diese Spaltung der Belegschaften mindert deren Möglichkeiten zur Mitgestaltung insgesamt und wurde in einigen Branchen bereits schleichend Bestandteil der Unternehmensführung.

Im Folgenden behandeln wir drei zentrale Entwicklungen der Arbeitswelt, die exemplarisch das Miteinander der gegenläufigen Veränderungen verdeutlichen:

- neue Arbeitszeitarrangements,
- das Homeoffice
- und die Plattformarbeit.

Diese drei Entwicklungen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Folgen für die individuell mögliche Abgrenzung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, für die Qualität von Arbeits- und Sozialschutz, den Datenschutz, die angemessene Ausstattung des Arbeitsplatzes und die soziale Integration über die Erwerbsarbeit im Betrieb vor Ort. Gleichermäßen wirken sie sich auch auf verschiedene soziale Gruppen sowie auf Frauen und Männer unterschiedlich aus. So stehen flexible Arbeitszeitarrangements den meisten Beschäftigten offen, mobiles Arbeiten noch knapp 40 Prozent, die Plattformökonomie ungleich weniger Menschen. Und insbesondere für Frauen stellt die Entgrenzung von Beruf und Familie eine Chance, zugleich aber auch eine enorme Herausforderung dar – zumindest solange ihnen die Hauptverantwortung für die Pflege- und Erziehungsarbeit zugesprochen wird.

Wir schließen den Beitrag mit der Empfehlung, die angesprochenen Ambivalenzen institutionell und rechtlich so

zu rahmen, dass deren emanzipative Potenziale gestärkt werden. Wir sind davon überzeugt, dass es insbesondere von den inhaltlichen, machtpolitischen und lebensweltlichen Bedingungen abhängt, ob das Pendel in Richtung Souveränitätsgewinn oder Freiheitsverlust ausschlägt.

Flexible Arbeitszeitarrangements: vom Arbeitszeitkonto zur Vertrauensarbeit

Spricht man über flexible Arbeitszeitarrangements, so verweist man auf die drei Elemente *Umfang, Lage und Verteilung* der Erwerbsarbeit. Die Bezahlung, die Ent- und Befristung der Erwerbsarbeit und der Sozialversicherungsschutz treten bei dieser Frage dagegen eher in den Hintergrund.

Die vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit hat sich seit den 1990er Jahren um etwa drei Stunden auf etwa 35,4 Stunden verringert, da die Teilzeitarbeit stark gestiegen ist (Wöhrmann et al. 2019, S. 161). Die tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit lag laut Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aus dem Jahr 2019 dennoch bei durchschnittlich 38,8 Stunden. Damit machen die Beschäftigten in Deutschland im Durchschnitt 3,4 Überstunden pro Woche (BAuA 2020, S. 18 ff.). Zudem gab über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) an, gerne kürzer arbeiten zu wollen (BAuA 2020, S. 25). Längere Arbeitszeiten wünschen sich dagegen oft Minijobberinnen und Minijobber und verbinden dies mit der Hoffnung, in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit wechseln zu können (Rat der Arbeitswelt 2021, S. 70).

Längere Arbeitszeiten gehen oft mit weniger und kürzeren Ruhephasen sowie Zeit- und Leistungsdruck einher, was sich negativ auf die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance und die Gesundheit der Betroffenen auswirken kann. Die Folgen sind beispielsweise Rückenschmerzen, Schlafstörungen, Erschöpfung und Müdigkeit (Wöhrmann et al. 2019, S. 161 ff.). Besonders Frauen mit Pflegeverantwortung sind davon betroffen (Allmendinger und Haarbrücker 2017).

Für die zeitliche Souveränität und die Vereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche ist auch die Lage der Arbeitszeit entscheidend. Abendstunden und das Wochenende sind sozial wertvolle Zeiten, in denen ein Großteil des privaten und familiären Lebens stattfindet. Gerade Beschäftigte im Schichtdienst arbeiten häufig während dieser Zeiten (Wöhrmann et al. 2019, S. 164). Wechselnde Arbeitszeiten können den Beschäftigten zwar den Vorteil bieten, private und berufliche Ansprüche besser aufeinander abzustimmen. Hierfür bedarf es seitens der Beschäftigten jedoch eines gewissen Zeitmanagements, das auch überfordern kann.

Umfang und Lage der Arbeitszeit waren lange Zeit fest fixiert. Im „fordistisch-tayloristischen Zeitalter“ etablierte sich für (männliche) Beschäftigte das Normalarbeitsverhältnis mit einem starren Arbeitszeitregime (Kratzer und Sauer 2007, S. 174). Bis in die 1970er Jahre hinein war es ihnen kaum möglich, über ihre Arbeitszeit mitzuentcheiden, geschweige denn über den Arbeitsort. Angesichts der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen forderten bald immer mehr Gewerkschaften, den Beschäftigten einen größeren Freiraum bei der Organisation ihrer Arbeit zu geben, um

die Erwerbsarbeit und die persönliche Lebenslage besser aufeinander abstimmen zu können. Erste zaghafte Schritte zur Arbeitszeitflexibilisierung erfolgten mit der Einführung der heute weit verbreiteten Arbeitszeitkonten (Seifert 2019, S. 431). Während es den Beschäftigten damit – zumindest potenziell – ermöglicht wurde, innerhalb eines gewissen Zeitraums ihre Erwerbsarbeit freier zu verteilen, änderte sich am Arbeitsvolumen und der Lage der Arbeitszeit wenig. Mit zunehmend ausdifferenzierten Lebensentwürfen und Erwerbsformen haben sich die Arbeitszeitstrukturen und -modelle dann weiter vervielfältigt. Heute bewegen sie sich zwischen dem starren fordistisch-tayloristischen Arbeitszeitregime auf der einen und der Vertrauensarbeitszeit auf der anderen Seite (Jürgens et al. 2017, S. 112). Letztere zeichnet sich dadurch aus, dass Umfang, Lage und Verteilung der Arbeitszeit keiner betrieblichen oder kollektivvertraglichen Regulierung mehr unterliegen. Allein die Beschäftigten selbst sind hierfür verantwortlich (Kratzer und Sauer 2007, S. 174).

Flexible Arbeitszeiten bieten im Vergleich zum fordistisch-tayloristischen Modell mehr Zeitautonomie, zugleich machen sie die Beschäftigten zu „Arbeitskraftunternehmern“ (Voß und Pongratz 1998), die ihre Arbeit selbst organisieren müssen. Zwischen Beschäftigten und Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgebern verringern sich dadurch zwar die Konflikte über die Arbeitszeit, für die Beschäftigten entstehen allerdings auch neue Konflikte: Sie müssen mit sich selbst, ihrer Familie und mit den Kolleginnen und Kollegen ausmachen, wann sie wie viel arbeiten und sich entsprechend auch selbst organisieren und disziplinieren.

Diese Konflikte erleben besonders jene Beschäftigte, deren Arbeitszeit überhaupt nicht mehr über vereinbarte Anfangs- und Endzeiten oder einen gewissen Stundenumfang bestimmt wird. Einer solchen Vertrauensarbeitszeit unterliegen meist vorgegebene Leistungsziele, wie wir sie auch von der Plattformarbeit kennen (Jürgens et al. 2017, S. 118 f.). Hier wird also die Planung der Erwerbsarbeit zum integralen Bestandteil dieser selbst. Dies mag einen Freiheitsgewinn bedeuten, da man bezahlte und unbezahlte Arbeit selbstbestimmt gestalten kann. Allerdings ist mit mehr Flexibilität nicht zwingend auch mehr Zeitsouveränität verbunden, insbesondere dann nicht, wenn Erwerbsarbeitszeiten aufgrund zu hoher eigener oder betrieblicher Leistungserwartungen ausgedehnt und in sozial wertvolle Zeiten verlegt werden (ebd., S. 117). Auch die Organisation von Erwerbsarbeit kann bei fehlender Abgrenzung zur Freizeit eine Belastung werden, die sich negativ auf die Gesundheit auswirkt.

Wir halten fest: Längst nicht alle Menschen haben ein Beschäftigungsverhältnis, bei dem sie über Umfang, Lage und Verteilung ihrer Erwerbsarbeitszeit entscheiden können. Für jene, die diese Möglichkeit haben, können sich dadurch Freiräume eröffnen, auch um private und berufliche Angelegenheiten besser miteinander zu vereinbaren. Fragen des Arbeitsschutzes, der Arbeitsplatzausstattung oder der sozialen Integration durch den Arbeitsort ergeben sich hier nicht zwingend. Aber auch Zeitautonomie bedeutet nicht immer einen Freiheitsgewinn. Ohne klare und verbindliche Regelungen zwischen Beschäftigten und Betrieb kann die formal gewonnene Freiheit auch

einschränkend wirken, wenn die Erwerbsarbeitszeit so ausgedehnt und verlagert wird, dass das Zeitmanagement zu Zeitstress, Überforderung und möglicherweise sogar gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt. Junge Mütter sind hier besonders betroffen. Familiäre Anforderungen und kulturell fixierte Zuständigkeiten legen ihnen immer noch nahe, unbezahlten (Pflege)Arbeiten den Vorrang zu geben.

Homeoffice: die örtliche Entgrenzung von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Das Recht auf Homeoffice ist das Flaggschiff der arbeitskulturellen Revolution (Berzel und Schroeder 2021)¹. Keine andere arbeitsorganisatorische Entwicklung hat die Spielräume der Beschäftigten vergleichbar erweitert. Arbeitsorte werden dezentralisiert, Arbeitsbeziehungen enthierarchisiert und Arbeitsprozesse können selbstbestimmter organisiert werden. So weit der positive Teil des Diskurses. Doch auch hier gibt es eine gefährdende und freiheits-einschränkende Dimension, die angesichts der gängigen Jubel-Narrative nicht ignoriert werden darf. Die analoge Zusammenarbeit, die zufälligen Treffen auf dem Weg zum und am Arbeitsplatz – all diese Orte der persönlichen Begegnung werden reduziert oder drohen, ganz zu verschwinden. Den meisten Beschäftigten ist das sehr bewusst: Erwerbsarbeit bedeutet ihnen nicht nur lästiges Pendeln, Hetze, Stress und Ärger mit Kollegen und Chefinnen. Erwerbsarbeit vergrößert sozial und räumlich die persönliche Welt. Dennoch: Auch nach der langen Corona-Zeit

findet das Homeoffice bei den Beschäftigten viel Zuspruch. Rund zwei Drittel wollen weiterhin einige Tage pro Woche im Homeoffice arbeiten. Die Arbeit der Zukunft wird höchstwahrscheinlich hybrid, das Homeoffice zu einem Stück neuer Normalität.

Betrachten wir das mobile Arbeiten näher, wie die Arbeit im Homeoffice übergreifend genannt wird. Welche Folgen zeigen sich für die Beschäftigten? Die aktuelle Studienlage ergibt ein differenziertes Bild. Die Ergebnisse belegen eine insgesamt höhere Zufriedenheit mit der Erwerbsarbeit, bei deutlichen Unterschieden zwischen den Beschäftigtengruppen nach Haushaltszusammensetzung, sozialer Lage und Wohnort (Stadt/Land). Berichtet werden eine höhere Produktivität, Zeitgewinn durch wegfallende Arbeitswege und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Digitalisierung des Arbeitsplatzes wird nun auch insgesamt positiver als zuvor und als entlastend erlebt. Gleichzeitig fehlt vielen der direkte Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen, rund die Hälfte der Beschäftigten sieht negative Folgen für ihre Erwerbsarbeit, weil die kurzfristige Rückkopplung mit dem/der Vorgesetzten schwierig oder der Zugang zu Arbeitsmaterialien unzureichend ist.

Jüngere Studien zum Homeoffice, die mittlerweile einen längeren Zeitraum des Phänomens abbilden können, zeigen allerdings, dass mobiles Arbeiten auch zu mehr Stress führen kann. Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben sind nicht einfach zu ziehen und immer wieder zu verteidigen. Die Erwartung permanenter Erreichbarkeit wird in die private Zeit hinein ausgedehnt. Vielen fehlt ein ruhiger Arbeitsort, eine dem Büro vor Ort ent-

sprechende Arbeitsplatzausstattung, auch Fragen des Datenschutzes stellen sich. Hinzu kommt, dass sich mobiles Arbeiten negativ auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auswirkt. Bereits vor der Corona-Pandemie haben Studien ergeben, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber geschlechtsspezifisch unterschiedliche Erwartungen mit der Arbeit im Homeoffice verbinden. Bei Vätern geht man davon aus, dass das Homeoffice zur Vorbereitung auf neue Karriereschritte genutzt wird. Bei Müttern wird gerade das Gegenteil angenommen und die Arbeit im Homeoffice mit mehr Familienzeit gleichgesetzt. Die Pandemie scheint die Folgen dieser unterschiedlichen Erwartungen verschärft zu haben. Insbesondere junge Mütter können nur schwer diesen geschlechtsspezifischen Annahmen entkommen und sehen sich gezwungen, viele Arbeiten teilweise parallel zu verrichten oder die berufliche Arbeit in die frühen Morgen- oder späten Abendstunden zu legen. Mit dem Homeoffice entstehen zudem neue Ungleichheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Beschäftigte, die wenig verdienen oder ein niedriges Qualifikationsniveau besitzen, haben häufig gar nicht die Möglichkeit, mobil zu arbeiten.

Es stellt sich daher die Frage, wie Homeoffice nach der Pandemie als „Normalfall“ so reguliert werden kann, dass die negativen Folgen gezielt zurückgedrängt und kontrolliert werden können. Dazu beitragen könnten etwa ein auf Freiwilligkeit beruhender Rechtsanspruch auf Homeoffice und auf Präsenzerwerbsarbeit, eine digitale Zeiterfassung zur Verhinderung überbordender Überstunden, eine spezifische Absicherung des Unfallrisikos im Homeoffice, gute Arbeitsbedingungen mit entsprechender Ausstattung des

Arbeitsplatzes oder ein Steuerbonus. Dass die dafür notwendigen Regelungen nicht einfach den Unternehmen und dem Gesetzgeber überlassen werden dürfen, ist den Tarifparteien bewusst. Einige Unternehmen haben längst mit ihren Betriebsräten Betriebsvereinbarungen abgeschlossen und auch die Sozialpartner stehen nicht abseits. Die Betriebsvereinbarung zur Mobilarbeit bei der BMW Group und die bei VW eingeführte Nicht-Erreichbarkeit in den Abendstunden sind hierfür nur zwei Beispiele guter betrieblicher Praxis. Beim „Tarifvertrag zum Mobilien Arbeiten“ der Metall- und Elektroindustrie wurden Rahmenbedingungen festgelegt, etwa Ruhezeiten, Freiwilligkeit oder das Aussetzen von Regeln zu Nacht- und Wochenendzuschlägen.

Das Homeoffice bringt weitere Einschränkungen. Es führt buchstäblich zu einer „Verheimlichung“ (Allmendinger 2021), zu einem Schwund sozialer Interaktionen und Kontakte, es verkleinert die soziale Welt. Damit stehen Betriebsräte und Gewerkschaften in der neuen Arbeitswelt vor großen Herausforderungen, denn auch sie brauchen den direkten Kontakt mit den Beschäftigten: Die Rekrutierung von Mitgliedern und die Aktivierung der Beschäftigten sind an gemeinsame Erfahrungen und Orte gebunden. Regelungsbedarfe, etwa beim Arbeitsschutz, wandern aber aus der Vor-Ort-Sphäre des Betriebs in die Unsichtbarkeit der Wohnungen. Immer drängender stellt sich auch die Frage, was passiert, wenn Unternehmen durch die Erfahrungen in der Pandemie zu dem Schluss kommen, dass die Präsenz einiger Beschäftigtengruppen gar nicht mehr nötig und sogar kostensteigernd ist. Geht es bald nicht mehr darum, wer im

Homeoffice arbeiten kann und darf, sondern im Gegenteil darum, wer im Unternehmen arbeiten darf und wer nicht? Ab wann müssen wir über einen Anspruch auf Präsenz verhandeln, um das Freiheitspotenzial der Beschäftigten zu konsolidieren?

Plattformarbeit: selbstständig abhängig?

Digitale Plattformen bieten eigenständige und in starkem Maße orts- und zeitunabhängige Verdienstmöglichkeiten. Insofern können Plattformen einen Raum für Souveränität öffnen, den die Beschäftigten frei und unabhängig betreten und dessen Bedingungen sie selbst gestalten (Greef und Schroeder 2017; Greef et al. 2020)². Tatsächlich koordinieren Plattformen seit einigen Jahren Erwerbsarbeit und schaffen damit einen Markt, der sich deutlich von den üblichen Arrangements unterscheidet. Das klassische abhängige Beschäftigungsverhältnis zwischen Unternehmen und Erwerbstätigen wird nun ergänzt, eine Dreiecksbeziehung entsteht, bei der die Plattformbetreiber als dritter Akteur in Erscheinung treten. Auf den Plattformen werden Arbeitsaufträge vermittelt, die von Unternehmen ausgelagert und an Internetnutzerinnen und -nutzer (die „Crowd“) ausgeschrieben werden. Die Erwerbsarbeit wird dann in der Regel entweder direkt im Netz („Crowdwork“) oder außerhalb, etwa in Form von Lieferdiensten, erbracht („Gigwork“). Da sich die Plattformen nur als „Vermittler“ zwischen Angebot und Nachfrage verstehen, verfügen die Beschäftigten über keinen rechtlich geschützten Arbeitnehmerstatus. Das Dreiecksverhältnis ist somit durch ein

erhebliches Machtgefälle gekennzeichnet, an dessen Spitze der Plattformbetreiber steht.

Die Plattformökonomie bietet eine große Bandbreite an Arbeitsangeboten und -aufträgen, deren Vergütung alle Einkommensgruppen mit einbezieht. Dennoch ist eine gewisse Konzentration auf besonders prekäre Beschäftigungsformen mit geringer Bezahlung und nicht definierten Arbeitszeiten ganz offensichtlich.

Die Arrangements der Plattformökonomie stehen für eine weitreichende Transformation von Erwerbsarbeit, an deren Ende sich das rechtliche und soziale Band der Erwerbsarbeit auflöst. Solange die Plattformarbeit eher ein Randphänomen bleibt, wird die regulierte Arbeitsgesellschaft nicht grundlegend infrage gestellt. Entwickelt sich dieses Phänomen aber in der heutigen Form ungezügelt weiter, werden unsere Prinzipien des Sozialversicherungsstaats bedroht. Die neuen Konstellationen von Beschäftigung, Managementstrategien und Interessenvertretung führen dann zu Veränderungen, die das etablierte Akteurs- und Institutionengefüge sprengen und sich herkömmlichen sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsformen und politischer Regulierung ganz entziehen. Das allerdings muss nicht sein, wie die bald weltweit verortete Initiative von Fairwork zeigt. Fairwork setzt sich zur Aufgabe, die Arbeitsstandards in der Plattformökonomie anhand von fünf Kriterien fairer Arbeit (faire Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen, faire Verträge, faires Management, faire Mitbestimmung) zu beschreiben, zu bewerten und Handlungsansätze zu entwickeln.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Plattformökonomie am weitesten in die fordistisch-tayloristischen Regelungen eingreift. Sie kann zwar zu Souveränitäts- und Freiheitsgewinnen für Beschäftigte führen, da die Arbeit orts- und vielfach auch zeitunabhängig verrichtet werden kann. Zugleich werden häufig Schutzrechte der Beschäftigten verletzt, die im Laufe der Geschichte mühsam durchgesetzt wurden, man denke nur an die Sozialversicherungen oder Arbeits- und Mitbestimmungsrechte. Klassische Arbeitnehmerrechte greifen meist nicht, die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Risiken werden sehr oft einseitig den Auftragnehmerinnen und -nehmern zugewiesen.

Fazit: der Kontext ist entscheidend

In der heutigen Arbeitswelt gibt es eine Fülle von Entwicklungen, die neue Potenziale für die Souveränität der Beschäftigten mit sich bringen, allerdings auch freiheitseinschränkend wirken können.

Drei Ankerpunkte waren bei allen Differenzierungen in den letzten Jahrzehnten dafür verantwortlich, dass die Rechts- und Schutzpositionen für die Beschäftigten ausgebaut werden konnten.

- Als *erster* Anker ist der Betrieb bzw. das Unternehmen als räumlich, ökonomisch-rechtlich und sozial verortete Organisationsform zu nennen. Die Plattformökonomie stellt diesen territorialen Gestaltungsraum allerdings grundlegend infrage.

- Der *zweite* Anker liegt im Normalarbeitsverhältnis. Vielfältige Entwicklungen haben diesen Kern destabilisiert und Tendenzen einer Erosion befördert.
- Der *dritte* Anker besteht in einer betrieblichen Interessenvertretung, die mit der branchenbasierten Gewerkschaftsorganisation verbunden ist, und einem Management, das in Arbeitgeberverbänden und Tarifverträgen regulative Instrumente zur Ordnung des Wettbewerbs sieht. Sinkende Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften, weniger Betriebsratsgremien, Verbandsabstinenz und Tarifflicht aufseiten der Unternehmen sind Zeichen eines strukturellen Wandels auf dieser Ebene.

Ob eine fortschreitende Digitalisierung von Ökonomie und Arbeit diese Entwicklungen verstärken wird, ist noch nicht abschließend geklärt. Digitale Plattformen und Crowdworkerinnen und -worker beschleunigen die Veränderungen in jedem Fall, da mit ihnen neue Akteure in den Arenen der Arbeitsbeziehungen auftreten, die mit traditionellen Vorstellungen von Betrieb und abhängiger Beschäftigung zunächst nicht kompatibel erscheinen.

Es ist daher wichtig, insbesondere die Akteure, Institutionen und Regulierungen zu betrachten, die dafür Verantwortung tragen, dass Erwerbsarbeit eher zu Souveränität als zu Fremdbestimmung führt. Eine Arbeitspolitik der Souveränität braucht Antworten, die den Kontext der Akteure und Institutionen stärkt. Davon wird es abhängen, ob die Freiheitspotenziale erschlossen werden können. Durch die Auflösung des Erwerbsarbeitsverhältnisses, die Absage an feste Arbeitsorte, durch eine Schwächung der kollektiven

Organisationen der Erwerbsarbeit und durch den Rückzug des Staates wird sich die Selbstbestimmung für die meisten Erwerbstätigen jedenfalls nicht verbessern. Im Gegenteil. Daher müssen vorhandene Spielräume, die die Souveränität der Beschäftigten stärken, verhandelt und rechtlich abgesichert werden. Es bedarf einer institutionalisierten Mitbestimmungs- und Schutzpolitik. Allerdings lässt sich nicht alles, was als freiheitsgefährdend identifiziert wird, rechtlich regulieren. Mit der neuen Arbeitswelt kommt es auch zu nicht intendierten Einschränkungen der Freiheit, die veränderte Verhaltensweisen und Maßnahmen zum Selbstschutz notwendig machen. Hier braucht es Anleitungen, Trainings, Hilfen – ein Empowerment. Letztlich ist die Erwerbsarbeit so zu gestalten, dass auch der gesellschaftliche Zusammenhalt bewahrt und gefördert wird. Denn eine Arbeitswelt, die zu einer Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird, hat keine Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Die Ausführungen zum Homeoffice beziehen sich auf diesen Literatur- und Forschungsbericht. Für einzelne Belege sei auf diese Quelle verwiesen.
- 2 Die Ausführungen zur Plattformökonomie beziehen sich auf diesen Forschungsbericht und Aufsatz. Für weitere Belege sei auf diese Publikationen verwiesen.

Literatur

Die Links wurden am 21. Juni 2022 zuletzt überprüft.

Allmendinger, J. (2021). *Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen*. Berlin: Ullstein

Allmendinger, J., & Haarbrücker, J. (2017). Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2017. *WZB Discussion Paper*, 2017-002. <http://hdl.handle.net/10419/162710>

BAuA (2020): *BAuA-Arbeitszeitbefragung. Vergleich 2015–2017–2019*. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2452-3.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Berzel, A., & Schroeder, W. (2021): Homeoffice – eine Transformation der Arbeitswelt. Systematischer Überblick und Perspektiven der Gestaltung. *i3 – Kasseler Diskussionspapiere*, Nr. 12. <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/13026>

Greef, S., & Schroeder, W. (2017). *Plattformökonomie und Crowdworking: Eine Analyse der Strategien und Positionen zentraler Akteure*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht 500. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb500-plattformoekonomie-und-crowdworking.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Greef, S., Schroeder, W., & Sperling, H. J. (2020): Plattformökonomie und Crowdfunding als Herausforderung für das deutsche Modell der Arbeitsbeziehungen. *Industrielle Beziehungen*, 27(2), S. 205–226

Jürgens, K., Hoffmann, R., & Schildmann, C. (2017). *Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“*. Bielefeld: transcript

Kratzer, N., & Sauer, D. (2007). Welche Arbeitszeitpolitik? Ein neues Verhältnis von Zeitökonomie und Zeitpolitik. *WSI-Mitteilungen*, 60(4), 174–189

Rat der Arbeitswelt (2021). *Vielfältige Ressourcen stärken – Zukunft gestalten. Impulse für eine nachhaltige Arbeitswelt zwischen Pandemie und Wandel*. https://www.arbeitswelt-portal.de/fileadmin/user_upload/awb_2021/210518_Arbeitsweltbericht.pdf

Seifert, H. (2019). Wie viel Zeitautonomie bieten flexible Arbeitszeiten? *WSI-Mitteilungen*, 72(6), 431–439

Voß, G. G., & Pongratz, H. J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50(1), 131–158

Wöhrmann, A. M., Brenscheidt, F., & Gerstenberg, S. (2019). Arbeitszeit in Deutschland: Länge, Lage, Flexibilität der Arbeitszeit und die Gesundheit der Beschäftigten. In J. Rump, & S. Eilers (Hrsg.): *Arbeitszeitpolitik. Zielkonflikte in der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung lösen* (S. 159–177). Wiesbaden: Springer Gabler

Die Autor:innen

Jutta Allmendinger ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie Professorin an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für

Arbeit in Nürnberg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Soziologie des Arbeitsmarktes, Bildungssoziologie, soziale Ungleichheit, Sozialpolitik, Soziologie des Lebensverlaufs und Organisationssoziologie.

Wolfgang Schroeder ist Hochschullehrer und leitet das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Seit 2016 ist er Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Von 2009 bis 2014 war er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsbeziehungen, Gewerkschafts-, Verbände- und Sozialstaatsforschung.

Vincent August

Solidarität

Konstellationen und Dynamiken
in der Spätmoderne



*Statt auf eine große Solidarität zu hoffen,
legt das Solidaritätsparadox nahe,
dass man eine öffentliche Konfliktkultur
und kluges Konfliktmanagement braucht.
In diesem Rahmen kann Solidarität dazu bei-
tragen, auf Ungerechtigkeiten und kollektive
Herausforderungen aufmerksam zu machen.*

Solidarität ist einer der Werte, die für moderne westliche Gesellschaften eine Orientierungsfunktion haben. Er findet geradezu universelle Zustimmung, und man hat eine Reihe von eingespielten Einsatzweisen: Man kann entlarven, dass die Realität dem Wert der Solidarität nicht entspricht. Man kann hoffen, dass eine solidarischere Gesellschaft kommen wird. Oder man kann befürchten, dass Solidarität durch Egoismus, Effizienzzwang oder Technologie unmöglich gemacht wird. Idealismus, Entlarvung und Kulturkritik sind eingespielte Muster der Gesellschaftskritik, und letztlich bezeugt selbst die wiederkehrende Sorge um Solidarität nur die zentrale Rolle, die Solidarität im Normhaushalt der westlichen Moderne hat.

In den letzten Jahren ist die Sorge um Solidarität stärker geworden. Sehr viele Deutsche sind beunruhigt, weil der soziale Zusammenhalt erodiert, ja gar eine Spaltung der Gesellschaft droht. Seit geraumer Zeit machen außerdem die Gewerkschaften die Erfahrung, dass es immer schwieriger wird, Solidarität zu organisieren. Der einfachste Indikator dafür sind die Mitgliederzahlen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (2022), die seit Mitte der 1990er Jahre drastisch gesunken sind. Die Diagnose lautet Solidaritätserosion.

Auf der anderen Seite hat Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Welle der Solidarität in Deutschland ausgelöst, mit der die Idee einer Solidaritätserosion hinfällig werden müsste: Die Menschen spendeten, zeigten Flagge, demonstrierten, boten Schlafplätze und unterstützten Waffenlieferungen. Es ist zudem nicht das erste Mal im 21. Jahrhundert, dass wir eine solche Welle der Solidarität erleben. Ähnliches gab es nach dem Angriff auf das World Trade Center 2001,

in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 oder am Beginn der Covid19-Pandemie.

Allerdings gelang es bisher nie, die Solidarität der Krisen in den Alltag zu retten. Oft folgten den großen Solidaritätswellen umso schärfere Konflikte, in denen Gegner:innen und Befürworter:innen von Impfungen oder Migration gleichermaßen um Solidarität warben. Es ist also weder mit der einfachen Diagnose einer Solidaritätserosion noch mit der ebenso einfachen Vorstellung einer großen solidarischen Gesellschaft getan.

Die moderne Sehnsucht nach Solidarität

Man kann die Eingangsbeobachtungen auch als Paradox formulieren: Solidarität ist eine Leitidee der modernen Gesellschaft geworden, gerade weil diese Gesellschaft ein unwahrscheinlicher Ort für Solidarität ist. Die Moderne zeichnet sich nicht durch eine enge Gemeinschaft oder fixe moralische Werte aus, sondern durch Individualismus und Mobilität. „Alles Stehende und Ständische verdampft“, hatten schon Marx und Engels (2004, S. 64) festgehalten. Im Begriff der Solidarität kristallisiert sich dann ein Bedürfnis, wahrgenommene Fehlentwicklungen der Moderne zu kompensieren. Angesichts der Ausbreitung von Individualismus, Ungewissheit und sozialer Differenzierung sehnt man sich nach moralischer Gewissheit, gegenseitiger Unterstützung und sozialer Einheit.

Deshalb war und ist Solidarität auch nicht nur die Sache der Linken. Viele christlich-konservative Akteure haben die Idee der Solidarität genutzt, um sich gegen den Ausdifferen-

zierungsprozess der Moderne zu stemmen. Dabei setzen sie oft die Familie ins Zentrum der Solidaritätsidee, und zwar sowohl die genealogische Familie, zu der man qua Geburt gehört, als auch die christliche Familie (Stjernø 2010). Beide geben einerseits ein Versprechen auf gegenseitige Unterstützung ab, fordern andererseits dann aber auch Pflichten und Opfer gegenüber der Familie, und beiden stehen jeweils Väter vor, die für Wohlwollen und Sanktion zuständig sind.

Das kann ins Reaktionäre kippen, wie beim spanischen Diplomaten und Philosophen Juan Donoso Cortez, dem es im 19. Jahrhundert um Blutsabstammung und die Wiederherstellung der Feudalherrschaft ging (Große Kracht 2017, S. 21-35). Einflussreicher ist aber ein Konservatismus geworden, der die Familie als sozial-moralischen Kern der modernen Gesellschaft verteidigt und sich gegen einen expansiven Sozialstaat richtet.

Im Unterschied dazu prägt die genossenschaftliche und (früh-)sozialistische Solidaritätsidee, dass sie von der Moderne ausging. Das schließt einen religiösen Bezug nicht aus, wie der französische Solidarismus zeigt, aber ihre Vertreter:innen stellten daneben *empirisch* eine wechselseitige Abhängigkeit fest. Dafür verwiesen sie auf sehr konkrete Phänomene, begonnen von den ökonomischen Verhältnissen über Infrastrukturen wie Eisenbahn, Brücken, Telegrafmasten bis hin zu Epidemien, die die reziproke Abhängigkeit der Menschen erfahrbar machen würden (Große Kracht 2017, S. 190-199). Aus dieser Abhängigkeit wird dann ein moralischer Schluss gezogen, nach dem man die „natürliche Solidarität“ veredeln und „die menschliche Gesellschaft in eine Art großer Unterstützungsgesellschaft auf

Gegenseitigkeit umwandeln,, müsse (Charles Gide, zit. nach Große Kracht 2017, S. 38).

Die Arbeiterbewegung wiederum unterstrich, dass das *moderne* Versprechen der Freiheit nur *durch* Solidarität verwirklicht werden könne. Im Unterschied zum Konservatismus verband man Solidarität also mit einem Fortschrittsversprechen; es ging nicht darum, ältere Solidarverhältnisse in der Moderne zu konservieren, sondern eine neue solidarische Moderne zu entwerfen. Dabei half, dass die Transformation zur Moderne nun auch eine neue kollektive Struktur hervortreten ließ, die enger geknüpft war als die allgemeine gesellschaftliche Abhängigkeit: Die geteilte Lebenserfahrung der Lohnabhängigen – der gemeinsame Weg zur Fabrik, die harte Arbeit, der verbreitete Hunger, die miserablen Wohnbedingungen – all das wurde zum Ausgangspunkt einer solidarischen Gemeinschaft der Arbeiter (sic!).

Wie das konservative Pendant konstituiert sich diese Solidarität *nach innen* als eine Hilfsgemeinschaft, freilich auf ihre eigene Art. In Deutschland formieren sich zunächst Arbeiterbildungsvereine, die unterschiedliche Funktionen übernehmen: Sie waren Bildungsorte, organisierten Ausflüge, dienten der politischen Organisation und als Hilfskassen, die Unterstützung im Krankheitsfall gewährten (Süß und Torp 2021, S. 32 f). Auf diese Weise wurde ein Zugehörigkeitsgefühl in eine organisierte Gemeinschaft übersetzt, aus der Parteien und später auch Gewerkschaften hervorgingen. *Nach außen* konstituierte sich diese Gemeinschaft über scharfe – politische und habituelle – Abgrenzung: gegen die Kapitalisten, den Klassenfeind. Solidarität ist stets Gemeinschafts- und Kampf begriff (Bayertz 1998). Das hat Folgen.

Dynamiken der Solidarität: Selbstorganisation, Eskalation, Burnout

An den eben beschriebenen konservativ-christlich und sozialistisch-sozialdemokratischen Varianten von Solidarität lässt sich auch deren grundlegende ‚Funktionsweise‘ gut beobachten: Solidarität bezieht sich auf das Mit-Leiden mit anderen, aktiviert so ein Zusammengehörigkeitsgefühl und leitet daraus moralische Pflichten gegenüber dieser Gemeinschaft ab. Nur wer diese Pflichten erfüllt und dafür auch zu Opfern bereit ist, handelt solidarisch. Man steht gemeinsam für die gute Sache ein und kämpft im Zweifel gegen die, die ihr im Weg stehen. Darum bildet sich Solidarität häufig dann, wenn es eine geteilte Bedrohungslage gibt, zum Beispiel Massenelend oder militärische Konflikte, von denen man direkt selbst betroffen ist oder die einen betroffen machen, weil man das Leid der anderen nicht aushält.

Die Funktionsweise von Solidarität lässt sich auch an der ersten Welle der Covid-Pandemie gut studieren (August 2020a, 2020b). Hier hatte man mit dem Virus eine äußere Bedrohung, die zunächst einmal alle gleichermaßen zu betreffen schien. Am Beginn der Pandemie stand so der Eindruck einer Schicksalsgemeinschaft, und es entstand ein lange nicht mehr gekanntes Gemeinschaftsgefühl, das sogar die Hoffnung auf eine ganz neue, solidarischere Gesellschaft aufkeimen ließ. Die neue Solidarität kam dann mit klaren Handlungsaufforderungen einher: #stayathome, #Maskenpflicht.

Solidarität stellt also eine Form *zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation* durch kollektive Moralität dar. Die ge-

teilte Moral motiviert auf der einen Seite zu Eigeninitiative. Es ist das, was wir gemeinhin mit Solidarität verbinden: Nachbarschaftsinitiativen, Gabenzäune, gemeinsames Maskennähen, in jedem Fall: der Einsatz für die Gemeinschaft. Und wer sich besonders um diesen solidarischen Imperativ verdient macht, wird mit Applaus und Ehre bedacht, so wie die Ärzt:innen und Pflegekräfte im Frühjahr 2020. Auf der anderen Seite fordert Solidarität aber eben auch ein, dass man sein Handeln an den Leiden und Zielen der Gemeinschaft ausrichtet. Abweichendes Verhalten gilt als egoistisch und wird entsprechend sanktioniert, und zwar von der solidarischen Gemeinschaft selbst.

Solidarität kann durch diesen Kontrollmechanismus sehr erfolgreich Handeln koordinieren. Das haben uns die Arbeiterbewegung, die Friedens- und Hilfsaktionen während des Krieges gegen die Ukraine oder die immense Hilfsbereitschaft für die Flüchtenden im Jahr 2015 gezeigt. Entscheidend ist dabei, dass Solidarität jenseits marktwirtschaftlicher oder staatlicher Steuerungsmittel funktioniert. Das kann wiederum für den Staat überaus nützlich sein, weil er nicht Rechtszwang oder Geld aufwenden muss, um das Verhalten der Bürger:innen umzusteuern. Dieses Unterfangen ist im demokratischen Rechtsstaat ohnehin nur begrenzt möglich, weil er sonst seine Legitimität aufs Spiel setzt. Solidarität entlastet daher den Staat, und das ist ein Grund, warum auch Regierungsverteter:innen immer wieder auf Solidarität als Beschwörungsformel zurückgreifen (Wallaschek 2020, S. 22 f).

Der Solidaritätsmechanismus hat aber auch Kosten. Denn die solidarische Gemeinschaft bildet sich unter Aus-

schluss Dritter. Das mussten ‚asiatisch‘ aussehende Mitbürger:innen in der Pandemie ebenso erfahren wie russische Restaurants in Deutschland während des Krieges gegen die Ukraine. Aber auch in der Arbeiterbewegung waren nicht nur Kapiteleigentümer aus der solidarischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Ungelernte Arbeiter und die Arbeiter in den Kolonien wurden kaum registriert, und selbst Frauen fanden in der Imagination der Arbeiterbewegung regelmäßig keinen Platz (Süß und Torp 2021, S. 22). Solidarität fokussiert auf eine vorgestellte Gemeinschaft, sie intensiviert das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit jenen, die man als Ähnliche, als Teil der ‚eigenen‘ Gemeinschaft anerkennt, und sie verringert darüber die Sensibilität für ‚fremdes‘ Leid (Cicchi et al. 2020; Lessenich 2020; Stürmer et al. 2006). Das ist auch ein Grund, warum in Polen und Ungarn weiße ukrainische Flüchtende unbegrenzt aufgenommen werden, während im Mittelmeer jeden Tag Menschen ertrinken.

Dieser Ausschluss kann sich auch nach innen wenden. Wer sich nicht den Zielen der Gemeinschaft verschreibt, wer womöglich andere Lebensentwürfe oder abweichende Meinungen hat, kann angefeindet, ausgegrenzt, ja bedroht und angegriffen werden. Der Soziologe Richard Sennett (2013, S. 279) hat das als die „perverse Macht der Solidarität“ bezeichnet. Die enge solidarische Gemeinschaft schaffe eine Wir-gegen-Sie-Mentalität, die nicht nur die Kooperation mit dem Gegner abkappe, sondern auch nach innen auf Homogenisierung und Hierarchisierung dränge. Sennett verwies dafür auch auf die Geschichte der Arbeiterbewegung mit ihren zahlreichen Feindschaften und Abspaltungen.

Tatsächlich ist diese Dynamik auch in der Konfliktsoziologie gut belegt (Collins 2012; Fehmel 2020; Simmel 1992, S. 284-382). Konfliktsituationen können bei den Gruppen zu einer doppelten Eskalationsdynamik führen: Nach innen erhöht man die soziale Kohäsion, indem man auf die Einheit, das Zusammenstehen, die Geschlossenheit der Gruppe abhebt, wodurch besonders gut mobilisiert werden kann, gleichzeitig aber abweichende Meinungen immer schwieriger toleriert werden können. Diese scharfe Identitätsbildung verschärft dann nach außen die Abgrenzung zu einem existenziell anderen Gegner, mit dem Kompromiss kaum möglich erscheint. Man rüstet auf.

Nun eskaliert offensichtlich nicht jeder Konflikt, in dem sich solidarische Gruppen bilden. Es handelt sich um Tendenzen und es gibt *gegenläufige Dynamiken*. Zum einen sind moderne Gesellschaften nicht besonders gut darin, ‚gesamtgesellschaftliche‘ Solidarität zu erhalten (August 2020b; Holzer 2008). Unsere Gesellschaft ist hochgradig ausdifferenziert und zielt darauf, eine möglichst große Vielfalt an Handlungskontexten zur Verfügung zu stellen: Arbeiten, Lernen, Kinobesuch, Fußballschauen, Urlauben, Essen gehen usw. Diese Optionsvielfalt haben wir internalisiert, und wir sind vielleicht bereit, sie zu pausieren, aber nicht, sie aufzugeben.

Dazu kommt außerdem, dass praktische Solidarität eine hohe Emotionalität einfordert, die auf Dauer erschöpfen kann. Wer ständig für eine Sache brennen soll, brennt womöglich aus (Collins 2004): Solidaritätsburnout. Und so richtet sich nach einiger Zeit die Aufmerksamkeit auf andere Dinge. Man ist nicht mehr bereit, alles dem einen solida-

rischen Imperativ unterzuordnen. Wir haben das gerade erst in der Pandemie erlebt, wo viele sich nach einem Jahr gewundert haben, wie naiv man anfangs auf eine große solidarische Gesellschaft gehofft hatte.

Solidarische Bewegungen stehen damit vor einem Dilemma: Wer auf eine groß angelegte Solidarität setzt, muss einkalkulieren, dass diese nur kurzfristig aufrecht zu erhalten ist. Um langfristig Solidarität zu erhalten, müsste man eher auf kleine bzw. homogene Gruppe setzen. Damit verfehlt man aber womöglich das gesamtgesellschaftliche Ziel. Es gibt eine Strategie, die aus diesem Dilemma herausführt: Verrechtlichung und Bürokratisierung von Solidarität. In diesem Sinne sprechen wir heute bei Kranken-, Arbeitslosen- oder Rentenversicherung von einer Solidargemeinschaft.

Das hat allerdings seinen eigenen Preis. Die mächtigen Gefühle der Zugehörigkeit und Moralität, die solidarisches Handeln antreiben, werden in rationale Praktiken der Registrierung, Organisation, Verteilung und Kalkulation überführt (für die Krankenkassen vgl. Börner 2021). Solidarität verliert dabei ihre Mobilisierungsfähigkeit. Die ‚heiße Solidarität‘ der sozialen Gemeinschaft wird in die ‚kalte Solidarität‘ der modernen Bürokratie überführt, sodass wir nur mit großer Mühe überhaupt noch von Solidarität sprechen.

Letztlich gewinnen Solidarbewegungen, wenn ihnen genau diese Transformation gelingt, weil damit das Anliegen tatsächlich in dauerhafte, institutionelle Praktiken übersetzt wird. Diese Transformation erfordert innerhalb der solidarischen Bewegung aber ganz andere Kompetenzen als der Aktionismus, und sie läuft zudem auf eine Selbstge-

führung der solidarischen Gruppe hinaus: Sind zentrale Anliegen einmal institutionalisiert, verringert sich die Mobilisierungskraft. Ein Problem, das Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien nur zu gut kennen. Sie haben sich, wie es dann heißt, zu Tode gesiegt.

Konfliktkonstellationen: Solidarität in der spätmodernen Gesellschaft

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir mehrere Wellen der Solidarität erlebt, die sich um einzelne Ereignisse wie 9/11 oder die Pandemie herum kristallisierten. Diesen Ereignissen ist gemein, dass sie in der Wahrnehmung der beteiligten Akteure plötzlich von außen hereinbrachen. Demgegenüber wird ‚in‘ der Gesellschaft seit längerem eher eine Erosion von Solidarität beklagt. Man kann diesen Eindruck nun ganz einfach auf die ‚neoliberalen‘ Politik schieben, die mit ihrer Vermarktlichung sozialer Sicherungssysteme und dem Kampf gegen die Gewerkschaften sicher einen entscheidenden Anteil hat. Insgesamt greift dieses Narrativ aber zu kurz.

Denn der Eindruck einer Erosion von Solidarität hängt letztlich an einer größeren, mehrschichtigen Transformation, die sich seit den 1970er Jahren vollzieht, auf die die neoliberale Politik eine erste Antwort gab und die als Übergang in die „Spätmoderne“ charakterisiert worden ist (Reckwitz 2017; Rosa 2005). Diese Transformation führt in der Tat zu einer Erosion der alten Solidaritätsstrukturen, andererseits ruft sie neue Akteure und neue Konflikte um Solidarität auf den Plan.

Für die klassischen Solidaritätsakteure – also Gewerkschaften und linke Parteien – ist dabei entscheidend, dass sich der Kernbereich ihrer Solidaritätstradition grundlegend ändert: *die Arbeit*. Zunächst einmal ist das auf den Wandel von einer industriellen zu einer postindustriellen Ökonomie zurückzuführen. Dadurch verschiebt sich etwa das Gewicht weg von der ‚modernen‘ Montan-, Schiffs- und Textilindustrie hin zu Produkten aus Optik und Datenverarbeitung, vor allem aber hin zu Dienstleistungen, Finanz- und Wissensprodukten (Raphael 2019; Steiner 2008). Diese Arbeitsbereiche sind deutlich stärker individualisiert, insbesondere dann, wenn sie auch noch mit befristeten Verträgen oder (Schein-) Selbstständigkeiten gekoppelt werden. Digitalisierung und Globalisierung können solche Trends verschärfen.

Auch wenn damit neue unfaire Arbeitsbedingungen – und das heißt: neue Chancen für die klassischen Solidaritätsakteure – auftauchen, erschweren sich die Bedingungen für die Organisation von Solidarität. Denn während die Fabriken und Großbetriebe der Moderne wegen der ähnlichen Lebenslagen, der klaren Hierarchien und geteilten Tagesabläufe ein guter Kontext für Solidarbewegungen waren, bieten das persönliche Home-Office oder der quasi-selbstständige Lieferdienst eine denkbar schlechte Umgebung. Gleichzeitig ist aus Sicht vieler Arbeitnehmer:innen die Entwicklung nicht unbedingt schlecht: ‚Flexible Arbeitszeiten‘, ‚mobiles Arbeiten‘ und ‚New Work‘ werden aus guten Gründen begrüßt, ebenso wie bequeme und günstige Lieferservices. Sowohl die Organisationsformen als auch die normativen Erwartungen machen es den klassischen Solidaritätsakteuren also nicht leicht.

Gleichzeitig vollzog sich ein *Formwandel des Politischen*, in dem Parteien und Gewerkschaften an Anziehungskraft verloren und neue Organisatoren von Solidarität auftraten. Das hat nicht nur mit einer sich veränderten Sozialstruktur zu tun, die alte Milieus aufbrach, sondern auch mit einer Kritik an den politischen Organisationen der Moderne (August 2021; Boltanski und Chiapello 2013). Denn diese verlangen ein hohes Maß an Integration, Unterordnung und Anpassung an vorgegebene, bürokratische Prozesse. Dagegen wendeten sich seit den 1970er Jahren eben nicht nur neue ‚agile‘ Management-Modelle, sondern auch sozialkritische Bewegungen. Sie grenzen sich gezielt gegen die ‚alten‘ politischen Formen ab und setzen auf themenspezifisches, kurzfristigeres Engagement und informellere Netzwerke. Sie stellen das Besondere vor das Allgemeine (Reckwitz 2017). Die Neuen Sozialen Bewegungen waren erste Vorboten dafür, dass sich solidarische Gruppen nun sehr viel stärker um besondere Issues organisieren würden – und dass jede Gruppe dann für *ihr* Thema Solidarität einfordern konnte.

Zudem deutete sich mit ihnen an, dass sich die Gesellschaft auf neue Konflikte gefasst machen musste. Diese Konflikte resultieren daraus, dass unsere Gesellschaft nun zunehmend mit den Kosten konfrontiert wird, die ihre Lebensweise immer schon verursacht, bisher aber verdrängt hat. Ein Beispiel ist die patriarchale Struktur der modernen Gesellschaft, die Gleichheit und Freiheit versprach, damit aber fast immer nur erwerbstätige weiße Männer meinte und zugleich die Voraussetzungen dieser Freiheit vergaß. Ein zweites Beispiel ist die strukturelle Benachteiligung des

Globalen Südens, die erst aus imperialistischen Großmachtvorstellungen und dann aus der Suche nach günstigen, lukrativen Konsumgütern resultierte. Am wichtigsten ist aber, dass die moderne Gesellschaft ihre Rechnung ohne ihren Wirt – die Erde – gemacht hat: Klimawandel, Umweltverschmutzung und Biodiversitätsverlust sind Folgen der modernen Arbeits- und Lebensweise, die uns jetzt als harte, unbequeme Realität wiederbegegnen.

Diese Konfrontation der Moderne mit ihren eigenen Folgekosten zieht eine *neue Konfliktstruktur* nach sich, die unsere aktuellen Debatten bestimmt und sich in Konflikten um Gender-Gerechtigkeit, Kolonialismus, Rassismus, Migration, Generationengerechtigkeit und ökologische Transformation niederschlägt. Die Konfliktlinien verlaufen dann oft dort, wo neue Solidaritätsforderungen auf lange bestehende Solidariserwartungen aus der Moderne treffen. Letztere sehen sich nun einem unerwarteten Rechtfertigungszwang ausgesetzt, der sowohl die Verteilungsverhältnisse als auch die eigenen Lebensgeschichten betrifft. Dadurch kommt es zu einer wahrgenommenen Intensivierung der Konflikte: Es werden mehr Menschen mobilisiert und gleichzeitig werden die Konflikte schärfer.

Für die klassischen Solidaritätsakteure ist das eine besondere Herausforderung, weil ihre Symbole, Traditionen und Rhetoriken in den modernen Industriegesellschaften verwurzelt sind. Bei der Beschwörung gewerkschaftlicher Solidarität schwingt bis heute die Sozialromantik des Industriearbeiters oder Kohlekumpels mit (Flemming 2022). Doch natürlich sind dieser imaginierten Gemeinschaft dann auch die blinden Flecken der Moderne eingeschrieben – und

vor allem die ökologische Transformation provoziert einen Konflikt um die eigene Identität, eben weil sich viele in den Gewerkschaften nach wie vor über Kohle und Stahl definieren, die nun frontal angegangen werden.

Die Führungen von linken Parteien und Gewerkschaften treibt das in ein Dilemma. Denn die Solidarität mit künftigen Arbeitnehmer:innen-Generationen steht mit der Solidarität mit den verdienten Arbeiter:innen der Moderne im Konflikt. Eine unkluge Strategie führt dann nicht nur zu einem Mitgliederverlust, sondern auch zu einer Unzufriedenheit, die sich rechtspopulistische Bewegungen zunutze machen können. Ein ähnliches Dilemma kennt man seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 beim Konfliktfeld Migration. Linke Parteien sehen sich gezwungen, zwischen nationaler Solidarität (Begrenzung der Migration) und internationaler Solidarität (offene Grenzen) zu wählen. So wie die öffentliche Debatte lief, konnte man nicht mehr einfach für beides stehen, obwohl man das doch seit jeher beansprucht hatte.

Grundlegend neu sind solche Solidaritätsdilemmata nicht. Man denke hier nur daran, dass sich die Arbeiterbewegung noch kurz vor dem August 1914 in der Zweiten Internationalen gegenseitig der internationalen Solidarität des Proletariats versichert hatte, um sich dann fast durchgehend für die Kriegskredite ihrer jeweiligen Länder und die nationale Solidarität zu entscheiden. In der Spätmoderne vervielfältigen sich diese Dilemmata aber vorerst, eben weil neue und alte Solidaransprüche aufeinanderprallen und gleichzeitig auch noch die neuen Solidaransprüche untereinander in Konflikt geraten können.

Solidaritätsparadox und die Spaltung der Gesellschaft

Die aktuelle Sorge um eine Spaltung der Gesellschaft und die starke Sehnsucht nach mehr Solidarität sind also Folge der gesellschaftlichen Transformation. Sie verändert nicht nur die Strukturen unserer Gesellschaften, wobei sich alte Allianzen auflösen und vertraute Organisationsformen erodieren, sie bringt auch neue Konflikte um das kollektive Selbstverständnis hervor. Diese Konflikthaftigkeit gilt es einzukalkulieren, statt sich den beiden einfachen Möglichkeiten zuzuwenden – kulturkritische Diagnose der Solidaritätserosion und idealistische Hoffnung auf eine allumfassende Solidarität. Jenseits unvorhersehbarer Disruptionen ist weder das eine noch das andere wahrscheinlich, wenn man die Dynamiken von Solidarität und die Konstellationen der Spätmoderne betrachtet.

Vielmehr erleben wir, wie sich Konflikte intensivieren und pluralisieren. In diesen Konflikten wünscht man sich dann auf beiden Seiten womöglich mehr Solidarität, bekommt aber gerade dadurch mehr Konflikt. Man kann das das *Solidaritätsparadox* nennen. In der Spätmoderne gibt es dafür großes Potenzial, weil sich Konflikte zwischen alten und neuen Solidaransprüchen entfalten. Das ist anstrengend. Problematisch werden Solidaritätskonflikte aber nur dann, wenn sie auf eine Eskalation ohne Stoppregeln abzielen, so wie man es an radikalen Querdenker:innen studieren kann.

Statt auf eine große Solidarität zu hoffen, legt das Solidaritätsparadox nahe, dass man eine öffentliche Konfliktkultur und kluges Konfliktmanagement braucht. In diesem

Rahmen kann Solidarität dazu beitragen, auf Ungerechtigkeiten und kollektive Herausforderungen aufmerksam zu machen. Neben dem Aktionismus muss man dabei aber die Schattenseiten der Solidaritätsdynamik im Auge behalten und zugleich auf die Veralltäglichsung und Institutionalisierung neuer Solidararrangements zielen. Solidaritätsakteure müssen also Konflikt und Kompromiss bespielen können, damit sie Aufmerksamkeit für soziale Missstände und effektive Verbesserungen für breite Gesellschaftsschichten erreichen. Für die klassischen Solidaritätsakteure kann das eine Chance sein, weil sie Erfahrung in diesem Spagat haben. Dafür muss es ihnen allerdings gelingen, die spätmodernen Konflikte in ihrem Inneren zu bearbeiten.

Literatur

August, V. (2020a). Sehnsucht nach Solidarität? *Magazin der Kulturstiftung des Bundes*, 20(35), 6–7

August, V. (2020b). Die Macht der Solidarität. *Das Parlament*, 70 (30–32), 1

August, V. (2021). *Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne. Foucault, Luhmann und die Kybernetik*. Bielefeld: Transcript

Bayertz, K. (1998). Begriff und Problem der Solidarität. In ders. (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem* (S. 11–13). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Boltanski, L., & Chiapello, È. (2013). *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK

- Börner, S. (2021). Solidaritätsdynamiken. Praktiken der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und ihren Vorläuferorganisationen. In K. Heinsohn, T. Kroll, A. Kruke, P. Kufferath, F. Lenger, U. Planert, D. Süß, & M. Woyke (Hrsg.), „Hoch die internationale ...?“ *Praktiken und Ideen der Solidarität* (S. 75–94). Bonn: Dietz
- Cicchi, L., Genschel, P., Hemerijck, A., & Nasr, M. (2020). *EU Solidarity in Times of Covid-19. European University Institute Policy Brief*, 2020/34. <https://doi.org/10.2870/074932>
- Collins, R. (2004). Rituals of Solidarity and Security in the Wake of Terrorist Attack. *Sociological Theory*, 22(1), 53–87
- Collins, R. (2012). C-Escalation and D-Escalation. *American Sociological Review*, 77(1), 1–20
- Fehmel, T. (2020). Konflikt und Solidarität als Verhältnis dynamischer Vergesellschaftung. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 23–48
- Flemming, J. (2022). *Industrielle Naturverhältnisse. Politisch-kulturelle Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure in sozial-ökologischen Transformationsprozessen*. München: oekom verlag
- Große Kracht, H.-J. (2017). *Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften*. Bielefeld: Transcript
- Holzer, B. (2008). Das Leiden der Anderen. Episodische Solidarität in der Weltgesellschaft. *Soziale Welt*, 59(2), 141–156
- Lessenich, S. (2020). Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 113–130.
- Marx, K., & Engels, F. (2004). Manifest der Kommunistischen Partei (1848). In I. Fetscher (Hrsg.): *Studienausgabe* (S. 61–91). Berlin: Aufbau.

Raphael, L. (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Berlin: Suhrkamp

Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp

Rosa, H. (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Sennett, R. (2013). *Together. The Rituals, Pleasures and Politics of Cooperation*. London: Penguin Books

Simmel, G. (1992). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Steiner, A. (2008). Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost? In K. H. Jarausch (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte* (S. 29–48). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Stjernø, S. (2010). *Solidarity in Europe*. Cambridge: University Press.

Stürmer, S., Snyder, M., Kropp, A., & Siem, B. (2006). Empathy-motivated helping: the moderating role of group membership. *Personality & social psychology bulletin*, 32(7), 943–956.

Süß, D., & Torp, C. (2021). *Solidarität. Vom 19. Jahrhundert bis zur Corona-Krise*. Dietz: Bonn.

Der Autor

Vincent August ist promovierter Soziologe und Politikwissenschaftler an der Berliner Humboldt-Universität. Er ist Mitherausgeber des „Theorieblogs“ und war Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und an der UC Berkeley. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Politische Theorie und Ideengeschichte, Gesellschaftstheorie, Wissenssoziologie und Politische Soziologie.

Andreas Zeuch

Unternehmens- und Wirtschafts- demokratie

Am Ende keine oder beide



Wenn demokratisch geführte Organisationen ihre Belegschaft einladen, mitzubestimmen bis hin zu strategischen und normativen Entscheidungen einschließlich der Frage, wofür der erzeugte Mehrwert eingesetzt werden soll, dann ist die Arbeitswelt kein autokratisches Paralleluniversum mehr neben der politischen Demokratie. Dann wird die Arbeit zum Demokratielabor.

„... die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft ist nicht zu trennen von der Forderung, den Arbeitnehmern jenes Maß von Mitbestimmung zu gewähren, das allein eine demokratische Wirtschaftsführung garantiert. Nur auf diesem Wege ... können wir zu einer freiheitlich-demokratischen Sozialordnung gelangen, von der im Grundgesetz die Rede ist.“

Otto Brenner 1969¹

125 Jahre. So lange ist es her, gemessen am 50. Geburtstag der Otto Brenner Stiftung, dass eines der ersten Werke zur Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie veröffentlicht wurde: „Industrial Democracy“ von Sidney und Beatrice Webb (1897), die gemeinsam mit George Bernhard Shaw die London School of Economics gründeten. Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurden zwei Weltkriege mit apokalyptischen Folgen geführt, dazwischen kam es zur großen Depression mit dem New Deal als Antwort und dem Wiederaufbau der Weltregionen, die in Schutt und Asche lagen. Im weiteren Verlauf wurde aus einer sozial-marktwirtschaftlich geprägten westlichen Welt mit entsprechenden Rahmenregulationen – inklusive einer Fiskalpolitik mit hohen Spitzensteuersätzen und der Ära der wirtschaftlich goldenen 1950er bis 70er – seit den 1980ern eine zunehmend neoliberal deregulierte Ökonomisierung, die so viel wie möglich der kapitalistischen Verwertbarkeit unterwarf. Und so ist es im Rückblick nicht verwunderlich, dass es früher oder

später zum großen Crash der Subprime-Blase im Jahr 2007 kam, die die Weltwirtschaft erheblich schädigte. Bis hin zur heutigen Situation, in der wir wieder mit Krieg im Europa konfrontiert sind, gerade so, als ob die Herausforderungen der Klimakrise, des Artensterbens, der Vermüllung, der Einkommens- und Vermögensungleichheit nicht schon genug wären.

In diesen bewegten Jahrzehnten hat sich der Gedanke der Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie über verschiedene Diskurslinien weiterentwickelt. Aus den Traditionalisten wie Sidney und Beatrice Webb und Fritz Naphtali mit seiner 1928 veröffentlichten „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“ entstand die deutsche *gewerkschaftlich geprägte Linie*, die in den 1970ern und 80ern einen Höhepunkt fand. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 nahm dieser gewerkschaftliche Diskurs wieder Fahrt auf mit Protagonisten wie dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban (2011, 2014), dem ehemaligen Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen, Hartmut Meine (Meine et al. 2011), oder dem Sozialwissenschaftler Alex Demirovic (2007, 2018), um nur einige wenige zu nennen.

Parallel dazu entstanden weitere Diskursstränge, die meist keine (direkte) Verbindung zur gewerkschaftlichen Debatte aufweisen, so wie insgesamt der Austausch zwischen den verschiedenen Diskurslinien eher dürftig ist²:

Erstens die *Empiriker:innen*, die die Demokratisierung der Arbeit mal durch eine psychologische Brille, mal (organisations)soziologisch erforschten. Meilensteine waren in diesem Zusammenhang die Aktionsforschung zur industriellen Demokratie in Norwegen und Schweden (Emery

und Thorsud 1982) sowie das Peiner Modell mit dem Sozialwissenschaftler Werner Fricke im Rahmen des deutschen Programms zur Humanisierung der Arbeit von 1974 bis 1981. Im deutschsprachigen Raum hat sich darüber hinaus bis heute der österreichische Psychologe Wolfgang Weber von der Universität Innsbruck hervorgetan, der immer wieder mit eigenen Untersuchungen (wie seiner ODEM-Studie) wertvolle Beiträge liefert und darüber hinaus eine wichtige Meta-Studie zum Thema publizierte (Weber et al. 2019). An diese empirische Linie knüpft auch das Forschungskolloquium der von mir gegründeten *Unternehmensdemokraten* zum Themenkreis der Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie (Zeuch 2021) an.

Zweitens gibt es die *pragmatische Linie*, vertreten durch Unternehmer:innen, Manager:innen und Berater:innen, die weder besonders gewerkschaftlich engagiert noch im strengen Sinn empirisch wissenschaftlich geprägt waren und sind. Ein wichtiger Beitrag dürfte „Jenseits der Hierarchien“ von Tom Peters gewesen sein, in dem er beeindruckende Fallbeispiele wirtschaftsdemokratischer Projekte sammelte, darunter auch ein quasi demokratisch geführtes Gefängnis (vgl. Peters 1993; Zeuch 2017). Ein knappes Vierteljahrhundert später folgten Veröffentlichungen des ehemaligen Topmanagers und Vorstandsmitglieds Thomas Sattelberger (2015) gemeinsam mit Andreas Boes vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung und Isabell Welp von der Technischen Universität München. Auch mein eigenes Buch „Alle Macht für niemand. Aufbruch der Unternehmensdemokraten“ (Zeuch 2015) gehört in diese Reihe.

Drittens gibt es eine *philosophische Linie*, der ich Autor:innen wie Lisa Herzog und Roberto Frega zuordne. Letzterer untersuchte jüngst, inwiefern Analogie-Argumente für die Demokratisierung der Arbeit hilfreich und wirksam sind (Frega 2020). Viertens und letztens finden sich Beiträge, die zu keiner dieser Linien passen, etwa Ota Siks „Humane Wirtschaftsdemokratie“ (1979) oder „Democracy at Work“ des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Richard Wolff (2012).

Wenn wir also heute Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie weiter entwickeln wollen, dann inspiriert von diesen Denkrichtungen und Diskurslinien – auch wenn sie eher auseinander-, als auf ein gemeinsames Ziel zulaufen.

Begriffsbestimmung

Da Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie Komposita sind, die den Komplexbegriff „Demokratie“ nutzen, stelle ich vorab klar, dass ich Demokratie instrumentell verstehe.³ Demokratie ist für mich kein Wert an sich, sondern eine Methode, um Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit, Toleranz und Solidarität zu verwirklichen. Demokratie ist im allgemeinen Verständnis mit freien und sicheren Wahlen verbunden, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen im Artikel 21 gefordert werden. Trotz ihrer herausragenden Bedeutung (und vieler diskussionswürdiger Probleme⁴) formuliere ich mein Verständnis von Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie im Folgenden ohne das Thema Wahlen, da dies hier den Rahmen sprengen würde.

Unternehmensdemokratie ist die Führung und Gestaltung von Organisationen durch alle interessierten Mitglieder, um den jeweiligen Organisationszweck zu verwirklichen. Der wichtigste Aspekt ist dabei die demokratische Entscheidung zur Nutzung und Verteilung des gemeinsam erzeugten Mehrwerts. Unternehmensdemokratie ist verbindlich verfasste Selbstorganisation, die kein Mittel zum alleinigen Zweck der Gewinnmaximierung ist. Deshalb achten demokratische Organisationen bei der Erzeugung und dem Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen auf das Wohl aller *Stakeholder* sowie das Gemeinwohl insgesamt.

Etwas ausführen werde ich hier nur den letzten Satz der Definition, denn diese Unterordnung der Organisation unter das Gemeinwohl im Sinne einer sozial-ökologischen Nachhaltigkeit geht keineswegs als Common Sense aus den verschiedenen eben skizzierten Diskurslinien hervor. Für uns *Unternehmensdemokraten* ist es hingegen ein wesentlicher Aspekt:

Keine Organisation steht über der Gesellschaft⁵, alle sind ein Teil von ihr, die wiederum in die Natur eingebettet ist.

Hätte ein Unternehmen in welcher Weise auch immer im Innenverhältnis eine starke Demokratie verwirklicht, würde aber im Außenverhältnis fortlaufend Gemeingüter und Ressourcen ausbeuten und zerstören oder in seinen Lieferketten Ausbeutung (wie in der Textilindustrie oder der Kakaoproduktion) tolerieren oder gar als Teil des Geschäfts-

modells, nutzen, dann würde ich ein solches Unternehmen nicht als demokratisch bezeichnen.

Wir stehen hier an der Schlüsselstelle der Unterscheidung zwischen Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie, ähnlich wie Betriebs- und Volkswirtschaft differenziert werden:

Wirtschaftsdemokratie ist die demokratisch legitimierte politische Gestaltung aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, die über individuelle (Non-)Profit Organisationen und deren Einzelschicksale hinausgehen. Sie hat die systemische Integration der (Volks-)Wirtschaft in die größeren Systeme der Gesellschaft und Natur sicherzustellen. Deshalb trifft eine Wirtschaftsdemokratie regulatorische Maßnahmen, sodass privatwirtschaftliche Gewinne nicht auf Kosten des Gemeinwohls erzeugt werden.

Der zentrale Punkt besteht darin, dass die Entscheidungskriterien der einzelnen Unternehmen einerseits und der Wirtschaftspolitik andererseits zwar in einem Spannungsverhältnis stehen, aber nicht grundsätzlich gegeneinander gerichtet sein können, weil es sonst zu Verwerfungen und Blockaden kommt. Pointiert ausformuliert: Keine Wirtschaftsdemokratie ohne Unternehmensdemokratie. Und je mehr Unternehmensdemokratie verwirklicht wird, umso leichter hat es die Wirtschaftsdemokratie.

Der Grundgedanke, der hier greift, weist über wirtschaftliche Fragen hinaus: Es ist ein Kommunikations- und Konstruktionsproblem marktwirtschaftlich fundierter Demokratien, dass sie den einzelnen Organisationen (wie auch Personen) versprechen, sie seien frei darin, eigen-

nützigen Interessen zu folgen, denn daraus erwachse das Gemeinwohl. Die Konsequenz ist in den letzten, eher neo-liberal geprägten Jahrzehnten ebenso zu sehen, wie aktuell während der Corona-Krise: Regierung und Parlament versuchen, ihre Entscheidungen an einem wie immer umstrittenen Allgemeininteresse zu orientieren, während viele einzelne Organisationen und Personen sich Schlupflöcher suchen, um ihre Eigeninteressen möglichst ungeschmälert durchzusetzen.

Betriebs- und Volkswirtschaft zerstören oder stabilisieren sich gegenseitig: Demokratisch geführte Unternehmen drohen solange Einzelfälle und positive Ausnahmen zu bleiben, wie sie nicht von politischen Rahmenregelungen gefördert und getragen werden, die ihr sozial gerechtes und ökologisch verantwortliches Handeln auch ökonomisch belohnen. Umgekehrt wird eine Wirtschaftspolitik, die sich der Nachhaltigkeit und sozialen Sicherheit verpflichtet, auf kaum zu überwindende Widerstände stoßen, solange die einzelnen Unternehmen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verweigern und als einziges wichtiges Ziel das eingesetzte Kapital vermehren. Demokratie im oben beschriebenen Sinn als Methode, um Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit, Toleranz und Solidarität zu verwirklichen, muss in den Organisationen selbst praktiziert werden, wenn die Anstrengungen, Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen, nicht leerlaufen oder konterkariert werden sollen. Demokratie von oben ist ein Widerspruch in sich selbst. Deshalb richte ich den Fokus auf die Unternehmensdemokratie, betone aber zugleich die Nahtstellen.

Steuerungsoptionen

Zwei Regulationsmechanismen, die ich im klassischen Mitbestimmungsdiskurs nicht wiedergefunden habe, hebe ich besonders hervor. Der erste liegt an der Nahtstelle zwischen Unternehmens- und Gesellschaftspolitik. Der 2018 verstorbene Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Scherhorn machte einen vielversprechenden Vorschlag zur Eindämmung zerstörerischer Folgen externer Kosten: „Heute schützt das Wettbewerbsrecht auch denjenigen Wettbewerb, der seinen Erfolg der Externalisierung von Kosten verdankt, und verhindert so die nachhaltige Entwicklung. Es ist am ‚freien Wettbewerb‘ orientiert, sollte aber den freien und nachhaltigen Wettbewerb schützen. Dazu müsste die Externalisierung von Kosten in die verbotenen Wettbewerbshandlungen nach §§ 3-4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) aufgenommen werden.“ (Scherhorn 2010, S. 137 f)

Die eigentliche Funktion des UWG liegt darin, Unternehmen daran zu hindern, ihre Kund:innen mit lediglich behaupteten Leistungen zu gewinnen, also zu täuschen. Scherhorn bringt den Zusammenhang zu externen Kosten auf den Punkt: „Ein durch Schädigung von Gemeingütern erreichter Preis- oder Qualitätsvorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger unlauter als z. B. Täuschung durch irreführende Werbung oder Ausnutzung von Unerfahrenheit.“ (ebd., S. 138) Sobald externalisierte Kosten als unlauter gelten würden, wäre es möglich, entsprechende unternehmerische Anbieter zu verklagen, da sie den (End)Kund:innen vorspiegeln, dass die durch Externalisierung erreichten Vorteile „auf besserer Marktleistung beruh(en)“ (ebd.). Scherhorn geht explizit auf

den Vergleich zwischen ausbeuterischen und nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen ein: „Ein neuer Absatz 12 in §4 sollte etwa bestimmen, dass auch derjenige unlauter im Sinne von §3 handelt, der sich durch Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft Vorteile gegenüber nachhaltiger wirtschaftenden Mitbewerbern verschafft.“ (ebd.) Natürlich wäre eine solche Anpassung des UWG auch für Produkte denkbar, die gar nicht von den Vertreibern selbst produziert, sondern lediglich importiert werden.

Der zweite Vorschlag kommt aus der Gemeinwohlökonomie. Die Idee ist ebenfalls einfach: Je gemeinwohlorientierter ein Unternehmen seine Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt bringt, desto geringer die Steuerlast. Um dies beurteilen zu können, sollte zur betriebswirtschaftlichen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz eingeführt werden. Das Konzept dafür liegt bereits seit Jahren vor und wird immer weiterentwickelt. Eines der bekanntesten Unternehmen, die eine solche Bilanz erstellen, ist die Spardabank München. In dieser Bilanz wird die Umsetzung der Werte Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung in Bezug auf die Berührungsgruppen Zulieferer, Eigentümer:innen und Finanzpartner:innen, Mitarbeitende, Kund:innen und Mitunternehmen sowie das gesellschaftliche Umfeld untersucht und bewertet. Je höher die dabei kumulierte Punktzahl, desto gemeinwohlorientierter arbeitet die Organisation. Auf diese Weise entsteht ein im Kern simpler Mechanismus, der zu einer entsprechenden Rahmenregulation genutzt werden könnte – ohne Verbote einerseits oder Zwang andererseits. Ein Unternehmen, wie

oben beispielhaft erwähnt, das die maximale Punktzahl für „Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz“ erhält, aber für „Menschenwürde in der Lieferkette“ keine Punkte erzielt, würde höher besteuert.

Zweiseitigkeit

In der bisherigen traditionellen und daraus entwickelten deutschen gewerkschaftlichen Diskurslinie ging es meist um institutionelle Mitbestimmung verbunden mit gewerkschaftlicher Arbeit. Freie Formen der Mitbestimmung wurden und werden nur selten thematisiert. In den letzten Dekaden war dies vor allem in verschiedenen europäischen Aktionsforschungen der Fall (vgl. Fricke und Wagner 2012), während in der neu entstandenen Debatte seit der Finanzkrise 2007/2008 dieser Aspekt der Unternehmensdemokratie wieder in den Hintergrund rückte (Meine et al. 2011; Urban 2014; Demirovic 2018). Als historisch bedingte Entwicklung ist das nachvollziehbar, aber für die Zukunft der Demokratisierung der Arbeit nicht mehr ausreichend. Unter Buzzwords wie Agilität, New Work, Selbstorganisation oder Teal Organizations sind längst freie, nicht institutionelle Formen in der organisationalen Praxis Wirklichkeit geworden, die ein großes Potential haben, auch wenn sie bislang kaum systematisch und empirisch fundiert weiterentwickelt wurden (Pflüger 2009; Laloux 2015; Sattelberger et al. 2015; Zeuch 2015). Für die Zukunft wird es im Rahmen der Unternehmensdemokratie wichtig sein, an beiden Formen der Selbst- und Mitbestimmung gemeinsam zu arbeiten und sie vor allem intelligent miteinander zu verbinden, ohne das Eine gegen das Anderen

auszuspielen. Dies ist allein schon notwendig, weil der größte Teil der Unternehmen und Organisationen in Deutschland keinen Betriebsrat hat. Mal ganz abgesehen von Organisationen außerhalb Deutschlands mit ihren traditionell schwach ausgeprägten institutionellen Mitbestimmungspraktiken.

Hier wird es wichtig werden, dass sich beide Seiten aufeinander zubewegen und die Demokratisierung der Arbeit zusammen weiterentwickeln. Auf der Seite der Praktiker:innen, also der Unternehmer:innen, Geschäftsführer:innen und Berater:innen, die sich vorwiegend unter der Flagge der oben erwähnten Buzzwords auf die Reise in eine neue Arbeitswelt begeben (haben), herrscht oftmals Skepsis oder Ignoranz gegenüber institutionellen Formen der Mitbestimmung. Auf dieser Seite werden die Leistung und der Wert dieser Form der Unternehmensdemokratie noch nicht erkannt, obwohl es längst Untersuchungen gibt, die die Vorteile von Betriebsräten für Unternehmen insgesamt belegen (Böckler 2018). Diese Erkenntnislücke gründet auch darin, dass die meisten verantwortlichen Personen und Organisationen die Veränderungsprozesse hin zu mehr Agilität und Selbstorganisation gar nicht als Demokratisierung verstehen. Dort steht stattdessen die Frage im Vordergrund, wie sich die Organisationen für die Zukunft wappnen können, wie sie flexibler werden, anpassungsfähiger, innovativer, robuster. Unterm Strich läuft es meist auf eine simple Steigerung des Geschäftserfolgs der Auftraggeber:innen hinaus. Deshalb braucht es hier zunächst eine Sensibilisierung für die Zusammenhänge agiler, selbstorganisierter Arbeit mit der Unternehmensdemokratie.

Auf der anderen Seite ist es genauso nötig, dass sich der gewerkschaftliche Diskurs (weiter) öffnet für die Ent-

wicklungen der letzten Jahr(zehnt)e und anerkennt, dass freie Formen der Mitbestimmung die andere Seite derselben Medaille sind. Leider ist diese integrative Sicht im Rahmen der gewerkschaftlich geprägten Linie eher rar (Fricke 2012; Wagner 2012; Seibold und Mugler 2021). Und wenn, dann meist reduziert auf „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“, was hinsichtlich der Partizipationsreichweite nur die unterste Stufe ist. Schließlich können Mitarbeitende auch bei taktischen, strategischen und normativen Entscheidungen direkt und ohne Repräsentant:innen mitgestalten. Die skeptische Haltung ist zwar verständlich angesichts der Kritik, dass beispielsweise Agilisierung als internalisierte Selbstausbeutung missbraucht wird und ein digitales Fließband unter informationeller Totalkontrolle entstehen kann, für die sogar Tastenanschläge getrackt und dokumentiert werden. Solche Pervertierungen gibt es bereits und wir müssen dagegen angehen. Aber die schwarzen Schafe widerlegen nicht das Potential der freien Mit- und Selbstbestimmung. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Es gibt längst genügend Organisationen, die teils seit Jahrzehnten integer demokratisch arbeiten. Diese Beispiele (vgl. Zeuch 2015) widerlegen den Generalzweifel. Sie sind inspirierend für eine funktionale und zugleich ethisch integre Unternehmensdemokratie. Manche mit, andere ohne Betriebsrat. Die selbstgewählte Reduktion auf den „Ausbau institutionalisierter Mitbestimmung auf Unternehmensebene und eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte“ (aktuelles DGB Grundsatzprogramm 1996) verschenkt vielfältige Chancen. Der Dünkel auf beiden Seiten muss aufhören. Es steht zu viel auf dem Spiel.

Spillover

Eines ist besonders interessant an der Unternehmensdemokratie: Die vor über 50 Jahren von Carole Pateman (1970) aufgebrachte Spillover-Hypothese, dass (eher) demokratisch geführte Organisationen einen positiven Einfluss auf ihre Mitarbeiter:innen hinsichtlich deren demokratischen Verhaltens und der damit verbundenen Kompetenzen außerhalb der Arbeit haben. Dieser wichtige Aspekt war zwar seit den 1980ern immer wieder Gegenstand empirischer Untersuchungen (Zeuch 2021a), aber in der laufenden Debatte und insbesondere in der praktischen Umsetzung bei Transformationen von Organisationen wird er bis heute zu stiefmütterlich behandelt.

In solchen Prozessen liegt eine große Chance, gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Erstens die Lösung je individueller organisationaler Probleme, wie eine mangelnde Innovationskraft, weil die Ideen der Mitarbeiter:innen immer noch im Schwarzen Loch eines verstaubten Vorschlagswesens auf Nimmerwiedersehen verschwinden – mit schwerwiegenden Folgen: Mangelnde Anpassungsfähigkeit an sich beschleunigende Veränderungen des Umfelds; mangelnde Motivation der Belegschaft wegen deren Degradierung zu Verrichtungsgehilf:innen; bürokratisch langsame Entscheidungsprozesse, weil die Entscheidungen nicht dort getroffen werden, wo sie anfallen, sondern von den Vorgesetzten und so weiter.

Zweitens kann der Widerspruch der halbierten Demokratie zwar in der nächsten Zeit nicht aufgelöst, aber zumindest deutlich reduziert werden. Wenn demokratisch

geführte Organisationen ihre Belegschaft einladen, mitzubestimmen – bis hin zu strategischen und normativen Entscheidungen einschließlich der Frage, wofür der erzeugte Mehrwert eingesetzt werden soll – dann ist die Arbeitswelt kein autokratisches Paralleluniversum mehr neben der politischen Demokratie.

Dann wird drittens die Arbeit zum Demokratielabor (Zeuch 2015). Und wir können überall, wo wir direkt betroffen sind, in einem überschaubaren sozialen Gefüge täglich demokratisches Wahrnehmen, Denken und Handeln trainieren. Es ist nötig, noch genauer zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Spillover-Effekte besonders gut greifen.⁶ Trotzdem leuchtet mir schon jetzt nicht im geringsten ein, warum es diesen Effekt nicht geben sollte, wenn bestimmte demokratische Kompetenzen fast täglich jahre- und sogar jahrzehntelang geübt werden. Entscheidend ist dabei doch, dass wir die eingangs erwähnten Herausforderungen von Artensterben bis Vermögensungleichheit allesamt nur kollektiv und ko-kreativ lösen können. Das setzt Partizipation voraus, Toleranz, wertschätzendes Zuhören, sich in seinen eigenen Reaktionen zu beobachten, eigene Wünsche und Werte zu reflektieren, seine eigene Sicht möglichst klar darzustellen, eine positive Selbstwirksamkeitserwartung bezüglich dieser Kompetenzen und vieles mehr. Auch und gerade in diesem Sinn haben Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie eine Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Naphtali (1969, S. 11).
- 2 Deutlich wird diese fehlende Verbindung zum Beispiel in „Workplace Democracy. The recent debate“ (Frega 2019).
- 3 Leider mangelt es im gesamten Diskurs an Klärungen des jeweiligen Demokratieverständnisses der Autor:innen.
- 4 Der US Politologie Jason Brennan hat diese Probleme gut in seinem provokanten Buch „Gegen Demokratie“ analysiert (Brennan 2017). Die Reaktionen zu seinem Vortrag auf einer unserer Veranstaltungen zeigen, wie emotional aufgeladen das Thema der Wahlen ist (Vortragsmitschnitt: <https://youtu.be/jfOd1Es-HAM>).
- 5 Ausnahmen bilden supranationale Organisationen wie der IWF oder die WTO. Sie stehen bewusst über national definierten Gesellschaften (vgl. Slobodian 2019).
- 6 Die Unternehmensdemokraten haben ein partizipatives Entwicklungs- und Qualifizierungsprogramm dafür entwickelt, innerhalb dessen zukünftig genau diese Bedingungen erforscht werden sollen: Das Nachhaltigkeits- und Demokratielabor (NaDel).

Literatur

Die Links wurden am 21. Juni 2022 zuletzt überprüft.

Böckler (2018). Was Betriebsräte bewirken. *Böckler Impuls*, 2/2018, 4–5

Brennan, J. (2017). *Gegen Demokratie*. Berlin: Ullstein

Demirovic, A. (2007). *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot

Demirovic, A. (Hrsg.) (2018). *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster: Westfälisches Dampfboot

Emery, F., & Thorsud, E. (1982). *Industrielle Demokratie. Bericht über das norwegische Programm der industriellen Demokratie* (norwegische Originalausgabe 1970). Bern u. a.: Hans Huber

Frega, R. (2020). Against Analogy. Why Analogical Arguments in Support of Workplace Democracy Must Necessarily Fail. *Democratic Theory*, 7(1), 1–26

Fricke, W. (2012). Demokratisierung der Arbeit ist Sache der abhängigen Beschäftigten selbst. In: W. Fricke, & H. Wagner (Hrsg.): *Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie* (S. 39–52). Hamburg: VSA

Fricke, W., & Wagner, H. (Hrsg.) (2012). *Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie*. Hamburg: VSA

Laloux, F. (2015). *Reinventing Organizations. Ein Leitfaden zur Gestaltung sinnstiftender Formen der Zusammenarbeit*. München: Vahlen

Meine, H., Schumann, M., & Urban, H.-J. (Hrsg.) (2011). *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* Hamburg: VSA

Naphtali, F. (1969/1928). *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Stuttgart: Europäische Verlagsanstalt

Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: University Press

Peters, T. (1993). *Jenseits der Hierarchien. Liberation Management*. Düsseldorf: Econ

Pflüger, G. (2009). *Erfolg ohne Chef*. Düsseldorf: Berlin: Econ

Sattelberger, T., Welpel, I., & Boes, A. (Hrsg.) (2015). *Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft*. Freiburg: Haufe

Scherhorn, G. (2010). Unternehmen ohne Wachstumszwang: Zur Ökonomie der Gemeingüter. In I. Seidl, & A. Zahrtt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 129 – 143). Marburg: Metropolis

Seibold, B., & Mugler, W. (2021). *Selbstorganisierte Teamarbeit. Beispiele und Hinweise für Betriebs- und Personalräte*. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-007992/p_study_hbs_459.pdf

Sik, O. (1979). *Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg*. Hamburg: Albrecht Knaus

Slobodian, Q. (2019): *Die Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp, kindle edition

Urban, H.-J. (2014). Wirtschaftsdemokratie – ein Ausweg aus dem postdemokratischen Europa? In K. Dörre, K. Jürgens, & I. Matuschek (Hrsg.), *Arbeit in Europa* (S. 381 – 396). Frankfurt a.M. et al.: Campus

Wagner, H. (2012). Demokratisierung der Arbeit heute. In W. Fricke, & H. Wagner (Hrsg.), *Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie* (S. 19 – 37). Hamburg: VSA

Webb, S., & Webb, B. (1897/1902): *Industrial Democracy*. London: Longmans, Green and Co.

Weber, W., & Unterrainer, C. (2018): Die Praxis der Demokratie in demokratisch verfassten Unternehmen – eine Perspektive der Wirtschaftsdemokratie? In A. Demirovic (Hrsg.), *Wirtschaftsdemokratie neu denken* (S. 231 – 256). Münster: Westfälisches Dampfboot

Weber, W., Unterrainer, C., & Höge, T. (2019). Psychological Research on Organisational Democracy. *Applied Psychology*, 69(3), 1009–1071

Wolff, R. (2012). *Democracy at work: A Cure for Capitalism*. Chicago: Haymarket Books

Zeuch, A. (2015). *Alle Macht für niemand. Aufbruch der Unternehmensdemokraten*. Hamburg: Murmann

Zeuch, A. (2017, 24. Juli). *Das Unmögliche wagen: Demokratie im Knast*. Blog der unternehmensdemokraten. <https://unternehmensdemokraten.de/2017/07/24/das-unmoegliche-wagen-demokratie-im-knast/>

Zeuch, A. (2020). Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie. In J. Nachtwei, & A. Sureth (Hrsg.), *Sonderband Zukunft der Arbeit. HR Consulting Review Bd. 12* (S. 118-121). <https://www.sonderbandzukunftderarbeit.de>

Zeuch, A. (2021). *Warum wir ein Forschungskolloquium veranstalten*. Blog der unternehmensdemokraten. <https://bit.ly/3oYIKg8>

Zeuch, A. (2021a) *Spillover-Effekt: Organisationsdemokratie und pro-demokratische Einstellungen*. Blog der unternehmensdemokraten. <https://unternehmensdemokraten.de/2021/11/15/studienbericht-zum-spillover-effekt-organisationsdemokratie-und-pro-demokratische-einstellungen/>

Der Autor

Andreas Zeuch ist Gründer der Unternehmensdemokraten. Seit 2003 begleitet er Unternehmen auf ihrem Weg zur Entwicklung einer effektiven Entscheidungskultur und Demokratisierung. Als Diplom-Musiktherapeut hat er gelernt, Probleme mit kreativen Mitteln zu lösen.

Klaus Jacob

Es wimmelt von Henne-Ei-Problemen

Transformation als ko-evolutionärer Prozess



Es stellt sich nicht nur aus Umweltsicht, sondern auch aus der Perspektive sozialpolitischer Akteure ein weitreichender Transformationsbedarf. Ernährung, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Bildung lassen sich nach Auffassung vieler nicht mehr mit kleinschrittigen Verbesserungen sichern, sondern es wird nach grundlegendem Wandel gefragt.

Wirtschaften ist – jedenfalls in der hiesigen Wirtschaftsordnung – der Prozess zur Herstellung von Gütern und dem Verrichten von Diensten mit immer neuen Eigenschaften zu immer niedrigeren Kosten. Der Antrieb dahinter ist Konkurrenz: Anbieter, die hier nicht erfolgreich sind, zu spät kommen, weniger absetzen, werden früher oder später damit bestraft, dass sie vom Markt verschwinden, und neue Anbieter, die mit neuen oder billigeren Produkten in den Markt eintreten, werden belohnt.

Dieses immer neu, immer mehr, immer billiger ist mit erheblichen Kosten verbunden, zuallererst mit sozialen Kosten. Die Geschichte des Wirtschaftens ist auch eine Geschichte der Ausbeutung von Arbeitskraft und Lohndruck. Abhängige Beschäftigte haben und brauchen den Schutz der Gewerkschaften und des Staates. Die Aushandlung fairer Löhne und guter Arbeitsbedingungen, der Schutz gegenüber Armutrisiken, wenn Einkommen ausfällt, mag Einzelnen in Ausnahmefällen gelingen, sofern diese über gesuchte Qualifikationen verfügen – im Regelfall war und ist das aber eine kollektive Aufgabe, die entweder die Tarifpartner oder die Gesellschaft als Ganzes reguliert. Die Mittel dafür sind unter anderem Tarifverträge, Arbeitsschutzbestimmungen, Sozialversicherungen und die Gestaltung von Steuern.

Aus unternehmerischer Sicht bedeuten diese Mittel Kosten, und sie zu senken, lenkt beträchtlich das Innovationsgeschehen. Gerade industrielle Arbeit wird immer produktiver. Der nächste Rationalisierungsschub kündigt sich an: Mit künstlicher Intelligenz werden viele Arbeitsplätze auch im Bereich von Dienstleistungen, auch und gerade dort,

wo Kreativität notwendig ist, unterstützt, wenn nicht gar sogar völlig obsolet. Sogar das Innovationsgeschehen selbst ist betroffen – absehbar ist, dass neue Technologien, neue Software, neue Prozesse nicht mehr von Menschen, sondern von Maschinen geplant und entwickelt werden.

Das Immer-Neu, Immer-Mehr und Immer-Billiger ist aber auch mit ökologischen Kosten verbunden. Natürliche Ressourcen zu extrahieren und die Umwelt als Deponie für Schadstoffe und Abfälle zu nutzen, ist genauso wie die Ausbeutung von Arbeit eine Möglichkeit, um Kosten zu reduzieren und in der Konkurrenz mit anderen Unternehmen Vorteile zu erringen. Dem wird mit Appellen, Grenzwerten und seit einigen Jahren auch mit marktbasierenden Instrumenten begegnet. Auch das hat erhebliches Innovationsgeschehen nach sich gezogen – schadstoffärmere Produkte und Prozesstechnologien sind, wenn sie nicht absehbar vorgeschrieben werden, ein wesentliches Wettbewerbsmerkmal, weil damit letztlich auch Kosten gespart werden können.

Ist der Kapitalismus gebändigt?

Wer meint, dass soziale oder Umweltfragen nun erledigt seien, weil doch – zumindest in der ‚westlichen Welt‘ – der Zustand der Gewässer oder der Luft verbessert oder der Hunger eingedämmt sei, der irrt. Zwar ist richtig: bei einer Reihe von sozialen und ökologischen Indikatoren sind Verbesserungen erzielt worden. Selbst wenn Ungleichheit zunimmt, das Risiko absoluter Armut, Wohnungslosigkeit, Hunger seien doch geringer geworden. Selbst wenn indus-

trielle und landwirtschaftliche Produktion oder der Verkehr wachsen, sei doch mindestens die relative Umweltwirkung, also pro gefahrenem Kilometer, Euro Wertschöpfung oder Tonne zurückgegangen, für viele Indikatoren sogar in absoluten Größen.

Ist der Kapitalismus also gebändigt und sind wirksame Spielregeln in Kraft, die Mensch und Umwelt vor weitergehender Ausbeutung schützen? Ganz offensichtlich nicht. Durch ökonomische Globalisierung gelingt es immer wieder neu, dass sich Hersteller sozialen oder Umweltstandards entziehen; oder es kommt mit Verweis auf internationalen Wettbewerb gar nicht erst zu Regulationen. Das Ergebnis des Hungers nach Rohstoffen, der stetigen Ausweitung von Märkten ist die umfassende Umgestaltung der Erde inklusive sozialer und ökonomischer Strukturen. Das Innovationsgeschehen ist insbesondere darauf gerichtet, immer weitere Rohstoffquellen zu erschließen, in immer niedrigeren Konzentrationen, größeren Tiefen. Daran ändert auch das Auseinanderbrechen von Lieferketten in Folge des Ukraine-Kriegs oder der Coronapandemie nichts. Im Gegenteil wirkt das sogar noch verstärkend, nun ist Frackinggas wieder eine Option, die Intensivierung von Landwirtschaft wird vorangetrieben.

Und das wirkt auf Deutschland zurück, nicht nur ökonomisch, sondern auch physisch. Auch in dem Agrar-exportland Deutschland gibt es einen enormen Stickstoffüberschuss, geht Biodiversität verloren, werden die Klimaschutzziele gerissen, die aus dem Parisabkommen für Deutschland abgeleitet sind. Auch in Deutschland gelingt es nicht, die Bedürfnisse nach Wohnraum, Ernäh-

rung, Verkehr in einer Weise zu stillen, die Ungleichheiten nicht noch verstärkt und sozialen Zusammenhalt gefährdet. Nicht nur die explodierenden Preise für Wohnraum, Ernährung und Mobilität betreffen Bezieher:innen niedriger Einkommen in besonders starkem Maße. In den jeweiligen Wertschöpfungsketten gibt es vielfache prekäre Arbeitsverhältnisse, seien es Kleinbäuer:innen, Beschäftigte in Schlachtbetrieben, vermeintlich selbstständige Fahrer:innen.

Dysfunktionalitäten sozio-technischer und sozio-ökonomischer Systeme

Was sich bis hierhin als unstrukturierter Text gelesen hat, ein stetes Springen zwischen sozialen und ökologischen Aspekten, zwischen nationaler und internationaler Perspektive, zwischen Armut, Ungleichheit, Verteilung und sozialem Zusammenhalt, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und möglicher Zukunft geht doch zurück auf den generellen Befund einer – aus sozialer und ökologischer Sicht – Dysfunktionalität zentraler gesellschaftlicher Systeme.

Gesellschaftliche Systeme können verstanden werden als Konfigurationen aus Technologien, Wissen, Märkten, Institutionen und Regulationen, sozialen Praktiken und Infrastrukturen, die in ihrem Zusammenwirken gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen. Je nachdem ob sie sich durch dominierende Technologien definieren oder vor allem um Märkte fokussieren, lassen sie sich als sozio-technische oder sozio-ökonomische Systeme bezeichnen.

Solche Systeme gibt es unter anderem für die Bedürfnisse nach Mobilität, Kommunikation, Energie, Ernährung, Wohnen, Bildung, Gesundheit. Aus ökologischer Sicht sind besonders das Energie-, Ernährungs- und Verkehrssystem sowie das Wohnen relevant. Diese Systeme haben wesentliche Anteile an den Emissionen von Treibhausgasen und der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen. Sie sind für einen großen Teil des Materialumsatzes und Flächenverbrauchs verantwortlich und tragen dadurch zum Verlust von Biodiversität bei.

Trotz des Innovationsgeschehens, seien es verbrauchsärmere Pkw, energieeffizientes Bauen und Sanieren, Bio-Lebensmittel oder Schadstofffilter bei Kraftwerken und erneuerbare Energien: Wesentliche Probleme bleiben ungelöst. Und noch mehr, innerhalb der gegebenen Entwicklungspfade scheinen Lösungen nicht praktikabel oder unzureichend.

Die derzeit diskutierten Lösungen, sei es Strom aus erneuerbaren Quellen, Elektrifizierung von Mobilität gedämmte und elektrisch beheizte Häuser oder Bio-Lebensmittel, sind auch aus ökologischer Perspektive nicht durchgängig unschuldig, sondern haben mindestens lokale Umweltwirkungen; vielfach werden aber auch die Problemlagen nicht umfassend adressiert (zum Beispiel würde auch ein vollständig elektrifizierter Verkehr eine Infrastruktur nutzen, die erhebliche Zerschneidungseffekte hat) oder sogar neue geschaffen (etwa die für umfassende Elektrifizierung erforderlichen Metalle). Die bisherigen Verbesserungsinnovationen sind genauso wenig ausreichend, wie die Vorstellung, in diesen Systemen problematische Techno-

logien zu ersetzen, alles Übrige aber so zu belassen, wie es ist. Ein Verkehrssystem, das genauso fortgeschrieben wird, bei der nur die Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzt würden, wäre nicht ausreichend und könnte bestimmte Problemlagen sogar noch weiter verschärfen. Auch bei der Ernährung wäre es nicht ausreichend, Lebensmittel einfach nur umweltschonender zu produzieren, aber weiterhin ein hohes Niveau bei Fleischkonsum und bei Lebensmittelvergeudung zu belassen; oder den hohen und rasch wachsenden Flächenbedarf beim Wohnen nicht zu bremsen.

Nachhaltigkeitstransformationen und ihre Gestaltung

Eine Nachhaltigkeitstransformation geht über die Verbesserung oder den Ersatz von einzelnen Technologien hinaus und bedeutet eine umfassende Rekonfiguration dieser gesellschaftlichen Systeme. Sie beinhaltet die für die Bedürfnisbefriedigung notwendigen Infrastrukturen, die Institutionen und Regulationen, die die Systeme regeln und nicht zuletzt auch die sozialen Praktiken, die mit Mobilität, Ernährung, Wohnen oder Energienutzung verbunden sind.

Auch hier gilt: Es geht nicht darum, ein einzelnes Systemelement zu ersetzen, eine Rekonfiguration erfordert stattdessen Veränderungen bei allen Systemelementen. Mobilität, die nicht mehr auf Lastwagen und Pkw basiert, sondern öffentlichen Verkehr, Fahrrad oder Car-Sharing in den Vordergrund stellt, braucht eben nicht nur die Technologien, sondern auch die dafür notwendigen Infrastrukturen usw.

Hier wimmelt es von Henne-Ei Problemen: Kommen neue Technologien zuerst oder andere Infrastrukturen? Institutionen oder soziale Praktiken? Transformation kann als ein Prozess von Ko-Evolution verstanden werden: Veränderungen in dem einen Systemelement bedingen die Veränderungen eines anderen. Wenn das auch umgekehrt gilt, dann tritt (regelungsbedürftige) Rückkopplung auf; regelungsbedürftig, weil Rückkopplungen ansonsten Ressourcen aufbrauchen.

Es ist offenkundig, dass dies nicht die einzige Steuerungsaufgabe ist. Auch die Henne-Ei Probleme gilt es zu lösen und nicht zuletzt auch die Verteilungsfragen, die mit einer umfassenden Rekonfiguration verbunden sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass politische Institutionen Teil der Systeme sind. Sie sind auf deren Funktionsfähigkeit und Stabilität gerichtet. Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik ist zunächst einmal überhaupt nicht transformationsorientiert, ganz im Gegenteil stützt sie die bisherigen Pfade und Strukturen. Zwar sind politische Institutionen – wie auch wirtschaftlich tätige Akteure – an Innovationen interessiert, um Wettbewerb zu beleben und öffentlichen Akteuren kommt in der Innovationspolitik durchaus eine besondere Rolle zu: Aufgrund der Möglichkeit, dass Wettbewerber Innovationen nachahmen, ohne selber in Innovation zu investieren, liegt das Niveau von Forschung und Entwicklung unter dem, was gesamtwirtschaftlich eigentlich wünschenswert wäre. Innovationspolitik soll diese Lücke ausgleichen. Im Ergebnis des durch Konkurrenz motivierten Strebens nach Neuerung, verstärkt durch Innovationspolitik, sind die hier

betrachteten Systeme nicht statisch, sondern von permanenten Wandel geprägt – aber innerhalb der gegebenen Pfade und Strukturen.

Durch Ausdifferenzierung sind die Systeme in der Lage, neue Technologien aufzugreifen und zu integrieren, ohne dass bisherige Strukturen grundlegend verändert werden: Landwirt:innen, die neben exportorientierter industrialisierter Fleischproduktion auch eine Produktlinie zu regionalem Biofleisch anbieten, Automobilhersteller, die neben den Diesel-SUV auch eine Produktlinie zu E-Autos einführen, Energieversorger, die gleichzeitig fossil und erneuerbar tätig sind.

Innovation und Ausdifferenzierung gehören zu den Dynamiken der Systeme, das wird durchaus auch von den zugehörigen politischen Institutionen unterstützt. Transformation geht aber darüber hinaus und Nachhaltigkeitstransformation erscheint *innerhalb* der gegebenen Systeme auch nicht möglich, obwohl noch erhebliche Effizienzpotentiale gegeben sind. Aber die Beharrungskräfte sind enorm: Wirtschaftlich, weil damit reduzierte Kosten verbunden sind, politisch, weil die Institutionen auf Stabilität und Innovation innerhalb der vorliegenden Pfade und Strukturen ausgerichtet sind, gesellschaftlich und kulturell, weil die Vorstellungen von Normalität und die sozialen Praktiken als Teil der Systeme darauf gegründet sind und sich – augenscheinlich – allenfalls langsam verändern.

Verschärfend kommt hinzu, dass sich der liberale Staat daran gebunden hat, in Wirtschaft und in individuelles Verhalten nur in begründeten Ausnahmefällen einzugreifen.

Zwar kann man argumentieren, dass öffentliche Politik das dennoch und zwar ständig und in allen Lebensbereichen tut. Aber zur Abwehr von Wandel und einer Politik, die Wandel unterstützt, ist diese Selbstbindung allemal wohlfeil: die Betroffenen können sich nur zu leicht auf den Schutz von Eigentum, Berufsfreiheit und anderen individuellen Rechten berufen, wenn es um die Abwehr von Politik geht, die ihre Besitzstände gefährden würde.

Veränderungsdynamik ist möglich

Die Abwehr der Transformation ist allerdings daran gebunden, dass die bisherigen Strukturen auch funktionieren und sich daraus legitimieren. Legitimation durch Performanz ist eine zentrale Funktionsbedingung. Frank Geels (2002) stellt in seinem Modell einer Mehrebenenperspektive diese Systeme in einen Kontext von Landschaft und Nischen. Landschaft meint dabei die für das System relevanten Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Verfasstheit von Gesellschaft und Staat, die natürlichen Rahmenbedingungen, grundlegende Technologien usw. Auch diese Landschaft verändert sich, aktuell etwa erkennbar an Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung, neuen Technologien wie der künstlichen Intelligenz, Wertewandel und damit verbundenen neuen gesellschaftliche Konfliktlagen (zum Beispiel Materialismus-Postmaterialismus) und nicht zuletzt dem Klimawandel.

Legitimität durch Performanz misst sich zuvörderst an diesen Rahmenbedingungen. Was bisher als gute oder doch hinreichende Performanz bewertet wurde, ist unter

veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr ausreichend. Autos, die sicher und komfortabel sind und einen sozialen Status vermitteln, werden von postmaterialistisch orientierten Menschen unter Bedingungen des Klimawandels anders beurteilt und stellen letztlich die Legitimität der Autoindustrie in Frage.

Problematisch werden solche Prozesse, wenn sie mit dem Ende von langfristigen Innovationszyklen zusammenfallen. Innerhalb von technologischen Paradigmen folgen auf grundlegende Innovationen stetige Verbesserungsinnovationen, die weitere Merkmale ergänzen oder Kosten reduzieren. Schumpeter (1968) vermutet, dass das Potential für solche Verbesserungsinnovationen im Zeitverlauf immer geringer wird und in langer Frist erliegt. Dies erkläre die in den 1920er Jahren von Kondradieff entdeckten langfristigen Konjunkturwellen, die im Laufe von ca. 50 Jahren auftreten und deren Abschwung nur durch neue Basisinnovationen beendet werden könne.

Wenn Veränderungen in der Landschaft mit einem Ende des langfristigen Innovationszyklus zusammenfallen, dann steht die Legitimation von Systemen in Frage. Beschleunigt wird die Delegitimation durch Nischen: Damit werden von Geels (2002) kleine Innovationssysteme bezeichnet, die Leistungen für soziotechnische Systeme erbringen, aber in einer grundlegend anderen Weise arbeiten. Sie können als Netzwerke von Akteuren verstanden werden, die Wertschöpfungsketten anders organisieren. Beispiele sind Carsharing, Community Supported Agriculture, gemeinschaftliche Wohnformen, energiewirtschaftliche Bürgergenossenschaften, usw. Wenn diese „bottom up“-

Initiativen in einer Konstellation abnehmender Legitimität demonstrieren, dass Bedürfnisse auch anders befriedigt werden können, dann entsteht weiterer Druck auf die dominierenden Systeme, ihre Strukturen und Akteure. Weder Veränderungen in der Landschaft noch das Auftreten von Nischen sind für sich hinreichende Bedingungen für Transformationen, aber ihr Zusammenspiel macht Transformationen wahrscheinlicher.

Mit veränderter Landschaft lässt sich auch eine Zunahme von Nischen beobachten. Die Veränderungsdichte für Innovationen, die eine grundlegend andere Bedürfnisbefriedigung anbieten, nimmt zu. Ganz zweifellos erleben wir das derzeit. Die Richtungen unterscheiden sich aber. So gibt es im Ernährungsbereich Nischen, die hochtechnisierte Fleischherstellung unabhängig von Tieren in vitro produzieren, andere, schon marktgängig, die Fleisch mit pflanzenbasierten Proteinen nachbilden. Innovationsrichtungen sind auch urban farming oder kleinteilige, regionalisierte Landwirtschaft auf der Basis eher traditioneller Technologien. Welche Nischen als nachhaltig zu bewerten sind und welche sich in Zukunft durchsetzen werden und die Ernährung in den kommenden Jahrzehnten bestimmen werden, ist offen und umstritten.

Die Beispiele zeigen, dass es nicht nur einen Wettbewerb zwischen Nischen und dominierendem System gibt (Alt-Neu-Wettbewerb), sondern auch zwischen den Nischen (Neu-Neu-Wettbewerb, vgl. Nill 2009). Auch hier gibt es keinen einzelnen Akteur, der in der Lage wäre, zu wählen und zu entscheiden. Die Auswahl erfolgreicher Basisinnovationen ist ein sozialer und diskursiv geprägter Prozess. Die

Diskurshoheit steht in der Konkurrenz von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die ja selber wiederum in hohem Maße fragmentiert sind.

Ansätze transformationsorientierter Politik

Wenn aber ein dominanter gesellschaftlicher Diskurs entsteht, in dem sich die Delegitimation des bisherigen und die Machbarkeit und Vorteilhaftigkeit einer Alternative miteinander verbinden, hat das eine enorme Wirkung: Es gibt dem bis dahin ungerichteten Innovationsgeschehen in den Nischen Richtung, verbindet und koordiniert das Handeln von Akteuren in eine gemeinsame Richtung. Das Geschehen erfährt große Dynamik, Veränderungsprozesse gehen zu Ko-Evolutionen über und beschleunigen sich. Nach den oft langen Vorlaufphasen des Probierens treten Veränderungen dann sehr plötzlich auf, bisherige Vorstellungen von Normalität, die als tiefsitzend und allenfalls in historischer Perspektive veränderbar schienen, werden umgestoßen. In dieser Phase existieren alte und neue Strukturen nebeneinander, Strom wird sowohl aus Kohle wie auch aus Windkraft produziert, und häufig werden hybride Formen entwickelt – um ein historisches Beispiel zu wählen: Segelschiffe, die von Dampfmaschinen unterstützt werden, waren eine zeitweilige Übergangstechnologie. Aus Umweltsicht sind diese Phasen eher problematisch, weil das Risiko besteht, dass sich die Nachteile miteinander verbinden und dass Ressourcen überbeansprucht werden, weil die Produktion eher zunimmt. Auch das lässt sich belegen, seien es die großen Mengen Strom, die in Deutschland aus Kohlekraft produ-

ziert und in die Nachbarländer exportiert werden, oder die Exportorientierung der Landwirtschaft.

Nach dieser Phase der Beschleunigung, des Wettbewerbs Alt-Neu und der Substitution kommt eine der Stabilisierung. Das Neue ist durchgesetzt, Ko-Evolutionen, die als Rückkopplungen auftraten, sind bereinigt, neue Institutionen geschaffen und entsprechende soziale Praktiken reguliert. In dieser Phase der Stabilisierung setzt auch das reguläre Innovationsgeschehen wieder ein, die Basisinnovationen werden kontinuierlich verbessert, aber die Transformation als Systeminnovation ist abgeschlossen.

Die Wirkungen von Transformationen entziehen sich genauso wie deren konkrete Richtung einer Steuerung im Detail. Sicher ist aber, dass ein solcher Strukturwandel mit erheblichen Verteilungswirkungen verbunden ist. Bisherige Qualifikationen und Anlagen werden in ihrem Wert gemindert, andere aufgewertet. Regionen sind in unterschiedlichem Maße davon betroffen. Die Erwartung, genauer: die Befürchtung von solchen Verteilungswirkungen trägt dazu bei, dass Veränderungsprozesse hinausgezögert werden und sich davon betroffene Akteure mehr oder weniger erfolgreich dagegen stemmen.

Dieser Prozess, bei dem Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ja selber Teil von Transformation sind und ihr selber unterzogen werden, lässt sich nicht in einem großen Plan erfassen. Allein die Größe der Aufgabe, sei es das Energie-, Verkehrs- und Ernährungssystem oder auch das ganze Wirtschaftssystem zu transformieren, erscheint absurd. Zumal es ja keinen einzelnen Akteur gibt, der Zuständigkeit reklamieren könnte, diese ist über Ressorts

und – noch schwerwiegender – über Ebenen von der kommunalen bis zur europäischen oder internationalen Ebene verteilt. Jede Ebene, jedes Ressort ist dabei auf die jeweils eigene Zuständigkeit und Betroffenheit bedacht. Eine integrierte politikfeld- und -ebenen übergreifende Politik erscheint unrealistisch und unwahrscheinlich. Zu sehr unterscheiden sich die Interessen und Notwendigkeiten der Akteure.

Wenn man aber nicht alleine den Gegenstand betrachtet, sondern den Prozess von Transformationen, dann ergeben sich durchaus vielfältige Ansatzpunkte gestaltend tätig zu werden (vgl. Wolff et al. 2018): Eine entsprechende Wissensbasis zugrunde zulegen, gesellschaftliche Trends zu analysieren und zu nutzen, um transformativem Wandel Dynamik zu verleihen; Räume für soziale Innovationen zu schaffen und Akteure zur Teilhabe zu befähigen, Schnittstellen zu kreieren, die Ko-Evolution zwischen unterschiedlichen Systemen und Systemelementen ermöglichen; Leitbilder und Visionen zu entwickeln. Solche Optionen, die auch weniger machtvollen Akteuren zur Verfügung stehen, können jenseits einer umfassend integrierten, holistischen Strategie ergriffen werden. Zu einer Gestaltung von Transformationen gehört auch, nicht nur darüber nachzudenken, wie das Neue in die Welt gebracht wird, sondern auch darüber, wie nicht-nachhaltige Strukturen beendet werden können. Dafür ist der Begriff Exnovation als das Gegenstück zu Innovation geprägt worden (Heyen 2017). Hier geht es maßgeblich darum, soziale Friktionen von Transformationsprozessen zu vermeiden.

Verhältnis sozialer und ökologischer Fragen in Transformationen

Wie stellt sich nun das Verhältnis von sozialen (Verteilungs-) fragen und ökologischen Fragen im Kontext von Transformationen der hier betrachteten Systeme dar? Eine oberflächliche Perspektive würde möglicherweise zu dem Schluss kommen, dass Transformationen aus Umweltperspektive angetrieben werden, dass es allenfalls darum ginge, Akzeptanz dafür zu gewinnen, indem sozialer Ausgleich angestrebt wird und sozialpolitische Akteure darauf achten, dass es für ihre jeweilige Klientel nicht zu schnell oder zu teuer wird.

Diese Analyse greift aber zunehmend zu kurz: Vor dem Hintergrund der geschilderten sozialen Dysfunktionalitäten dieser Systeme, verbunden mit dem Wandel der für soziale Fragen relevanten Rahmenbedingungen (demographischer Wandel, Wanderung, Friktionen der Globalisierung, etc.) stellt sich auch aus der Perspektive sozialpolitischer Akteure ein weitreichender Transformationsbedarf. Ernährung, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Bildung lassen sich nach Auffassung vieler nicht mehr mit kleinschrittigen Verbesserungen sichern, sondern es wird nach grundlegendem Wandel gefragt.

Damit stellt sich die Frage, wie sich das mit den Anliegen einer ökologischen Transformation verbindet, welche Zielbilder sich in Deckung bringen lassen, wie Prozesse und Diskurse gemeinsam gestaltet werden können. Auch wenn es hier erste Verbindungen und Netzwerke gibt, die sich

zwischen sozialpolitischen und umweltpolitischen Akteuren entwickeln und die über die Vermeidung von sozial unerwünschten Folgen von Umwelt- und Klimapolitik hinausgehen und ein gemeinsames Gestaltungsinteresse formulieren, so wird doch deutlich, dass das nicht konfliktfrei ist (Petschow et al. 2021). Die Veränderungsrichtung und das Veränderungstempo, der Umgang mit Verteilungsfragen bleibt an deren jeweilige, von Fall zu Fall durchaus unterschiedliche Perspektive gebunden. Insofern scheint es sinnvoll, Foren zu entwickeln, die beides zulassen: Kooperation bei der Gestaltung und die Aushandlung von Konflikten. Hier ist institutionelle Innovation geboten. Es ginge darum, weder die Fiktion vollständiger Integration zu pflegen, noch die kleinteilige Verfolgung des jeweiligen Partikularinteresses. Ein solcher Ansatz würde gut unterstützt, wenn der Staat sich beteiligt und solche Foren an der Aushandlung und Formulierung von Politik beteiligt. Sie lassen sich aber auch ohne Staat initiieren und erproben. Die gemeinsame Formulierung der Veränderungsanliegen durch sozial- und umweltpolitische Akteure wäre jedenfalls ein starker Impuls für eine Beschleunigung tiefgreifender Prozesse nachhaltigen Wandels.

Literatur

Die Links wurden am 20. Juni 2022 zuletzt überprüft.

Geels, F. W. (2002). Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. *Research Policy*, 31(8-9), 1257–1274. [https://doi.org/10.1016/S0048-7333\(02\)00062-8](https://doi.org/10.1016/S0048-7333(02)00062-8)

Heyen, D. A. (2017). Politische Gestaltung von Exnovation. *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift*, 32(1), 30–35. <https://doi.org/10.14512/OEW320130>

Nill, J. (2009). *Ökologische Innovationspolitik. Eine evolutiv-ökonomische Perspektive*. Marburg: Metropolis (zugl.: Kassel, Dissertation 2008)

Petschow, U., Sharp, H., Rioussel, P., Jacob, K., Guske, A-L., Kalt, G., Schipperges, M., & Arlt H.-J. (2021). *Perspektiven neuer Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Umwelt-, gewerkschafts- und sozialpolitische Akteure im Spannungsfeld unterschiedlicher Kontexte, Logiken und Zukunftsvorstellungen*. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/neue_allianzen_fuer_sozial-oekologische_transformationen.pdf

Schumpeter, J. A. (1968). *The Theory of Economic Development: An Inquiry Into Profits, Capital, Credit, Interest, and the Business Cycle* (8. Edition). New York: Routledge

Wolff, F., Heyen, D. A., Brohmann, B., Grießhammer, R., Jacob, K., & Graaf, L. (2018). *Transformative Umweltpolitik. Nachhaltige Entwicklungskonsequenz fördern und gestalten*. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/transformative_umweltpolitik_nachhaltige_entwicklung_konsequenz_foerdern_und_gestalten_bf.pdf

Der Autor

Klaus Jacob ist promovierter Politologe und leitet die Forschungsgruppe Policy Assessment an der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Governance von Nachhaltigkeitstransformationen. Er war einer der Hauptautoren des 6. GEO Berichts der UNO „Healthy Planet, Healthy People“.

Ingrid Kurz-Scherf

„We should all be feminists“

Kapitalismuskritik als
sozial-emanzipatorisches Projekt



*Die soziale Frage ist verwoben mit
Geschlechterstereotypen und -hierarchien
ebenso wie umgekehrt Klassenverhältnisse,
Rassismus, Antisemitismus, Behinderten-
feindlichkeit oder Altersdiskriminierung in den
Geschlechterverhältnissen wirksam werden.*

„We should all be feminists!“

... spätestens seit der Modeschöpfer *Dior* T-Shirts mit dem Schriftzug dieses Aufrufs der Nigerianerin Chimamanda Ngozi Adichie kreierte, die dann von Luxusmodels über die Laufstege der Haute Couture getragen und im Internet für 650 Euro zum Kauf angeboten wurden, wissen wir: Feminismus ist *en vogue*. Dass es sich dabei um einen eher oberflächlichen Hype handeln könnte, hatten wir 2008/9 schon vorausgeahnt angesichts der Tendenzen zur Bewältigung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise „auf Kosten von Frauen“. Diesen Tendenzen folgte und folgt das Krisenmanagement in der Corona-Pandemie in noch ausgeprägterer Weise. Seit dem 24. Februar 2022, also seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine, sind wir nicht nur mit dem furchtbaren Leid, das der Krieg über die ukrainische Bevölkerung gebracht hat, konfrontiert. Wir erleben auch eine – dieses neuerliche Scheitern der Zivilisation „nebenbei“ begleitende – Inszenierung tradierter Geschlechterstereotypen mit der darin enthaltenen hegemonialen Männlichkeit in ihrer archaischen Form des Kriegers und der damit korrespondierenden „subalternen Weiblichkeit“ in der Form des Opfers. Dennoch: Vielleicht ist der *gender code* dieses Krieges und seine mediale Vermittlung wirklich nur ein „Nebenwiderspruch“ des furchtbaren Geschehens, denn wir wissen ja auch spätestens seit der Studie von Margarete Mitscherlich über „die friedfertige Frau“, dass es sich dabei um einen Mythos handelt.

Andererseits zeugt die Prominenz des Slogans von Chimamanda Ngozi Adichie tatsächlich auch von einem seit

Jahren zu beobachtenden weltweiten Aufschwung von Frauenbewegungen, wie er sich nicht nur durch #Metoo, sondern auch in vielfältigen mehr oder minder eindrucksvollen Kämpfen und Aktivitäten manifestiert – wie zum Beispiel in anhaltenden Protesten und Frauen*Streiks gegen sexistische Gewalt, gegen die Diskriminierung von Frauen beim Zugang zu Macht, gesellschaftlicher Teilhabe und Einkommen. Der Aufschwung lässt sich nicht zuletzt auch an der exponierten Rolle von Frauen in ganz unterschiedlichen sozialen Konflikten wie aber auch auf vielen anderen Feldern der Innovation und Transformation ablesen. Feminismus gilt schon seit einiger Zeit in der Kunst und im Kulturbetrieb als weithin akzeptierte Avantgarde. In Teilen der Wissenschaft und der Politik fungieren Feminismus und kritische Genderkompetenz längst als Gütesiegel von Progressivität.

In der Bundesrepublik Deutschland hat Feminismus neuerdings laut Koalitionsvertrag der amtierenden Regierungsparteien sogar den Status einer neuen Staatsräson in der Außenpolitik. Die zuständige Ministerin begründete das Konzept mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der gegenüber militaristischen Sicherheitskonzepten den „Blick weite für alle Opfer in Kriegen“ und an den auch der internationale Diskurs um *human security* anknüpfe. Dabei handele es sich keineswegs um „Gedöns“, wie einige ewig Gestrige immer noch glaubten. Feministische Außenpolitik sei vielmehr „auf der Höhe der Zeit, auf der Höhe der Verantwortung“ (Baerbock 2022). Ob nun allerdings die deutsche Außenpolitik tatsächlich ein feministisches Profil – auch im Sinn der weit überwiegend strikt pazifistischen, über

100jährigen Tradition feministischer Friedenspolitik – entwickelt oder ob das Prädikat „feministisch“ nicht eher als Legitimationsressource genau jener neuen, durch den Ukraine-Krieg provozierten Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik instrumentalisiert wird, gegen die es sich eigentlich richtet, erscheint aktuell (Mai 2022) noch durchaus fraglich. Dabei könnte eine Außenpolitik mit feministischer Orientierung nicht nur eine umfassende Perspektive auf die Opfer und die Kosten von Krieg und Gewalt gewinnen, es könnte sich ihr auch ein zivilgesellschaftlich erweiterter Politikbegriff erschließen (vgl. Harders 2008). Ich meine die Möglichkeit einer von Frauenbewegungen angestoßenen Neubelebung der Friedensbewegungen, die – vielleicht im Verbund mit gleichgerichteter Regierungspolitik – einer dauerhaften Remilitarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik wirksam entgegenwirken.

In Memoriam Otto Brenner: (feministische) Gesellschafts- und Friedenspolitik als gewerkschaftliche Aufgabe

Eines der grundlegenden Dilemmata feministischer Theorie und Praxis ist die personelle und institutionelle Einbindung in gesellschaftliche Verhältnisse, die in ihren Grundstrukturen und kulturellen Fundamenten auf dem Prinzip der „hegemonialen Männlichkeit“ (Connell 2005) bzw. der „männlichen Herrschaft“ (Bourdieu 2005) basieren. Die feministische Soziologie hat für diese Situation den Begriff der „dissidenten Partizipation“ (Hark 2005) geprägt und diese als strukturell subaltern analysiert. Die Erfahrung der „dissi-

denten Partizipation“ ist nun aber keineswegs ein „Privileg“ feministisch orientierter Frauenbewegungen, sondern ein strukturelles, systemisch verankertes Moment moderner Gesellschaften westlicher Prägung, dem sie einerseits ihre Stabilität andererseits aber auch ihre Flexibilität gegenüber dem von sozialen Bewegungen und politischer Opposition entfalten Veränderungsdruck verdanken. Für die Gewerkschaften manifestiert sich dieser Tatbestand in ihrer Doppelfunktion als Ordnungsfaktor und Gegenmacht in der Konfliktpartnerschaft zwischen „Kapital“ und „Arbeit“. Besondere Bedeutung haben in diesem Kontext Widersprüche und Kämpfe sowohl *in* verschiedenen wie auch *zwischen* unterschiedlichen sozialen Bewegungen und oppositionellen Strömungen.

Ein Beispiel mit einer langen historischen Tradition und vielfältigen Varianten ist das Verhältnis zwischen Frauenbewegungen und Arbeiterbewegungen, zwischen feministischen und sozialistischen Optionen auf Weltverbesserung. Otto Brenner, der Namensgeber der Stiftung, deren Jubiläum der Anlass für diese Publikation ist, repräsentiert in besonderer Weise das Ringen der Gewerkschaften um eine konstruktive Bewältigung des Konflikts zwischen unterschiedlichen Horizonten gewerkschaftlicher Politik. Er sei sich – so schrieb Werner Thönnessen (1972) in einem Nachruf im *SPIEGEL* – „des tragischen Widerspruchs“ sehr bewusst gewesen, „in den die Gewerkschaften sich verwickeln, wenn sie, notwendigerweise auf dem Boden der von ihnen bekämpften Wirtschaftsordnung, Verbesserungen durchsetzen, die einerseits den Arbeitnehmern zugutekommen, andererseits die Lebensfähigkeit des Kapitalismus verlängern“. Wahrscheinlich war Otto Brenner sich auch des

Problems bewusst, dass Gewerkschaften einerseits soziale Ungleichheit unter „Lohnabhängigen“ korrigieren, weil und insoweit ihre Erfolge auch denen zugutekommen, die über eine vergleichsweise schwache Kampfkraft verfügen. Dass sie aber andererseits – vor allem unter Krisenbedingungen – auch als Motor der Bewältigung von Konflikten zwischen „Kapital und Arbeit“ zum Beispiel „auf Kosten von Frauen“, auf Kosten der sogenannten Randbelegschaften oder auch auf Kosten der sogenannten Dritten Welt fungieren. Unter anderem deshalb beharrte Brenner trotz der von ihm maßgeblich selbst bewirkten Integration der Gewerkschaften in die kapitalistische Gesellschaft bis zu seiner letzten Wortmeldung auf der „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe“ (Brenner 1971), die aber nur im Bündnis mit anderen sozialen, kulturellen und politischen Mobilisierungen zu bewerkstelligen ist.

Zielmarke war und blieb für Otto Brenner der demokratische Sozialismus. Er hat sich nie von den konkreten Projekten einer Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg – wie zum Beispiel die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Etablierung einer demokratischen Planwirtschaft und Investitionslenkung – distanziert. „Noch vom Sterbelager“ – so berichtet Gerhard Beier – übermittelte Brenner einer internationalen Arbeitstagung der IGM die Botschaft: „Unser Ziel bleibt unverrückbar dasselbe: eine von materieller und geistiger Ausbeutung befreite internationale Gesellschaft des Friedens, der Völkerverständigung, der sozialen Gleichberechtigung und der vollen demokratischen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ (zitiert nach Beier 1999, S. 65).

Welche Bedeutung Otto Brenner dabei der sogenannten Frauenfrage beimaß, ist mir leider nicht bekannt. Er gehörte jedenfalls zu den ersten Verfechtern des Prinzips der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen, mit dem sich viele Gewerkschafter bekanntlich durchaus schwer taten. Einer der engsten Mitarbeiter und Berater von Otto Brenner war der bereits oben zitierte „linkssozialistische Intellektuelle“ Werner Thönnessen, der 1957 bei Theodor W. Adorno zu dem Thema „Die Frauenemanzipation in Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie“ (Thönnessen 1969) promoviert hatte. Werner Thönnessen hat in dieser Promotion den Begriff des „proletarischen Antifeminismus“ geprägt, den er als „bürgerliche Frauenfeindlichkeit“ durchaus ebenbürtig analysierte.

Er hat in diesem Kontext eine These vertreten, die für das hier behandelte Thema der dissidenten Integration der Gewerkschaften bzw. der dissidenten Partizipation feministischer Frauenbewegungen eine zentrale Bedeutung hat und bis heute in beiden Diskursen, insoweit sie überhaupt aufeinander Bezug nehmen, debattiert wird. Demnach besteht bei den Gewerkschaften und im Feminismus ein enger Zusammenhang zwischen der Radikalität der jeweiligen Gesellschaftskritik und dem Stellenwert der sogenannten Frauenfrage bei den Gewerkschaften bzw. der sozialen Frage in Frauenkämpfen und -initiativen. Praktisch bedeutet das, dass Gewerkschaften und Frauenbewegung partiell durchaus miteinander in Konflikt stehen können, wenn aber der Diskurs abreißt oder gar nicht erst zustande kommt, dann liegt darin zumindest die Gefahr einer Schwächung auch der jeweils eigenen Handlungspotentiale.

Es gab von Anfang an sowohl in der Frauenbewegung wie auch in der Arbeiterbewegung Bemühungen um wechselseitige Anerkennung und Unterstützung auch und insbesondere in grundsätzlichen Fragen, aber das Ringen um eine Verbindung zwischen den jeweiligen Kämpfen um Anerkennung und Teilhabe führte in der Praxis nur zur Spaltung der Frauenbewegung, die aber der Arbeiterbewegung und ihren Vordenkern auch in ihren sozialistisch-klassenkämpferischen Strömungen suspekt blieb.

Jenseits der falschen Konfrontation zwischen System-, Sozial- und Kulturkritik

Konflikte ebenso wie Überschneidungen zwischen feministischen und gewerkschaftlichen Diskursen betreffen auf beiden(!) Seiten sowohl immaterielle, kulturelle wie auch materielle und politische Dimensionen und Komponenten von Ungleichheitskonstellationen. Die soziale Frage ist verwoben mit Geschlechterstereotypen und -hierarchien ebenso wie umgekehrt Klassenverhältnisse, Rassismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit oder Altersdiskriminierung in den Geschlechterverhältnissen wirksam werden. Es geht dabei zum Beispiel

- um anthropologische Grundannahmen mit habituellen Befestigungen in Geschlechterstereotypen und heteronormativen Verhaltenskodizes bei Gewerkschaften;
- oder um den wachsenden Einfluss von queer-feministischen Entwürfen der Geschlechterpluralität jenseits des Dualismus von Männlichkeit und Weiblichkeit, die aber

die sozialen Dimensionen von Geschlecht weitgehend ignorieren.

Die Dynamiken zwischen der sogenannten Frauen- und der sogenannten sozialen Frage haben insofern weitreichende Konsequenzen, als sie besonders tief in der Grundkonstruktion der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften verankert sind. Die Politische Ökonomie moderner Gesellschaften steht in engen Wechselbeziehungen mit ihrer politischen Kultur. Wenn sich große Teile „der Wirtschaft“, der Wirtschaftspolitik wie auch der Wirtschaftswissenschaften (ähnlich wie die Außen- und Sicherheitspolitik) immer noch als bestens gesicherte Reservate „hegemonialer Männlichkeit“ präsentieren, dann geht es sowohl um Macht und Reichtum wie aber auch um die Kodifizierung und Normativierung von Sprache, Verhalten, Kleidung, Sexualität, Freizeit, Hobbies etc. Dabei ist durchaus offen, welche Seite der Befestigung von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen – die materielle oder die immaterielle, die systemische oder die symbolische, die soziale oder die kulturelle – diesen zu mehr Stabilität und Immunität gegen Veränderungsdruck verhilft.

Auch die Kritik der Politischen Ökonomie in ihren vielfältigen Varianten ist längst nicht frei von androzentrischen Verkürzungen und Verzerrungen. Zwar haben sich die wechselseitig durchaus aggressiven Spannungen zwischen feministischen und nicht-feministischen Forschungs- und Politikansätzen mittlerweile deutlich abgeschwächt. Die Tonlage ist freundlicher, einzelne Autoren, Kollegen und Genossen sind offener und gesprächsbereiter. Allerdings

beschränkt sich die Anerkennung feministischer Ansätze in der Politischen Ökonomie und ihrer Kritik weitgehend darauf, Mindeststandards der personellen Repräsentation feministischer Forschung und Politik auf diesem Gebiet zu beachten. Dabei lösen sich Geschlechterhierarchien keineswegs auf. Sie unterliegen vielmehr einem ständigen Formwandel und verschieben sich gleichsam nur „nach oben“. Vielfach bestätigt sich die feministische Erwartung, dass sich der Zuwachs an personeller Repräsentanz von Frauen an einer gleichsam nach oben verschobenen „gläsernen Decke“ bricht und keineswegs automatisch mit einer inhaltlichen Revision androzentrischer Konzepte einhergeht. Was die paradigmatischen Grundannahmen betrifft, befindet sich der feministische Diskurs weiterhin häufig in der Situation dissidenter und subalternen Partizipation (Hark 2005).

Die Gewerkschaften präsentieren sich beispielsweise dank einer lebendigen gewerkschaftlichen Frauenbewegung in ihrer Personalstruktur längst nicht mehr als unangefochtenes „Arbeitnehmerpatriarchat“ (Pinl 1977). Ob sie sich allerdings auch programmatisch von jenem „proletarischen Antifeminismus“ gelöst haben, der sich traditionell mit der Verankerung eines spezifisch gewerkschaftlichen Habitus hegemonialer Männlichkeit paart, erscheint (noch?) einigermaßen fraglich. Im Hintergrund der – traditionell das gewerkschaftliche Verständnis der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften westlicher Prägung kennzeichnenden – zentralen Konflikte zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ oder auch zwischen „Staat“ und „Markt“ sichern androzentrische Arrangements und strukturelle Befestigungen „männlicher Herrschaft“ auf beiden Konfliktseiten immer

noch eine stabile „Konfliktpartnerschaft“. Die oft nicht leicht erkennbaren „fraternal contracts“ (Pateman 1988) im Hintergrund der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften drosseln nicht nur das Tempo der Fortschritte von Gleichberechtigung und Emanzipation auf zermürbende Langsamkeit, sondern lenken sie zum Teil auch in problematische Richtungen. Beispielsweise in Form einer Universalisierung „hegemonialer Männlichkeit“ als Verhaltenscodex in Führungspositionen, der auch gegenüber der durchaus wachsenden Anzahl von Frauen in Leitungsfunktionen wirksam wird.

Immerhin wird mehr und mehr akzeptiert, dass feministisches Denken und Handeln gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts insofern einen gewissen Erkenntnisvorsprung hat, weil es Probleme und Anliegen von Personen und Gruppen adressiert, die von den mainstreams in den jeweiligen Abteilungen, Ressorts und Disziplinen üblicherweise vernachlässigt oder auch ganz übersehen werden. Denn diese mainstreams orientieren sich vorrangig an der Lebensrealität von Männern und an Politikstilen und -mustern, die mehr oder minder stark geprägt sind von der „Dominanzkultur“ (Rommelspacher 1995) hegemonialer Männlichkeit mit ihrer doppelten Distinktionslogik gegenüber Frauen und unter Männern. In zunehmendem Maße erfassen nun aber ehemals marginalisierte oder externalisierte Probleme und Anliegen auch Bevölkerungsgruppen, die davon bislang weitgehend verschont blieben – wie etwa die sich immer weiter ausbreitende Prekarität von Arbeits- und Lebensbedingungen, die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch die Stigmatisierung als im

Grunde überflüssige und parasitäre „KostgängerInnen der LeistungsträgerInnen“ – eine Stigmatisierung, die sich dann aber in Krisensituationen, wenn sich vermeintlich unproduktive Tätigkeiten als besonders „systemrelevant“ erweisen, als eine absurde Umkehr der tatsächlichen Verhältnisse erweist.

Kapitalismuskritik als sozial-emanzipatorisches Projekt

Im Zentrum der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften westlicher Prägung steht traditionell in kritischer Akzentuierung deren kapitalistische Wirtschaftsweise beziehungsweise in affirmativer Akzentuierung ihre „freie“ oder „soziale Marktwirtschaft“. Dabei differieren nicht nur die Bezeichnungen zwischen unterschiedlichen Lagern. Auch innerhalb der einzelnen Lager werden Interessenskonflikte und normative Kontroversen ausgetragen – nicht zuletzt über die nur vermeintlich rein theoretische Konstruktion der inneren Struktur, der Reichweite, des Status und der Außenbeziehungen der kapitalistischen Ökonomie zu anderen Segmenten moderner Gesellschaften, im regionalen wie auch im globalen Maßstab.

Feministische Konzepte der Politischen Ökonomie gehen davon aus, dass sich „europäische Gesellschaften auf ungleichzeitige Weise als sich industrialisierende, kapitalistische, moderne, bürgerlich-patriarchale, nationalstaatlich (bzw. imperial) verfasste und in unterschiedlichem Ausmaß ethnisierte Gesellschaften“ (Knapp 2012, S. 432) entwickeln. Dabei gehört „die Erkenntnis, dass und in welcher Weise

weite Teile des Lebens und der Sorge [...] im Verlauf der Geschichte unter (markt- und privat)wirtschaftliche Belange untergeordnet worden sind und wie dies die Funktionsweise des Kapitalismus überhaupt erst ermöglicht [hat]" (Aulenbacher et al. 2015, S. 150) zu den Essentials feministischer Kapitalismuskritik. Sie basiert auf dem Wissen, dass es sich bei den modernen Gesellschaften westlicher Prägung „um herrschaftsförmige Konstellationen handelt, in denen mindestens drei Herrschaftslogiken und -verhältnisse zusammenwirken: der Androzentrismus und geschlechtsbasierte Herrschaft, der Eurozentrismus und ethnizitätsbasierte Herrschaft, der Kapitalismus und klassenbasierte Herrschaft, entlang derer Markt- und Verwertungsimperative Vorrang erhalten und zur Entfaltung gelangen, die Care-Ökonomie hintangestellt und der Raubbau an der Natur vollzogen werden“ (ebd.).

Aulenbacher et al. betonen, dass aus ihrer Sicht „feministische Kapitalismuskritiken [...] keine überlegene Geltung beanspruchen können – und dies [...] auch nicht tun“ (ebd., S. 154). Der Geltungsanspruch der vom Geschlechterverhältnis ausgehenden und auf das Geschlechterverhältnis bezogenen feministischen Theorie hat zwar durchaus auch die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse im Blick, erhebt aber nicht den Anspruch, diese aus der Analyse der Geschlechterverhältnisse heraus in ihren Grundstrukturen erfassen und erklären zu können; behauptet wird lediglich, dass die Kategorie Geschlecht in allen Herrschaftsverhältnissen und Emanzipationsbewegungen eine Rolle spielt – und zwar analytisch ebenso wie praktisch.

Theoretisch könnte die Kapitalismuskritik in ihren vielfältigen Varianten ihren Anspruch analog begrenzen,

also nur noch behaupten, dass das Kapitalverhältnis und die sich daraus begründenden Klassenverhältnisse in allen gesellschaftlichen Phänomenen und Entwicklungen wirksam sind, die sich aber eben nicht allein vom Kapitalverhältnis und den Klassenverhältnissen her begreifen lassen. Eine solche Revision tangiert allerdings einen neuralgischen Punkt linker Theorie und Praxis, nämlich den ursprünglich in der marxistischen Kapitalismuskritik theoriesystematisch verankerten Anspruch auf überlegene Geltung – und zwar sowohl theoretisch wie auch politisch-praktisch: Die „Perspektivierung“ des gesellschaftlichen Strukturzusammenhangs „vom Kapitalverhältnis ausgehend“ hierarchisiert auch die politischen Kräfte, Gruppierungen, Institutionen, Theorien und Personen, die verschiedene Herrschaftsverhältnisse und Emanzipationsansprüche repräsentieren. Die Perspektivierung des gesellschaftlichen Strukturzusammenhangs vom Geschlechterverhältnis ausgehend verweist in feministischer Akzentuierung demgegenüber auf die Interferenz verschiedener Dimensionen gesellschaftlicher Realität und auf Vermittlung und Kooperation zwischen unterschiedlichen Strömungen des sozialen Protests und politischer Opposition.

Das Zusammenwirken von verschiedenen Herrschaftslogiken unterliegt dem historischen Wandel – nicht zuletzt je nach den sich an ihnen entfachenden sozialen Kämpfen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Brisanz sozialer Ungleichheit auch unter Frauen und der Zuspitzung ökonomisch induzierter Risiken und Probleme, die Frauen oft in besonderer Weise und in besonderem Ausmaß betreffen und des sich parallel dazu neuerdings

wieder verschärfenden Antifeminismus, gewinnt die Kapitalismuskritik dementsprechend auch in feministischen Milieus (wieder) eine systematische Priorität, obwohl die „Ehe“ zwischen Feminismus und Marxismus doch schon als unwiderruflich gescheitert galt (vgl. Klinger 1998).

„Der Kapitalismus“ gerät dann allerdings auch in feministischen Diskursen manchmal zur Quelle allen Übels schlechthin: Es wird so getan, als ob sich die Lage und Stellung von Frauen unter den Bedingungen einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaftsweise gegenüber mittelalterlichen Verhältnissen verschlechtert habe; als ob die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen nur oder in erster Linie dem kapitalistischen Zwang zur Vermarktung aller Arbeitskraft und nicht auch der fortschreitenden Emanzipation von der Beschränkung auf die häusliche Sphäre folge; als ob die Erweiterung des Spektrums der Möglichkeiten der Lebensgestaltung von Frauen nur oder vorrangig ihrer Assimilation an männliche Vorgaben und nicht auch ihrer Selbstbefreiung aus Abhängigkeit und „Magdseligkeit“ (Hedwig Dohm) gefolgt wäre; als ob es den Ausbau sozialstaatlicher Vorsorge im Bereich der Kinderbetreuung und der Altenversorgung im Zeitalter der Hegemonie des Neoliberalismus gar nicht gegeben habe oder nur der Tendenz zur Vermarktlichung alles menschlichen Tuns, nicht aber auch dem Druck der Frauenbewegung, Rechnung getragen habe. Auch die Frauenbewegung, die nicht all ihr Streben und Trachten „irgendwie“ auf den Kapitalismus bezieht und sich auch noch mit anderem befasst als der sozialen Frage, gerät in den Verdacht, damit genau das zu tun, was sie aus Sicht des „proletarischen Antifeminismus“

schon immer getan hat, nämlich: Verrat an der „Sache der sozialen Sicherheit, des Wohlstands, und der Würde der Arbeiterklasse zugunsten falsch verstandener Emanzipationsvorstellungen in Sachen Meritokratie, Vielfalt und Empowerment“ (Fraser 2017, S. 76).

Dennoch folgt auch die neuere, wieder unmittelbar an Karl Marx anschließende feministische Kapitalismuskritik keineswegs dem imperialen, ins Totalitäre tendierenden Gestus androzentrischer Kapitalismuskonzepte. Care-Debatten übertragen teilweise die marxistische Begrifflichkeit von Produktion und Reproduktion auf damit bislang nicht erfasste Felder bezahlter und unbezahlter Sorgertätigkeiten; sie verändern damit aber zugleich nicht nur den Inhalt dieser Kategorien, sondern auch ihren gesellschafts- und kapitalismustheoretischen Status. Frigga Haug greift zur Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen auf das Marx'sche Konzept der Produktionsverhältnisse zurück, dabei geht es ihr aber auch um einen „Umbau des Begriffs der Produktionsverhältnisse derart, dass die Produktion des Lebens wie der Lebensmittel gleichermaßen inbegriffen ist“ (Haug 2015, S. 1897).

Unterschiedliche Perspektiven auf den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen verschiedenen „Achsen der Differenz“ im Sinn sozialer Ungleichheit ebenso wie im Sinn kultureller Vielfalt fasst der feministische Diskurs mit dem Konzept der *Intersektionalität*. Der diesbezügliche Diskurs bezieht sich vorrangig auf die mit den modernen Herrschaftsformationen Kapitalismus, (Post-)Kolonialismus und Patriarchat (bzw. Androzentrismus und Heteronormativität) verbundenen Ungleichheitsachsen *class*, *race*

und *gender*. Mit diesem Konzept hat die Überwindung von Diskurssperren zwischen Gewerkschaften und Frauenbewegungen im feministischen Diskurs ein theoretisches Fundament, das durchaus offen ist für die kritische Adaption im gewerkschaftlichen Diskurs. Mit der intersektionalen Kommunikation und Kooperation zwischen Frauenbewegungen und Gewerkschaften könnte dann auch die „transsektionale“ Perspektive auf die gesellschaftliche Realität „als Ganzes“, also auf Herausforderungen, die den Horizont spezialisierter Teilperspektiven sprengen, gestärkt werden.

Politische Ökonomie der Ermöglichung guten Lebens in Freiheit und Gerechtigkeit

Feministische Konzepte der Kritik der Politischen Ökonomie verfolgen gegenüber anderen Ansätzen (insbesondere auf der Grundlage eines umfassenden Arbeitsbegriffs) einerseits ein erweitertes Verständnis von Ökonomie, deren Allmacht sie gleichzeitig widersprechen. So plädiert beispielsweise Nancy Fraser auf der Grundlage eines – nach eigener Einschätzung – „orthodoxen“, eng an Karl Marx angelehnten Konzepts der Politischen Ökonomie und ihrer Kritik für eine systematische, praktisch und theoretisch abgestützte Integration anderer Kritikperspektiven: „We must connect the Marxian perspective to feminist, ecological and political-theoretical perspectives – state-theoretical, colonial/post colonial and transnational.“ (Fraser 2014, S. 66)

Nancy Fraser und Rahel Jaeggi verweisen auf die oft nicht hinlänglich reflektierten Kriterien der Kapitalismus-

kritik, und deren daraus resultierenden politischen, moralischen und ethischen Defizite. Mit Jaeggi und Fraser lassen sich drei „Dimensionen der Kritik“ unterscheiden:

- Analytische Kritik an der Struktur und Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Wirtschaftsweise einschließlich der darin enthaltenen inneren Widersprüche und Funktionsdefizite.
- Normative Kritik, die sich unterteilt in moralische Kritik nach Kriterien der sozialen Gerechtigkeit sowie ethische Kritik nach Kriterien der Qualität, Authentizität und Sinnhaftigkeit des Lebens und der Arbeit.
- Politische Kritik „des Potentials für emanzipatorische gesellschaftliche Transformation“, das sich bei Marx in der Form des Klassenkampfes und einer gewaltsamen Revolution realisiert, in einer feministisch erweiterten Perspektive aber auch andere Formen sozialer Bewegung und politischen Handelns (mit einer potentiell ebenfalls durchaus revolutionären Qualität) annehmen kann.

Einen zentralen Stellenwert für die Integration feministischer Theorie und Praxis in die Kritik der Politischen Ökonomie hat der Gesichtspunkt der Care Ökonomie. Dabei geht es keineswegs nur um eine angemessene Berücksichtigung des Dienstleistungssektors und der privaten Haushaltsökonomie, die nicht nach den gleichen Logiken wie die Industrie- und Finanzkonzerne zu begreifen sind. Es geht vielmehr um einen grundlegenden Paradigmenwechsel der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften nach Maßgabe des „Prinzips der Lebenssorge“ (Klinger 2022) und der

Ermöglichung von Lebensfreude. Politische Ökonomie und ihre Kritik enthalten mindestens implizit normative Setzungen und basieren auf mehr oder weniger vagen oder konkreten Vorstellungen von Ökonomie als einer notwendigen Bedingung und Form der Ermöglichung eines guten Lebens. Diese Vorstellungen haben allerdings oft die Qualität von „Heile-Welt-Phantasien“, die es erst in die Form und den Inhalt einer konkreten Utopie zu übersetzen gilt, die dem Handeln im Hier und Jetzt Orientierung geben kann.

Ich möchte abschließend eine Strategie der Kritik der Politischen Ökonomie moderner Gesellschaften vorschlagen, die auch die kapitalistische Wirtschaftsweise in den Zusammenhang des „ewigen“ Strebens – mit den zwei, in ihrem konkreten Inhalt immer wieder neu auszuhandelnden Seiten des Guten, also einerseits im Sinn von Wohlstand und von Ethik und Moral – nach nach einem möglichst „guten Leben“ stellt. In den Zusammenhang also der historisch und systematisch widersprüchlichen Dynamik von Herrschaft und Emanzipation, des widersprüchlichen Ineinandergreifens von Ökonomie, Politik, Ethik und Moral, von Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart, von Bedürfnissen und der zu ihrer Befriedigung notwendigen Arbeit bzw. zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Die kapitalistische Ökonomie in ihren komplexen Zusammenhängen zu begreifen, heißt nicht, dass man sich diese Zusammenhänge aus der Analyse der inneren Logik der Ökonomie erschließen kann. Wenn Arbeit und Individualität, Leben, Politik, Kultur etc. als vollständig bestimmt von der kapitalistischen Wirtschaftsweise betrachtet werden, so verkehrt sich Kritik in Affirmation. Arbeit ist nicht

nur Lohnarbeit und sie dient nicht nur der Kapitalverwertung: Obwohl Arbeit nie ganz unabhängig von der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, ist sie auch Berufstätigkeit, Teil der Selbstverwirklichung, Bedingung und Form der Befriedigung von Bedürfnissen, Grundlage des Lebensunterhalts etc. Die kapitalistische Ökonomie tendiert zur Konzentration. Dennoch können dauerhaft kleinbetriebliche Wirtschaftseinheiten ihr nicht umstandslos zugeordnet werden – obwohl auch Kleinbetriebe und (Allein)Selbständige auf mannigfache Weise in die kapitalistische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

Die kapitalistische Ökonomie ist auch nicht identisch mit dem gesamten Geschehen in Großbetrieben, Großkonzernen und Finanzinstitutionen. Zwar dominiert der Zweck der Kapitalakkumulation das betriebliche Geschehen, gleichwohl fließen auch andere Zwecke in dieses Geschehen ein. Dazu zählen etwa die Interessen von Beschäftigten und (potentiellen) KundInnen, die durch Gesetze, Verordnungen, Auflagen, Steuern und Abgaben repräsentierten öffentlichen Belange sowie nicht zuletzt die Ansprüche des zivilgesellschaftlichen Umfelds, denen Großunternehmen mittlerweile durch ein aufwendiges Reputationsmanagement Rechnung tragen. Kapitalismus als Bereicherungs- und Herrschaftsprojekt wird in seinen Metropolen von der Zustimmung, Nachahmung und Mittäterschaft großer Teile der Bevölkerung getragen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise fungiert weltweit als Hoffnungsträger für Wohlstand und Demokratie. Wahrscheinlich müsste die Kapitalismuskritik diese Tatsache erst einmal akzeptieren, um sie wirkungsvoll kritisieren zu können – sei es auf

dem Wege der Ideologiekritik, der Dekonstruktion falscher Vorstellungen und Hoffnungen oder auch als offene Frage danach, wovon wir eigentlich reden, wenn wir von Kapitalismus reden und was am Kapitalismus oder an unserer Vorstellung von Kapitalismus eigentlich falsch ist – auch und insbesondere unter Berücksichtigung denkbarer und machbarer Alternativen.

Es gilt, dem in der Politischen Ökonomie und insbesondere in ihrer Kritik bei Karl Marx traditionell enthaltenen „emanzipatorischen Versprechen“ nicht nur gegen alle teleologischen Verheißungen und Gewissheiten, sondern auch gegen alle Sehnsüchte nach einer heilen Welt und einer konfliktfreien, aller Notwendigkeit und aller Mühsal enthobenen Gesellschaft die Treue zu halten. Und es gilt, das emanzipatorische Versprechen der Moderne von seinen androzentrischen Verzerrungen und Verkürzungen zu befreien – allerdings ohne die Notwendigkeit von Arbeitskämpfen, Sozialpolitik, Verteilungskonflikten sowie armuts-, geschlechts- und ethnizitätssensiblen Aktualisierungen der sozialen Frage zu verleugnen. Die feministische Kapitalismuskritik beinhaltet – teils explizit, teils implizit, teils schon ausgearbeitet, teils erst angedeutet – Öffnungen des Selbstverständnisses und des Horizonts der Kritik der politischen Ökonomie. Dies gilt *erstens* im Sinn einer systematischen Integration von analytischen, normativen (ethischen und moralischen) und politischen Dimensionen der Kritik, *zweitens* im Sinn einer Vermittlung zwischen Geschichte und Utopie in der Gegenwart, *drittens* im Sinn einer Verbindung zwischen systemischen und lebensweltlichen bzw. subjektbezogenen Facetten, *viertens* im Sinn

einer Verknüpfung von materiellen und immateriellen Aspekten und von ganz unterschiedlichen Formen und Inhalten der politischen Ökonomie des ganzen Lebens; *fünftens* schließlich stellt sie die politische Ökonomie moderner Gesellschaften in den Gesamtzusammenhang der diese Gesellschaften prägenden Herrschaftsverhältnisse und Emanzipationsbewegungen.

Literatur

Die Links wurden am 23. Juni 2022 zuletzt überprüft.

Aulenbacher, B., Riegraf, B., & Völker, S. (2015). *Feministische Kapitalismuskritik*. München: Beck

Baerbock, A. (2022, 23. März). *Außenministerin Annalena Baerbock bei der Einbringung des Bundeshaushalts 2022 zum Einzelplan 05, Auswärtiges Amt, im Deutschen Bundestag*. Auswärtiges Amt. www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-epl-05/2519008

Beier, G. (1999). Vergleichende Lebensbeschreibung von Metallern, Holzern und Textilern. In H. O. Hemmer (Hrsg.), *Bilanz mit Ausichten* (S. 45 – 66). Opladen [u. a.]: Westdeutscher Verlag

Bourdieu, P. (2005). *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Brenner, O. (1971). *Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe: Grundsatzreferat und Schlussrede, gehalten am 30. Sept. und am 2. Okt. 1971 vor dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall*. Frankfurt am Main: IG Metall (Der Gewerkschafter, Sonderdruck).

Connell, R. (2005). *Masculinities*. Berkely: University of California Press

Fraser, N. (2014). Behind Marx's Hidden Abode. *New Left Review*, 86, 55–72

Fraser, N. (2017). Für eine neue Linke. Oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2, 71–76

Harders, C. (2008). Krieg und Frieden. Feministische Positionen. In R. Becker, & B. Kortendiek (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (S. 524–529). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage

Hark, S. (2005). *Dissidente Partizipation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Haug, F. (2015). Marxismus-Feminismus. In W.F. Haug u. a. (Hrsg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Spalte 1892–1900). Berlin: Argument

Klinger, C. (1998). Liberalismus, Marxismus, Postmoderne. Der Feminismus und seine glücklichen und unglücklichen „Ehen“ mit verschiedenen Theorieströmungen im 20. Jahrhundert. In E. Kreis-ky, & B. Sauer (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation* (S. 177–193). PVS Sonderband 28. Opladen & Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Klinger, C. (2022). *Die andere Seite der Liebe. Das Prinzip Lebenssorge in der Moderne*. Frankfurt a.M. & New York: Campus (im Erscheinen)

Knapp, G.-A. (2012). *Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung*. Wiesbaden: Springer VS

Pateman, C. (1988). Der Geschlechtervertrag (Orig.: The sexual contract). In E. Appelt, G., & Neyer (Hrsg.), *Feministische Politikwissenschaft*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik

Pinl, C. (1977). *Das Arbeitnehmerpatriarchat. Die Frauenpolitik der Gewerkschaften*. Köln: Kiepenheuer & Witsch

Rommelspacher, B. (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda

Thönnessen, W. (1969). *Frauenemanzipation, Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863 – 1933*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt

Thönnessen, W. (1972, 23. April). „Was folgen wird, liegt noch im dunkeln“. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/was-folgen-wird-liegt-noch-im-dunkeln-a-fc58bbb9-0002-0001-0000-000042953633>

Die Autorin

Ingrid Kurz-Scherf ist Professorin für Politikwissenschaft. Sie war Staatssekretärin des Saarlandes sowie des Landes Brandenburg und Hochschullehrerin in Marburg. Ende der 1980er Jahre war sie Abteilungsleiterin Tarifpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von 2002 bis 2005 leitete sie das *Projekt GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung*. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Geschlechterpolitik, Politischer Feminismus, Arbeits- und Sozialpolitik, Politische Ökonomie der Demokratie und der Gewerkschaften.

Mathias Greffrath

Animal laborans, homo faber, homo oeconomicus

Und wie weiter ...



Die besten und vernehmbarsten Ideen über die notwendigen Veränderungen müssten von denen propagiert werden, bei denen Kompetenz und Realismus zusammenkommen. Gewerkschaften müssen um ihret und um der Gesellschaft willen mehr werden als die Interessenvertretung von Kernbelegschaften: eine Avantgarde im Übergang zum Anthropozän. Das sei zuviel verlangt?

„Arbeit ist das stärkste Band
des Menschen an die Realität“

Sigmund Freud

Warum sitzen immer noch Kassiererinnen und Kassierer an der Supermarktkasse? Warum laufen immer noch menschliche Roboter durch die Lagerhäuser? Warum füllen kluge Menschen immer noch langweilige Tabellen aus?

Ich gebe diese zwei Zeilen in meinen Laptop. Auf Englisch. Drücke die Return-Taste. In Sekundenschnelle schreibt der Algorithmus des Textgenerators GPT-2, ein Pilotprojekt der Künstlichen Intelligenzentwicklung, das von Elon Musk und Microsoft gefördert wird, meinen Text automatisch weiter, und das Übersetzungsprogramm DeepL transformiert ihn ins Deutsche:

Warum bleiben diese Rätsel seit 30 Jahren oder mehr ungelöst? Dieser Beitrag wird dazu beitragen, einige dieser Dinge zu erhellen, aber vielleicht auch einige Fragen aufzuwerfen. „Wohin können Menschen arbeiten gehen?“ Ich meine, wie viele Arbeitsplätze sind nicht auf Technologie begründet? Wir haben einen Anstieg der Zahl der selbstfahrenden Autos erlebt. Aber ist uns nicht allmählich klar geworden, dass es sich dabei eigentlich eher um Ineffizienzen als um Vorteile handelt? Und sie haben nicht wirklich Beschäftigung geschafft ...

Das ist natürlich ein Spiel (zu finden unter <http://textsynth.org/>), aber ein bisschen unheimlich ist es schon. Noch geht

der computergenerierte Text nach weiteren zehn Zeilen in inkonsistente Assoziationen über, aber inzwischen gibt es Algorithmen, die hundertmal stärker sind. Das Spiel bestärkt die beunruhigende Erkenntnis, dass wir am Beginn eines Epochenbruchs leben, der mindestens so einschneidend sein wird die vorigen großen Veränderungen im Aggregatzustand der Menschheit: die Werkzeugentwicklung, der Übergang zu Sesshaftigkeit und Agrikultur, und der zum fossil befeuerten Industriekapitalismus.

Kurzer Rückblick

Mit den ersten Werkzeugen wurde homo sapiens vom animal laborans, dem Tier, das sich mühen muss, um sein Leben zu sichern, zum homo faber, dem Schaffenden, der aus Ungeformtem Geformtes macht. Von einem Wesen, das sich der Natur anpassen und unterwerfen muss, zum aktiven Gestalter seiner Lebenswelt. Waffen minderten die Furcht und erhöhten die Wirksamkeit der Jagd, Spaten und Pflug den Ertrag des Bodens. Mit jedem Werkzeug entstand ein steinernes und später metallisches Gedächtnis, wurden Fähigkeiten auf Dauer gestellt, Wissen weitergegeben. Keine Generation musste mehr von vorn anfangen, Werkzeuge machten Fortschritt möglich. Mit Siedlungen entstand die Kooperation: für den Hausbau müssen drei Menschen zusammenwirken, zwei, die die Pfosten halten und einer, der den Querbalken darauf legt (Theriault 1996, S. 204).

Kollektive Arbeit und Technik befreiten die Menschheit ein Stück weit vom Naturzwang, schufen Raum für Freiheit und Autonomie. „Durch die Arbeit macht der Mensch sich

frei, durch die Arbeit wird er ein Herr der Erde, durch die Arbeit endlich beweist er es, dass er über der Natur steht“, schrieb Sören Kierkegaard (1885, S. 505), und Karl Marx ein Jahr darauf: „Die Geschichte der Industrie ist das aufgeschlagne Buch der menschlichen Wesenskräfte, die sinnlich vorliegende menschliche Psychologie.“ (Marx 1968, S. 542) Arbeit ermöglicht Freiheit. Aber die kommt nicht von selbst. In den agrarischen Hochkulturen verfügten die Herren über die überlegene Technik: Waffen, Bewässerungsanlagen und Transportmittel; die Bauern, Dienerinnen und Sklaven bildeten eine eigentumslose Masse. Zu Beginn der Neuzeit wuchs mit dem Geschick der Handwerker und Händler ihr Selbstbewußtsein; Städter forderten die Bürgerfreiheit und politische Rechte. Mit der Industrialisierung zogen Massen vom Land in die Städte und tauschten Armut gegen das Elend des proletarischen Daseins; in der Fabrik entwickelten sie ein kollektives Bewusstsein, organisierten sich als Gewerkschaft und Klassenpartei, forderten Demokratie und Beteiligung am Reichtum der Nation.

Im 20. Jahrhundert steigerten die Elektrifizierung und die tayloristische Zerlegung der Arbeit die Produktivität ins Ungeahnte. Die lange Konjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zur Grundlage für die „Sozialpartnerschaft“: die Wachstumsraten der „goldenen dreißig Jahre“ sorgten für gleichmäßig steigende Löhne, das neutralisierte die Verteilungskonflikte und erweiterte das Reich des Konsums. SozialdemokratInnen an der Regierung legten Programme zur „Humanisierung der Arbeit“ auf, Gewerkschaften, die IG Metall voran, begannen in den Siebziger Jahren über Lebensqualität jenseits der Lohnsteigerungen zu reden,

über Ökologie und einen Wohlstandsbegriff, der mehr als das Bruttosozialprodukt umfasst (Eppler 2011/1972). Aber im selben Jahrzehnt wurden die Grenzen des Wachstums sichtbar und die Profitmargen begannen zu schrumpfen, erschütterte die Ölkrise die Wirtschaften, destabilisierte das Ende des Währungssystems von Bretton Wood die globale Finanzordnung.

Die vierte Revolution

Die Unternehmen des Westens suchten durch Globalisierung und Verlagerung der Produktion, Ausweitung der Märkte, Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und Drosselung des Sozialstaats die Wachstumsschwäche zu überwinden. Mit der Entwicklung der Mikroelektronik und der Computerisierung setzte die „vierte industrielle Revolution“ ein. Seit den Achtziger und Neunziger Jahren verändern Informationstechnologie und Digitalisierung in rasantem Tempo das gesamte Gewebe der Gesellschaft: Fabriken, in denen die Werkstücke ihren Weg durch die Produktionsetappen ohne menschliches Zutun finden; weltumspannende Logistiknetze, die eine globale Just-in-time-Produktion sichern; von GPS gesteuerte Landwirtschaftsmaschinen, die quadratkilometerweise Monokulturen bearbeiten. Nach der körperlichen und disponierenden wird nun auch die organisierende, planende und kreative Arbeit automatisiert. Nicht nur die Kassiererin, der Sachbearbeiter und der Maschinenwart sind ersetzbar, auch das Fachwissen von Ingenieurinnen, Architekten und Anwältinnen ist in Algorithmen gespeichert, Computer stellen medizinische Diagnosen oder programmieren das

Ermessen von Verwaltungsbeamten. Die Abhängigkeit von Programmen wächst, und Menschen ohne Fähigkeiten, die an ihrer Person haften, verlieren Verhandlungsmacht.

Netzherrschaft

Mit der Plattformökonomie, Internet und Smartphone schließlich kommt ein neuer Aggregatzustand von Wirtschaft und Gesellschaft in Sicht. Internethandel verödet die Innenstädte. Uber, Airbnb, Essenslieferdienste und Vermittlungsplattformen aller Art besetzen oder überformen Märkte, Kleingewerbetreibende und HandwerkerInnen müssen ihre Dienste zunehmend auf Plattformen anbieten. In seinem Buch „Digitaler Kapitalismus“ skizziert der Soziologe Philipp Staab (2019) den Fluchtpunkt der Plattform-Ökonomie: es ist eine Art digitaler Turbofeudalismus. Seine horrenden Gewinne entstehen nicht länger *auf einem Markt*, sondern sie resultieren aus dem *Eigentum am Markt*. Amazon stellt nichts her, aber nimmt Prozente für die Vermittlung der Produkte von hunderttausenden von ProduzentInnen. Uber betreibt keinen Fuhrpark, sondern nimmt 30 Prozent von den Niedrigentgelten privater Kfz-BesitzerInnen. Airbnb besitzt keine Hotels, sondern kassiert Provision von VermieterInnen, Helpling kassiert ein Drittel vom Lohn der Putzfrauen und -männer. Essenslieferdienste dirigieren ihre FahrerInnen wie Angestellte, zahlen zumeist weder Lohn noch Sozialleistungen. Hundert Jahre Kampf für Sicherheit enden so in einer Turbo-Variante der mittelalterlichen Markthoheit: die Konzerne kassieren eine Rente für das Recht, Waren inklusive der eigenen Arbeitskraft verkaufen zu dürfen.

Das Internet ermöglicht einerseits universelle Produktion, andererseits neue Formen der Ausbeutung wie die Crowdwork, in der isolierte Individuen an ihren Rechnern Werbetextchen formulieren oder Roboter trainieren, keine Arbeitszeitbegrenzung kennen und unterschreiben müssen, dass sie nicht untereinander kommunizieren. Keine Gewerkschaft kann denen helfen, sie sind freie VerkäuferInnen ihrer Arbeitskraft, schutzlos wie die TagelöhnerInnen am Beginn der Industrialisierung.

Als Dienstleister der Verwaltungen und Konzerne beherrschen die digitalen Riesen weltweit die privaten wie die öffentlichen Infrastrukturen, was ihnen leistungslose Renten auf Dauer garantiert; an ihren Clouds, ihren Unterseekabeln, ihren Satelliten hängen Funktionieren und Sicherheit ganzer Gesellschaften. Die Fürsten dieser weltumspannenden Reiche werden von den PräsidentInnen und KanzlerInnen der alten Nationalstaaten so empfangen, wie es ihnen gebührt – die jugendlichen UserInnen der Unterhaltungskanäle wissen mehr über Musk und Bezos und Zuckerberg als über die Regierung ihrer Heimatregion.

Maschinenstürmer

Es gibt keine zuverlässigen Prognosen über das Ausmaß der Beschäftigungsverluste in den nächsten Jahrzehnten. Die Schätzungen, die im Umlauf sind, schwanken zwischen 42 Prozent und 50 Prozent, aber sie sind „kaum mehr als das Lesen aus Kaffeesatz“ (Becker 2017, S. 200). Wenn immer noch KassiererInnen an den Supermarktkassen sitzen, menschliche Roboter durch die Lagerhäuser rennen, kluge

Menschen langweilige Tabellen ausfüllen, wenn Millionen von Menschen nur die ungute Wahl zwischen „Bullshit-Jobs“ (David Graeber) und Arbeitslosigkeit haben – dann ist das kein technisches Problem, sondern ein ökonomisches: die Maschinenstürmerei des Kapitals. Nur wo es rentabel ist, wird automatisiert. Die wichtigste Größe für die Geschwindigkeit der Roboterisierung und Automatisierung aber ist der Preis der menschlichen Arbeitskraft. Sinkt der Lohn relativ, lohnen sich die Investitionen in IT nicht; steigt er, wird, wo immer es geht, die nächste Generation von Automaten eingesetzt. Noch werten in Venezuela Familien an Küchen-tischen Millionen von Verkehrsbildern aus und legen damit den Grund für das sogenannte autonome Fahren – „mechanische Türken“, die für Stundenlöhne von drei Euro in einem weltweiten Netz ackern – ohne Möglichkeit, sich zu organisieren. Könnten sie es: die Antwort wäre die nächste Generation von Automaten. Der Produktivitätsgewinn durch Kooperation und Arbeitsteilung geht – das steht schon im „Kapital“ – an die Firma.

Technologische OptimistInnen verkünden wie immer: mit der Automatisierung fielen zwar Arbeitsplätze weg, aber im selben Maß entstünden neue Tätigkeitsfelder, vor allem bei personenbezogenen Dienstleistungen – ob nun in der Gastronomie, im Gesundheitswesen, in der Betreuung von Alten oder Kindern oder der Bildung. Aber gerade diese Sparten stehen unter Kosten- und Profitdruck, nicht zuletzt, weil sie ein bevorzugtes Feld für Anlagekapital geworden sind: Algorithmen formatieren Logistik und Service in der Systemgastronomie, Krankenschwestern werden mit Sensoren ausgestattet, die ihre Zuwendungszeit rationieren.

Sinn ohne Arbeit

Angesichts dieser neuen Ausbeutungsformen und der beschleunigten Automatisierung schwillt die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen an. Es sei nicht ausreichend „sinnvolle“ Arbeit vorhanden für alle, sagen seine Befürworter, selbst von den Bullshit-Jobs gebe es nicht mehr genug. Auf der Basis eines existenzsichernden Einkommens sollten BürgerInnen entscheiden können, ob sie eine entlohnte Beschäftigung annehmen oder jenseits des Arbeitsmarktes einer selbstgewählten Tätigkeit nachgehen, als Ich-AG, ehrenamtlich arbeitende oder als SelbstversorgerIn.

Gegenüber einer Gesellschaft, in der die Spaltung in einen Kernbereich von gut bezahlten HöchstleisterInnen, einen unterbezahlten und zunehmend kommerzialisierten Sektor der Daseinsvorsorge – Bildung, Pflege, Gesundheit – und eine prekär lebende Schicht von Haushaltshilfen, Boten und 400-Euro-JobberInnen auf Dauer gestellt wird, erscheint ein solcher Weg attraktiv. Aber abgesehen davon, dass bis jetzt noch niemand ein Finanzierungsmodell mit Aussicht auf Realisierbarkeit vorgelegt hat, ist es fraglich, ob ein solcher Weg, wie es ein neuerlicher Bestseller verheißt, zu „Freiheit für alle“ in einer „Sinngesellschaft“ führt (Precht 2022). In der gegenwärtigen Klassengesellschaft mit ihrem unzulänglichen und ungleichen Schulsystem würde die Schaffung von lohnarbeitsbefreiten Zonen die Ungleichheit der Chancen zur „Selbstverwirklichung“ steigern, die Individualisierung der Gesellschaft auf die Spitze treiben.

Nach wie vor ist in den Kernbereichen von Produktion und Verwaltung und für die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten die Teilnahme an der Erwerbsarbeit das einzige

und verfügbare Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Gleichzeitig ist es die Form, die ihre Lebenszeit strukturiert und ihre Weiterföhrung rahmt. Arbeit erweitert das Netz sozialer Beziehungen über Familie und Nachbarschaft hinaus; der Arbeitsprozess verbindet mich mit der Welt der Gegenstände, in ihm erfahre ich die Kraft der Kooperation und der kollektiven Aktion, gewinne ein Bild der Gesellschaft und lerne viel über die Macht des Eigentums. Arbeit verlangt regelmäßige Aktivität, formt meine Identität und weist mir einen gewissen Status und Platz im arbeitsteiligen Ganzen zu. Die Frage „Wieviel Arbeit braucht der Mensch?“ ist alles andere als trivial, und den „Sinn“ außerhalb eines entfremdeten oder automatisierten Bereichs des „Reiches der Notwendigkeit“ zu verankern, setzt nicht nur einen Grad an Initiative und Bildung voraus, der, und dieser Befund ist mitnichten zynisch, „in allen Bevölkerungsschichten selten ist, am seltensten vielleicht bei denen, die den Hauptanteil der Erwerbslosen stellen – bei den ungelernten Arbeitern und den Jugendlichen“ (Jahoda 1983, S. 153). Vor allem aber wäre eine Existenz außerhalb des Geflechts der Arbeitsteilung ein krasser Verlust an Realitätskontakt – auch dem mit den Unerträglichkeiten kapitalistischen Wirtschaftens.

Eine anthropologische Wende

Für PhilosophInnen und AnthropologInnen kommt mit Automatisierung, künstlicher Intelligenz und Plattformökonomie ein Endzustand in den Blick, in dem homo faber, das werkzeugmachende Tier, nur mehr das Gleitmittel der großen Automaten ist, eine Universalisierung dessen, was

Marx im Fabrikssystem angelegt sah: „Der Automat selbst (ist) das Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und der zentralen Bewegungskraft untergeordnet [...] als lebendige Anhängsel.“ (Marx 1962, S. 442 ff)

Die Philosophin Hannah Arendt stellt am Ende des 20. Jahrhunderts fest: „In ihrem letzten Stadium verwandelt sich die Arbeitsgesellschaft in eine Gesellschaft von Jobholdern, und dieses verlangt... kaum mehr als ein automatisches Funktionieren. Und so endet die Neuzeit in der tödlichsten, sterilsten Passivität, die die Geschichte je gekannt hat. [...] Arbeit und die in ihr erreichbare Lebenserfahrung (wird) zunehmend aus dem menschlichen Erfahrungsbereich ausgeschaltet.“ (Arendt 1981, S. 314f)

„Die Entfesselung der Technik“, so schrieb es, ungefähr zu Beginn des Computerzeitalters der französische Anthropologe André Leroi-Gourhan, „führt zweifellos zu einer Verminderung der technischen Freiheit des einzelnen“. An ihrem Ende finde die menschliche Gesellschaft „zur Organisation der perfektsten Tiergesellschaften zurück, jener Gesellschaften, in denen das Individuum nur als Zelle in einem Organismus existiert. [...] Befreit von seinen Werkzeugen, seinen Gesten und Muskeln, von der Programmierung seiner Handlungen und seines Gedächtnisses, befreit von der Phantasie, an deren Stelle die Perfektion des Fernsehens getreten ist, befreit auch von der Tier- und Pflanzenwelt, vom Wind, von der Kälte, den Mikroben und dem Unbekannten der Gebirge und Meere, steht homo sapiens wahrscheinlich am Ende seiner Laufbahn“. Es sei denn, der Mensch der nahen Zukunft, entschlösse sich, „sapiens

zu bleiben. Er wird vor der Aufgabe stehen, das Problem des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft völlig neu zu durchdenken, sich konkret der Frage seiner numerischen Dichte und seines Verhältnisses zur Tier- und Pflanzenwelt zu stellen. Er wird aufhören müssen, das Verhalten einer Mikrobekultur nachzuahmen und die Beherrschung des Erdballs als ein Spiel des Zufalls anzusehen.“ (Leroi-Gourhan 1980, S. 429, 490f.)

Die melancholisch-kritischen Zukunftsbilder scheinen plausibel, wenn wir auf den Zustand der Welt blicken. Aber sie denken nur die halbe Realität, sind dem verbreiteten Gedanken verhaftet, dass die Technik einer eigenen, von niemandem zu steuernden, weil tief im Menschen verankerten gleichsam evolutionären Logik folgt. Dieser fatalistische Determinismus ist nicht unähnlich dem Fatalismus der Computer-Nerds aus Kalifornien, die das Kommen einer künstlichen Intelligenz besingen, die alles Wissen der Welt und alle Fähigkeiten der Menschheit in sich vereinen wird und schließlich Bewusstsein gewinnen könnte. Beide blenden den ökonomischen Treibstoff dieser Entwicklung aus: den Zwang des Kapitals, zu wachsen und in alle Weltregionen und alle Dimensionen der Gesellschaft einzudringen. Das Resultat einer solchen „Biologisierung“ der Technikentwicklung ist der Grusel vorm Übermorgen statt des Blicks auf das nächste Jahrzehnt, das Bild einer fernen Zukunft statt eines Kursbuchs zum politischen Gestalten des Feldes zwischen den Einzelnen und der Gattung, Natur, Ökonomie und Politik. Die gedankliche Voraussetzung dafür ist es, die entfremdende Welt als eigene zu begreifen und in Besitz zu nehmen.

Algorithmen, Eigentum und der Mehrwert der Geschichte

„Die Erkennung der Produkte als seiner eigenen und die Beurteilung der Trennung von den Bedingungen seiner Verwirklichung als einer ungehörigen, zwangsweisen – ist ein enormes Bewusstsein, selbst das Produkt der auf dem Kapital ruhenden Produktionsweise.“

(Marx 1983, S. 375)

Die Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ist ein historisches, ökonomisches und kategoriales Missverständnis. Denn: *jede* Gesellschaft ist eine Arbeitsgesellschaft. Dass jede Nation verrecken würde, die nur für einige Wochen die Arbeit einstellt, weiß jedes Kind, schrieb Marx. Alle arbeitsteiligen Gesellschaften der Menschheitsgeschichte sind Netzwerke von Arbeitenden – mit einer Schicht von NutznießerInnen. Das ist nicht trivial in einer Diskussion, in der Technik und Wissen als Quellen des Wertes und des Wohlstands gelten und deren EigentümerInnen das Monopol auf Weltgestaltung usurpieren.

„Die Bedeutung der Arbeit nimmt ab, die von Wissen nimmt zu.“ „Wissen wirft längst höhere Investitionsrenditen ab als Kapital.“ So lauten die Formeln, mit denen steigende Ungleichheit, die horrenden Profite der IT-Branche, der Druck auf die Löhne und der Abstieg des produzierenden Mittelstands seit einigen Jahrzehnten begründet werden. Abgesehen davon, dass das in Algorithmen geronnene Wissen keinen Turnschuh, kein Stück Butter, keinen

Schrank, kein Auto und kein Handy herstellt, sondern dass am gewöhnlichen Beginn der Wertschöpfungskette immer noch Bauern im Allgäu, unterbezahlte Chinesinnen, Kinder im Kongo und Holzfäller in Bulgarien stehen: der Fetischismus des Algorithmus und die Furcht vor ihm verdecken, was technisches Wissen ist: kein vierter Produktionsfaktor, sondern geronnene gesellschaftliche Arbeit, formalisierte Kooperation, historisch erworbenes kollektives Wissen.

Denn in der digitalisierten „Wissensökonomie“ geschieht, wenn auch auf unendlich größerem Maßstab, was beim Übergang vom Handwerk zur Maschinenproduktion passierte. Wenn damals „Muskeln, Schärfe des Blicks, Virtuosität der Hand“ (Marx 1962, S. 403) in die Maschine wanderten, so sind es jetzt die Arbeitsroutinen und der Erfahrungsschatz ganzer Berufe und Wissenschaften, die in den Algorithmen der Informationstechnik formalisiert werden. In Generation erarbeitetes ExpertInnenwissen wird in Software verwandelt; kommerzialisiert, erscheint es nicht mehr als das Resultat gesellschaftlicher Arbeit, sondern als Eigenschaft des Kapitals. Und so wie zu Beginn des neuzeitlichen Kapitalismus in der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ die Wälder, Weiden und Wege, die bis dahin als Gemeinbesitz von allen genutzt wurden, von den GrundeigentumskapitalistInnen eingezäunt und privatisiert wurden, zieht das informationstechnologische Kapital heute Copyright-Zäune um den Gemeinbesitz an Produktionswissen, patentieren Unternehmen wissenschaftliche Erkenntnisse, die in gesellschaftlichen Institutionen erarbeitet wurden. So erscheinen die Produktivitäts-

gewinne, die aus der Kooperation in einer arbeitsteiligen Organisation erwachsen, als Tat, Kreativität und Eigentum des Kapitals. Es ist die gewaltigste strukturelle Enteignung der Weltgeschichte – und auch, wenn derzeit keine politische Bewegung die Eigentumsfrage stellt, gehört die Auflösung dieses technokapitalistischen Fetischismus nach wie vor zum Grundkurs gewerkschaftlicher Bildung. Übrigens ist man dabei in guter Gesellschaft von Menschen, die kündigt sind, wenn es um Produktion geht. „An der Arbeit, die in unsichtbarer Verkettung alle leisten, sind alle berechtigt. [...] Besitzverteilung ist ebensowenig Privatsache wie Verbrauchsrecht.“ (Rathenau 1964, S. 49, 68); und das heißt: alle Arbeitenden sind systemrelevant, die gegenwärtigen und ihre VorgängerInnen. Denn warum ist eine Nation reich? Weil BürgerInnen die Stadtfreiheit erkämpften; weil Einwanderer und Seeleute neue Ideen mitbrachten; weil es eine Religion gab, die Fleiß als gottgefällig ansah; weil Flüchtlinge und MigrantInnen härter arbeiten als andere; weil zehn begabte UnternehmerInnen zehn weitere anziehen; weil es in Schwaben pifffige BastlerInnen gibt und weitsichtige Regierungen gute Schulen und Hochschulen gebaut haben – kurz: weil die ganze Geschichte eines Landes die Gegenwart mitproduziert hat und die vollständige Liste der UrheberInnen und Mitwirkenden an „neuen Geschäftsideen“ mindestens so lang ist wie der Abspann von zehn Hollywood-Filmen. „Wir reklamieren den Inhalt der Geschichte“, so formulierte der jugendliche Friedrich Engels den Anspruch aller Mitglieder der Gesellschaft auf das Erbe der Vergangenheit und das Mehrprodukt der Gegenwart (Engels 1981, S. 545).

Die Arbeit im Anthropozän

Es gibt noch einen zweiten, ungleich größeren und harten Grund, warum wir die Digitalisierung nicht über uns kommen lassen dürfen, sondern ihr eben so viel Aufmerksamkeit widmen müssen wie dem Klimawandel, und warum wir über Arbeit in einem weit größeren Rahmen als dem der herkömmlichen Lohnarbeit denken müssen.

„Das künftige Schicksal der planetarischen Umwelt [wird] massiv vom Fortgang der digitalen Revolution abhängen [...] Nur wenn es gelingt, die digitalen Umbrüche in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten, kann die Wende hin zu einer nachhaltigen Welt gelingen. Digitalisierung droht ansonsten als Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern zu wirken, die die planetarischen Leitplanken durchbrechen.“

So beginnt das 500 Seiten starke Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“, das der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen, kurz WBGU, der Bundesregierung 2019 übergeben hat (WBGU 2019, S. 1). Es denkt die beiden großen Entwicklungen der jüngsten Moderne, die globale Bedrohung der Lebensgrundlagen – den Klimawandel, den Artenschwund, die Übersäuerung der Meere, die Erschöpfung der Böden – und die explosiven Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie zusammen. Digitalisierung, so der Befund, werde trotz all der schönen Namen – smart home, smart cities, smart agriculture – bislang überwiegend zur Steigerung des konventionellen Wachstums eingesetzt. Dabei sei sie das Große Werkzeug, das den Wandel im Naturverhältnis

organisieren und beschleunigen könnte: In der Dekarbonisierung, der Kreislaufwirtschaft, einer umweltschonenden Landwirtschaft, bei der effizienten Verwendung von Materie, für Logistik- und Transportsysteme, die nicht so einfältig sind wie das Elektroauto, für das Überwachen von Wäldern und Meeren, für die Verbreitung eines globalen Bewusstseins.

Und das heißt: alle Algorithmen sind politisch. Was not tut – das legt die Lektüre dieses Berichts nahe –, ist eine starke politische Bewegung, die dafür kämpft und Konzepte entwickelt, damit die „letzte Metamorphose der Arbeit“ mit ihren mächtigen Instrumenten nicht der Verewigung unkontrollierten Wachstums, sondern der Beherrschung des Klimawandels, dem globalen Ausgleich, der globalen Bewirtschaftung der Menschheitsressourcen dient.

Gewerkschaft 4.0

Zukunftsorientierte Gewerkschaften stehen vor der anspruchsvollen Aufgabe, einen Spagat auf Dauer zu stellen. Einerseits müssen sie unter verschärften ökonomischen und technischen Randbedingungen Abwehrkämpfe gegen Betriebsschließungen, steigende Belastungen und sinkende Reallöhne führen. Und die sind nicht leichter geworden durch die Zunahme untypischer Arbeitsverhältnisse, zersplitterter Belegschaften, die Drohung von Betriebsverlagerungen. Die Regeln der alten Ökonomie (die ja weiterbesteht) und die eingeübten Verfahren der Auseinandersetzung passen nicht auf die Gegebenheiten von Crowd- und Click-Arbeit, die neue Heimarbeit, die

scheinselbständigen Plattform-Praktiken. Arbeitskämpfe gegen Unternehmen, die keinen „Betrieb“ mehr bilden, weil ihre MitarbeiterInnen an Hunderten von Orten sitzen, erfordern die Einübung neuer Kampfweisen, bis hin zu Flashmobs und kreativen Unterstützungstreiks (umfassend und grundlegend dazu Giesen und Kersten 2018). Dabei könnten die Möglichkeiten der Sozialen Netzwerke und der audiovisuellen Medien strategisch entscheidend werden, auch weil sie die Organisations-Aversion gerade unter den Jungen unterlaufen.

Und andererseits: Wenn nicht länger nur der Lohn und die „Lebensqualität“, sondern das Leben in Gesellschaft und das Überleben der Gattung aus ökologischen Gründen in Frage stehen; wenn die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft einen radikalen Umbau der öffentlichen Infrastrukturen erfordert; wenn der soziale Frieden, national wie weltweit, nur mit einer gleichmäßigeren Verteilung der Lasten und Gewinne der globalen Produktion zu sichern sein wird – dann gilt verschärft, was Erhard Eppler 1972 auf der Oberhausener Tagung zur „Lebensqualität“ sagte: Der Übergang in eine ökologische Weltwirtschaft und eine neue Epoche der Weltgesellschaft, der das Leben aller BürgerInnen, jedes Arbeitenden, jeder Familie verändern wird, stellt die Gewerkschaften vor die Aufgabe, neben ihrer Funktion im Verteilungskampf zu einer starken *politischen* Kraft in den Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Zukunft zu werden – als die Vertretung aller Menschen, die nicht über genügend Vermögen verfügen, um ohne einen Job und ohne Sozialstaat ein gutes Leben zu führen (Eppler 2011/1972, S. 10-14).

Eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht nur defensiv sein, die begeistern will, muss moderner sein, als der Kapitalismus es je zulassen würde. Sie muss eine „soziotechnologische Hegemonie entwickeln: sowohl in der Sphäre der Ideen und Ideologien als auch im Bereich der materiellen Infrastruktur“. So schreiben es die Sozialwissenschaftler Nick Srnicek und Alex Williams auf englisch-pragmatische Weise in ihrem Buch „Die Zukunft erfinden“ (2016, S. 223). Auf die Digitalisierung bezogen heißt das: Gewerkschaften sollten zu Treibern statt zu Bremsern der letzten Metamorphose der Arbeit werden. Sie sollten sich für eine weitergehende Automatisierung aller Routinearbeiten einsetzen und, dadurch ermöglicht, eine radikale Arbeitszeitverkürzung zum Polarstern ihrer Arbeit machen. Sie sollten die „Maschinenstürmerei“ (Dath 2008, S. 76) des Kapitals beenden, die den technischen Fortschritt nur als abhängige Variable der Geldvermehrung zulässt, also: die Maschinen von den Fesseln der Kapitalverwertung zu befreien, damit sie uns mehr Freiheit ermöglichen. Damit das möglich wird, brauchte es freilich ein Bildungssystem – Schule und Betrieb – dessen durchschnittliche AbsolventInnen für mehr als Lieferantofahren oder Kassenbedienen ausgebildet wären, theoretisch für anspruchsvolle Arbeit, an Maschinen, deren Mechanismus, deren Funktionsweise sie beherrschen statt von ihm beherrscht zu werden, und darüber hinaus mit einem Verständnis für die Gesellschaft als Ganze – eine Neuauflage der polytechnischen Bildungsidee. Die großen Aufgaben des Jahrhunderts – der Umbau der Energiesysteme, die Ökologisierung der Wirtschaft, die Erhaltung der Restnatur, die Bewältigung des demogra-

phischen Wandels erfordern eine allgemeine Höherqualifizierung *aller* gesellschaftlich Arbeitenden. Die BürgerInnen der Zukunft werden mehr wissen und mehr können müssen.

Ich stelle mir vor, dass die besten und vernehmbarsten Ideen über die notwendigen Veränderungen von denen propagiert werden, bei denen Kompetenz und Realismus zusammenkommen. Dass ver.di die besten Ideen für eine wirkliche Verwaltungsrevolution durchsetzt, dass die NGG im Bündnis mit der IG BAU und NGOs eine Kampagne für die Qualität des Essens und der Tierhaltung führt, dass die IG Metall sich unter ihren Mitgliedern für Solar-auf-dem-Dach und intelligente Mobilität auch jenseits des Automobils einsetzt, die GEW mit Aktionen gegen eine kommerziell dirigierte Digitalisierung der Lernverhältnisse auffällt, und die IG BCE die Palette der Pharmaprodukte und Verpackungsexzesse kritisch durchsieht. Und warum gibt es in einer aufgelassenen Medienlandschaft neben Hunderten von kommerziellen und Business-Kanälen nicht auch schon längst ein pfiffiges ArbeiterInnen-TV? Die Kosten dafür wären überschaubar, und aus der ruhmlosen Geschichte der Parteipresse und von politischen You-tuberInnen könnte man lernen wie man es (nicht) machen sollte. Kurzum: Gewerkschaften müssen um ihret und um der Gesellschaft willen mehr werden als die Interessenvertretung von Kernbelegschaften: eine Avantgarde im Übergang zum Anthropozän. Das sei zuviel verlangt? Es gibt unter den Menschenrechten, so sagte es kürzlich ein Philosoph, keines auf Nicht-Überforderung. Wir müssen unseren Garten bestellen.

Literatur

Die Links wurden am 23. Juni 2022 letztmals überprüft.

Arendt, H. (1981). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper

Becker, M. M. (2017). *Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?* Wien: Promedia

Dath, D. (2008). *Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Engels, F. (1981). *Die Lage Englands* (MEW 1). Berlin: Dietz [Alle Bänder der MEW zum Download unter <https://marx-wirklich-studieren.net/>]

Eppler, E. (2011/1972). *Die Qualität des Lebens. Vortrag auf der Tagung der IG Metall 1972 zum Thema „Lebensqualität“*. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/09120.pdf>

Giesen, R., & Kersten, J. (2018). *Arbeit 4.0. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in der digitalen Welt*. München: Herder

Jahoda, M. (1983). *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*. Weinheim: Beltz

Kierkegaard, S. (1885). *Entweder – Oder. Ein Lebensfragment*. Feedbooks. <https://zeitfuerdich.files.wordpress.com/2014/01/kierkegaard-entweder-oder-lebensfragment.pdf>

Leroi-Gourhan, A. (1980). *Hand und Wort. Die Evolution von Technik, Sprache und Kunst*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Marx, K. (1962). *Das Kapital. Erster Band* (MEW 23). Berlin: Dietz

Marx, K. (1968). *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844* (MEW 40). Berlin: Dietz

- Marx, K. (1983). *Ökonomische Manuskripte 1857/1858* (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42). Berlin: Dietz
- Precht, R. D. (2022). *Freiheit für alle. Das Ende der Arbeit, wie wir sie kannten*. München: Goldmann
- Rathenau, W. (1964). *Schriften und Reden*. Frankfurt a. M.: S. Fischer
- Srnicek, N., & Williams, A. (2016). *Die Zukunft erfinden: Postkapitalismus und eine Welt ohne Arbeit*. Berlin: Edition Tiamat
- Staab, P. (2019). *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*. Berlin: Suhrkamp
- Theriault, R. (1996). *Maloche. Eine kurze Betrachtung der Arbeit*. Frankfurt a. M.: S. Fischer
- WBGU (2019). *Hauptgutachten: Unsere gemeinsame digitale Zukunft*. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2019/pdf/WBGU_HGD2019_Z.pdf

Der Autor

Mathias Greffrath, Soziologe und Journalist, schreibt Essays und Reportagen u. a. für ARD-Anstalten, *ZEIT*, *taz*. Schwerpunkte der letzten Jahre: Geschichte der Aufklärung und der Arbeit, Globalisierung, Klimawandel, Neuro- und Biowissenschaften, Zukunft des Staates und der Bildung, Europäische Politik und nationale Mentalitäten. Letzte Veröffentlichungen: Montaigne heute, Leben

in Zwischenzeiten, Zürich 1998; als Herausgeber: Re: Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert, München 2017; Inventur und Neustart, Überlegungen zur Zukunft des Staates, der Wissenschaft und der Schule, Deutschlandfunk 2021, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/inventur-und-neustart-1-3-ueberlegungen-zur-zukunft-des-100.html>.

Jana Gebauer

Imagining Otherwise

Fantastische Perspektiven
auf Arbeit in der Transformation



„Ein Leben in Arbeit“ wurde von anderen für uns erfunden. Oder gegen uns. Erniedrigt zur Ausbeutung oder überhöht zum Fetisch bestimmt Erwerbsarbeit, was wir gelten und woran wir teilhaben können. Die Arbeitsgesellschaft begreift Leben als Ressource und verwertet es in Leistung. Schaffen wir sie ab. Die Postarbeitsgesellschaft begreift Leben als Sinn und verwirklicht es durch Care. Legen wir sie an.

Denken Sie oft an die Zukunft von „Ostdeutschland“? Gut, vielleicht wohnen Sie da nicht und haben wenig Anlass. Oder Sie sind nicht offiziell damit beauftragt wie Carsten Schneider von der SPD. Er ist seit Ende 2021 der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland und damit zuständig für den sogenannten Aufbau Ost. Er denkt also professionell über die Zukunft der fünf halb-alten Bundesländer auf dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR nach. Schneider ist Ostdeutscher, aber auch Seeheimer, also SPD-Konservativer. Sein Nachdenken über Ostdeutschlands Zukunft klingt daher nach Wirtschafts- und Industriepolitik einer älteren Schule, die Angst hat, etwas Großes zu verpassen. Jedenfalls in einem Interview in der *tageszeitung*, mit dem er mein eigenes, sehr anderes Nachdenken über – nicht nur ostdeutsche – Zukunftsfähigkeit kurz unterbrach (Schulz und Gottschalk 2022).

Schneider blickt auf Ostdeutschland und sieht: jede Menge Arbeitslose und jede Menge leere Fläche. Noch, denn zumindest Letztere zählt er als echtes Pfund im gerade startenden Wettbewerb der Regionen um die sich post-pandemisch dezentraler aufstellenden Großunternehmen. Schon mit der giga Tesla-Ansiedlung in Grünheide – Brandenburg bei Berlin – kam die „Zukunft“ ins Land, geht es, wie für Schneider, nach Aktienkurs und Marktkapitalisierung des E-Autobauers. Weitere Kernindustrien müssten folgen und daher weist man einem Großinvestor nicht die Tür, sondern die Flächen aus.

Und die Arbeitslosen? In den vollautomatisierten Hochtechnologiefabriken werden sie wohl nur begrenzt unterkommen. Aber auch als „ungelernter“ Lagerarbeiter im wachsenden Online-Versandhandel ließe sich ja Arbeiterstolz gewinnen und arbeitgesellschaftliche Anerkennung

gleich mit. Und wenn dann alle noch ihr abgelaufenes Klassenbewusstsein erneuerten, könnten starke Gewerkschaften tarifgebundene Preise für die auf den Markt getragene Arbeitskraft erkämpfen. Ist Ostdeutschlands Wachstumsbremse erst gelöst, kämpft der Ostbeauftragte auch persönlich vor den neuen Werkstoren.

*„Hard times are coming, when we'll
be wanting the voices of writers who
can see alternatives to how we live now.“*

(Ursula K. Le Guin)

Nicht wenige verbinden mit der Re/Industrialisierung „4.0“ eine gute alte Zukunftsvorstellung, die in einer gewerkschaftlich begleiteten Transformation Wege für Wachstum und Beschäftigung weist. Nicht weniger andere sehen hierin eher eine Zukunftsverstellung, die jede Fantasie für einen echten Wandel vermissen lässt. Fehlende Fantasie ist nun leider nichts, was Menschen bekümmert, die sich realpolitisch v/erwachsen fühlen. Erwünscht ist die Kraft der Vorstellung eigentlich nur bei Kindern für die Selbstbeschäftigung und bei (Tech-)Unternehmern für die großen Visionen. Alle anderen sollen sich produktiv der Kraft des Geschaffenen stellen; der Rest ist Eskapismus.

Dieser „Eskapismus“ – oder vielmehr: das starke Bedürfnis, die Dinge anders denken zu wollen – bricht sich aber besonders dann Bahn, wenn sozusagen deren Weichen gestellt werden müssen. Etwa in Krisen. Clara Zetkin erklärte die große Popularität des utopischen Romans „Looking Backward 2000-1887“ von Edward Bellamy weniger mit dessen künstle-

rischer Bedeutung oder wissenschaftlicher Fundierung. Beides sprach sie ihm im Vorwort ihrer eigenen Übersetzung klar ab, wie er ohnehin viel kritisiert und auch parodiert wurde. Aber er bildete für Zetkin etwas ab, das in den krassen Verwerfungen und Krisen, die die kapitalistische Industrialisierung begleiteten, vielen Menschen bewusst geworden war, nämlich „daß an der gesellschaftlichen Organisation, daß in der Organisation der Arbeit ‚etwas‘ zu bessern sein müsse.“ (Zetkin 1949, S. 9) Seine vielen Leser_innen suchten also keine Ausflüchte, sondern echte Auswege in ein besseres Leben – und der Roman war dafür „reich an Anregungen, kritischen und fruchtbaren Gedanken über das Heute und Morgen der Gesellschaft“, so Zetkin (ebd., S. 10).

Bellamy war damals auch als Autor nicht allein mit dem Bedürfnis, andere Zukünfte erzählerisch zu entwickeln und auszumalen. William Morris (2009/1890) reagierte 1890 mit „News from Nowhere“ unmittelbar auf den „Rückblick“. Er stieß sich an der bloß staatssozialistisch gewendeten Industriegesellschaft Bellamys. In seiner Utopie deindustrialisierte und dezentralisierte Morris lieber und verband die Ästhetik konvivialer Handwerkskünste mit gelingender Selbstversorgung auf dem Land und in rückgebauten Gartenstädten. Charlotte Perkins Gilman (2015/1915) entwarf 1915 in ihrer Fortsetzungsgeschichte „Herland“, die erst 1979 in Buchform herauskam, die erste feministische Utopie. Sie beschreibt eine Art regenerative *steady-state economy* einer Frauengesellschaft, die aufgrund geologischer Besonderheiten isoliert ist und so über Generationen frei von externer Bedrängnis ein suffizientes Leben in kollektiv sorgender Fülle aufbauen kann.¹

Zentraler Gegenstand der drei Texte – und vieler weiterer davor und danach – ist die Frage, wie sich Arbeit in den Gesellschaften verändert und wie diese Veränderungen im Sinne der Menschen und ihrer Gemeinschaften wirken. Einiges davon lässt sich in heutigen Zukunftsentwürfen wiederfinden, die sich umsichtig und vorsorgend auf die vielfachen, sich immer weiter zuspitzenden Krisendynamiken des nunmehr globalisierten Industriekapitalismus beziehen. Es ist eine kollektive Suche nach dem guten Leben für alle – und auch schlicht nach einem gerechten Überleben in der Vielfachkrise. Mit einem sozial-ökologischen Umbruch sollen tiefgreifende Veränderungen solidarisch gestaltet, aber auch solidarisch „ausgehalten“ werden können.

„The point is not for utopia [...] to assign ‚true‘ or ‚just‘ goals to desire but rather to educate desire, [...] to open a path for it. Desire must be taught to desire, to desire better, to desire more, and above all to desire otherwise.“
(Miguel Abensour)

Ganz bewusst geht es bei dieser Suche nicht darum, Utopien als abgeschlossene und sowieso nicht erreichbare oder auf Dauer nicht für alle wünschbare Idealgemeinschaften zu entwerfen. Stattdessen wird in kollektiven Prozessen geübt, wozu Ruth Levitas (2013) Zukunftsdenker_innen anregt: „Utopie als Methode“ zu nutzen. In dem Bedürfnis, anderen als den vorgegebenen Wegen zu folgen, Zukünfte neu normativ herzuleiten, über sie zu spekulieren, sie zu fiktionalisieren – und neue Wege anzulegen, fließen in solchen Prozessen heute die Ideen, Erfahrungen und Kenntnisse von

Menschen aus Wissenschaft, Bewegung und Praxis bunt, wertschätzend und bereichernd ineinander.

Einfach ist es allerdings nicht, unser Leben „aus der Perspektive der Veränderbarkeit“ zu betrachten, wozu Eva von Redecker uns in ihrer „Revolution für das Leben“ (2020) dringlich einlädt. Wir klammern uns an die immergleiche Erzählung von einer Art FOMO²-Ökonomie, in der wir als Unternehmende keine Gelegenheit des Verwertens, als Konsumierende keine Gelegenheit des Verbrauchens und als Arbeitende keine Gelegenheit des Verwertet- und Verbraucht-werdens auszulassen hätten. Da ist es verwirrend und auch anstrengend, uns in erster Linie als *Menschen* und „die Natur“ (gar „Fläche“) als Räume voller *Leben* wahrzunehmen, mit Bedürfnissen, Verbundenheiten und Verletzlichkeiten, für die Ausbeutung keine gelingende Beziehungsweise ist. Um zu verändern, was geworden ist, müssen wir also vorstellbar machen, was kaum noch vorstellbar ist. Wir brauchen Sand im mentalen Getriebe, müssen lernen, anders zu wünschen, und verstehen, dass wir das dürfen. Und dann müssen wir anders erzählen.

Olivia Golde (2020) hat in ihrem Buch „Karstadt waren wir“ so eine andere Erzählung versucht. Sie wollte sie von ihren Protagonistinnen bestimmen lassen, Karstadt-Verkäuferinnen einer Leipziger Filiale, die geschlossen wurde. Würden sie gern weiterarbeiten und wie würden sie ihre Arbeit gestalten, was wünschen sie sich für die Zukunft? Die Verkäuferinnen taten sich schwer damit, ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen überhaupt Gewicht und Legitimität beizumessen. Sie erlaubten sich erst, über ihre Zukunftsvorstellungen nachzudenken, nachdem Golde *für sie* eine utopische Erzählung

gewagt hatte. Erst das fertige, manifeste Buch, das doch bloß von ihnen handelte, öffnete den Verkäuferinnen einen Raum, in dem sie und ihre Geschichten wie auch ihr gemeinsames Zukunftsdenken wichtig wurden.

*„Radical Imagination is not just about
dreaming alternative futures.
It lures us into embodying alternatives
in practices, actions, and thinking.“*
(Radical Imagination Conference)

Aber auch in einem solchen Raum ist radikales Imaginieren kein Selbstläufer. Gewohnt, immer realistisch und anschlussfähig bleiben zu sollen, kalkulieren wir in Wandelprozessen vorausseilend mit Sachzwängen, Mehrheiten und Machbarkeiten. Unser Fantasiemuskel, der uns über reine Szenarien hinaus zu Vorstellungen davon tragen könnte, wie es wäre, wenn es *wirklich anders* wäre, ist daher maximal untrainiert, geradezu verkrampft. Viele Prozesse des Utopisierens starten daher mit Lockerungsübungen: Die Zukunftsdenker_innen begeben sich auf Traumreisen, um ihre Gedanken ganz von Raum und Zeit, vom Hier und Jetzt zu lösen; sie befragen Figuren spekulativer Literatur, um mit deren Ideen und Kräften ihre eigenen, anderen Zukunftsgeschichten zu schreiben.³

Und wenn wir unsere Vorstellungskraft trainiert haben, was folgt daraus? Wir können weiter entwerfen, können das Andere immer radikaler und das Eine immer seltener denken, bis wir es vergessen. Wir können breiter entwerfen, uns darin mit Vielen verbinden, denn gute Zukünfte finden wir nur *mit*

denen, die wo/anders im Leben stehen als „wir“. Wir können mehr probieren und schon im Gehen umsichtig umsetzen, was nicht erst im Ankommen gut werden soll. Wir können in den Utopien leben, sie miteinander lebbar machen, sie ver-orten. Und weil auch Utopier_innen von besseren Welten träumen, wie Peter Seyferth (2015) betont, hören wir mit all dem nie auf. Wir gehen vor, zurück und zur Seite, drehen uns zwei-, drei-, viele Male und einander zu. In guten Welten können alle tanzen und die Zeiten verbinden sich im Kreis.⁴

So könnte ein „Wir“ der Vielen in gleicher Freiheit zu moralischem Entscheiden das wünschbare Gute im Gestern, Heute und Morgen er/finden, das Eine verwerfen, das Andere bestärken, alles verhandeln und offen gestalten: Im Wechselspiel von imaginierendem und schaffendem Weltenbauen, im solidarischen Ringen um gute Vorstellungen des Zusammenlebens, des einander Versorgens, des miteinander Wirkens lernen wir, „unser Leben selbst zu erfinden“, wozu uns Ursula K. Le Guin eindringlich rät. Denn andernfalls, so Le Guin (2020, S. 25), „wird unser Leben von anderen Menschen für uns erfunden werden“.

*„Die Befreiung von der Herrschaft der Arbeit
war ein revolutionärer Moment. Es war ein Tag
der Freiheit, der Tag, an dem wir die Arbeit verlernten.
Wir feiern ihn heute und sagen: ‚Happy After Work Day‘.
Den Tag, an dem wir die Arbeit überwunden haben.“*
(Tobi Rosswog)

„Ein Leben in Arbeit“ wurde von anderen für uns erfunden. Oder gegen uns. Erniedrigt zur Ausbeutung oder überhöht

zum Fetisch bestimmt Erwerbsarbeit, was wir gelten und woran wir teilhaben können. Die Arbeitsgesellschaft begreift Leben als Ressource und verwertet es in Leistung. Schaffen wir sie ab. Die Postarbeitsgesellschaft begreift Leben als Sinn und verwirklicht es durch *Care*. Legen wir sie an.

„Ein Leben in *Care*“ erfinden wir selbst. Das I.L.A. Kollektiv fängt direkt damit an und erzählt in „Das Gute Leben für Alle“ eine „neue Geschichte [...]“. Die Geschichte von einer Gesellschaft, in der Wohlstand mit Lebensqualität und Zeit, Verbundenheit und Kooperation von Menschen und Mitwelt, Genuss und Muße sowie sozialer Gerechtigkeit und Freiheit gleichgesetzt ist. Die Geschichte eines Guten Lebens für Alle.“ (2019, S. 11) Diese Geschichte erzählt von wünschbaren Zukünften und realen Utopien, die von der Logik wechselseitigen Sorgens durchzogen sind.⁵ Sorge – *Care* – solidarisiert die Beziehungsweisen von Menschen mit Menschen, mit anderen Lebewesen und mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Sie bindet so unser Entscheiden, Re/Produzieren und Arbeiten zurück an die gesellschaftlichen, menschlichen und nicht-menschlichen Bedürfnisse und an unsere „shared dependence on an earthbound existence“, wie Anna Yeatman (2015, S. 124) es benennt.

In der Sorgelogik wird der bisherige enge Arbeitsbegriff aufgebrochen und zum solidarischen Tätigsein erweitert: Erwerbsarbeit, sofern sie weiter besteht, ist darin nur noch eine unter vielen möglichen Formen des Tätigseins und wird auf ein unmittelbar versorgungsnotwendiges Maß zurückgeführt. In „Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048“ vom Konzeptwerk Neue Ökonomie (KNÖ 2020) reichen dafür 20 Stunden in der Woche. Denn die Grundversorgung an

Bildung, Gesundheit und Pflege, Mobilität und Kommunikation, Wasser, Energie, Wärme und Wohnraum sichern öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen. Und ein bedingungsloses Grundeinkommen sorgt darüber hinaus für eine „finanzielle Freiheitsgarantie“ (ebd., S. 27).

Die Care-Perspektive verwirft die Idee von „Jobs“ – wir müssen unsere Arbeitskraft nicht „auf den Markt tragen“, weil wir Geld brauchen, um damit unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Sondern unser direktes Bedürfnis ist es, „etwas Sinnvolles zu tun, beizutragen zur Herstellung von Produkten, und diese zu nutzen“, wie es Friederike Habermann beschreibt (2011, o.S.). Und deshalb wollen wir arbeiten – aber auf eine Weise, „in der die Bedürfnisse der Arbeitenden gemeinsam mit den Bedürfnissen der auf diese Arbeit Angewiesenen an erste Stelle treten“, so Eva von Redecker (2020, S. 206).

In der „Zukunft für Alle“ können wir neben oder statt der reduzierten Erwerbsarbeit unser Leben je nach unseren Interessen, Bedarfen und Lebensphasen verbringen – uns bilden, ver/sorgen und politisch engagieren. „Die Umgestaltung der Gesellschaft ohne Arbeitszwang, die Schaffung vieler sinnvoller Tätigkeiten mit attraktiven Arbeitsbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten haben dazu geführt, dass Menschen meist tätig sein wollen. Manche sind es vielleicht nicht im Erwerbsbereich, übernehmen dafür aber andere Aufgaben. Heute sind Menschen eher bereit, von sich aus beizutragen, weil es sinnvoll scheint und sie selbstbestimmt entscheiden können.“ (KNÖ 2020, S. 37) Das heißt, wir teilen die Arbeit und sind nicht mehr durch Arbeit – oder Arbeitslosigkeit – geteilt.

Die Sorgelogik beendet die Verwertung und reduziert den Verbrauch. An die Stelle der Angst, uns etwas entgehen zu lassen oder etwas zu erbringen, das dann andere abschöpfen, rücken Kooperation und Suffizienz – wir entspannen uns jeweils im Genug, denn unsere Fülle entsteht im Sozialen. Weniger Überfluss-Güter, die sinnlos in den Markt gepresst werden, nur noch Produkte und Leistungen, die gesellschaftlich wie ökologisch nützlich und gerecht sind – das verwandelt unsere Berufswelt. Tobi Rosswog (2018, S. 65) fordert uns in „After Work“ auf, selbst den Test zu machen: „Was würde sich in unserer Gesellschaft ändern, wenn es folgende Berufsgruppen nicht mehr gäbe? [...] Und jetzt überlege, welche Aufgabenfelder es hingegen unbedingt braucht.“

Für die Audioutopistas (2020, S. 11 f.) fallen zum Beispiel Autobauer weg: In „2048 – Szenen aus einer Welt von morgen“ ist Mobilität kaum noch individuell motorisiert. Die wenigen verbliebenen Autos und Transporter werden geteilt, überregional fahren Züge und Wasserstoff-Busse eng getaktet und koordiniert – und über „die blöde Idee vom Elektroauto“ lernt mensch nur noch „in Technikgeschichte, [...] gleich nach Kohle und vor Kernkraft.“ Ganze Industrien, nämlich die ressourcenintensiven und ökologisch schädigenden, werden also um- oder rückgebaut. Die sozial-ökologische Industriekonversion kommt in keinem Zukunftsentwurf ohne Gewerkschaften aus, die ökologisch radikal umdenken und Perspektiven für gerechte Übergänge mitentwickeln. Die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie nimmt diese Rolle zumindest in „Neuland“, einem von vier Szenarien eines umfassenden Prozesses der IG BCE zu „Perspektiven 2030+“, gedanklich an und sieht dort künftig

Gewerkschaften und Betriebsräte, die an einer ökologisch tragfähigen Struktur- und Industriepolitik, regionalen Strukturwandel-Projekten und guten, sicheren und qualifizierten Perspektiven der Beschäftigten mitwirken – in Anerkennung der notwendigen „Verringerung von Industrieproduktion und Ressourcenverbrauch“ (IG BCE 2019, S. 40).

Apropos qualifiziert: Sonja Hermeneit (2021) erzählt in „JobXChange“ vom überraschend naheliegenden Wechsel einer Bibliothekarin in die medizinische Diagnostik. Sie zeigt damit, wie wir in einer gewandelten Zukunft – oder: im Wandel selbst – unsere Befähigungen entdecken, schulen und für unterschiedliche wichtige Tätigkeiten einsetzen können. In Leah Zaidis (2019) „Job Ads from the Future“ sind zum Teil sehr andere Befähigungen oder Bereitschaften gefordert, wenn wir in Zukunft auch gänzlich neue Dinge tun werden müssen, um gerechtere Gesellschaften zu gestalten und mit ökologischen Krisen umzugehen: Als „Forest Feeder“ dienen wir zum Beispiel als Wirte für Nano-Bakterien, die Plastik und Giftstoffe abbauen können. Wir tragen sie in geschädigte Ökosysteme, damit sie bei deren Regeneration helfen, während wir selbst dort sterben: „die reviving the earth“. Zaidi pointiert und provoziert mit ihren „Job Ads“ – zum Beispiel darüber zu diskutieren, was unsere existenzielle Verbundenheit mit diversen Lebensformen und -räumen erfordert und was wir jenseits ökologischer Kippunkte bereit sein müssen zu tun, wenn wir jetzt nicht deutlich mehr leisten als bisher.

Um zu breit wünschbaren Zukunftsvorstellungen zu kommen, die neuen Wege anzulegen und die erforderlichen Praktiken einzuüben, ist eins in allen Entwürfen entschei-

dend: die direkt-demokratische Teilhabe auf allen Ebenen der Gesellschaftsgestaltung. Das I.L.A. Kollektiv (2019, S. 67) nennt es „Den Rat neu erfinden“. Und tatsächlich sind für öko-solidarische Zukunftsdenker_innen häufig Räte-Strukturen das Mittel vor der Wahl. Am Beispiel der Produktion übersetzt es das KNÖ (2020, S. 30) so: „Heute sind alle Betriebe demokratisch organisiert und kontrolliert, das heißt mindestens alle Arbeiter*innen entscheiden gemeinsam, was und wie produziert wird. Gleichzeitig sind diese Entscheidungen aber auch gesellschaftlich eingebettet – über Rätestrukturen wird der Rahmen festgelegt, innerhalb dessen die Betriebe über ihre Produktion entscheiden können.“ Die IG BCE sieht im Szenario einer stärker demokratisierten Wirtschaft auch eine neue Rolle für Gewerkschaften – als Trägerinnen von Genossenschaften oder regionalen Entwicklungsgesellschaften, „wenn etwa Betriebsstätten geschlossen werden sollten und die Beschäftigten sie mit neuen Nutzungskonzepten und gewerkschaftlicher Unterstützung selbst übernommen haben“ (IG BCE 2019, S. 42).

Solidarische Versorgungszusammenhänge sind durch Nähe und Wechselseitigkeit bestimmt. Es ist ein „Handel der kurzen Wege“, den das I.L.A. Kollektiv (2019, S. 53) beschreibt und der Herstellung und Gebrauch der Güter konkret verortet, in die Regionen einbettet, auf die – menschlichen wie nicht-menschlichen – Bedürfnisse und Bedingungen dort bezieht. „Ein utopischer Ausblick auf Pödelwitz [Landkreis Leipzig] im Jahr 2025“ enthält für das KNÖ und das Bündnis „Alle Dörfer bleiben!“ vor allem eine vielfältige, selbstorganisierte Beitragsökonomie, öffentliche Betriebe und viele alte und neue Kleinunternehmen und Händler_innen, insbeson-

dere Kollektivbetriebe. Sie bestimmen den regionalen Strukturwandel aus der Kohle, der eine klare Bedingung hat: „Die Ansiedlung großer Konzerne soll weiterhin vermieden werden – aus der Vergangenheit wurde gelernt!“ (KNÖ 2020a, S. 27) Die werden auch nicht gebraucht: Je nach Produkt und Ressourcenanspruch sind die kooperativ organisierten Betriebe beim KNÖ von der lokalen bis zur globalen Ebene in unterschiedlich komplexe Produktionsnetzwerke eingebunden. Im regionalisierten, regenerativen Wirtschaften der Sorge-Utopie tragen alle nach ihren Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Fülle bei und sie kommt allen nach ihren Bedürfnissen zugute. Für J.K. Gibson-Graham und Ethan Miller (2015, S. 14) vom Community Economies Collective schließt dies ausdrücklich „plants, animals, bacteria, fungi and dynamic energetic systems“ ein. Hier ist keine Fläche „leer“.

*„Das Unentwickelte, dessen Form wir nicht kennen,
nur ahnen, ist noch keine Alternative zum Bestehenden,
sondern ein Defizit, aber kein Defizit zum Realen,
sondern ein Defizit zum Möglichen.“*
(Jutta Brückner)

Gute Zukunftsvorstellungen sind vielfach herausfordernd und müssen (fortlaufend) situiert diskutiert werden. Aber sie entstehen eben nicht dadurch, dass wir es einfach an andere delegieren, ihre Visionen völlig kontextfrei und unverbunden zu entfalten. An Tech-Unternehmer und Großinvestoren zum Beispiel. Die Tesla Autofabrik in Grünheide war schneller hochgezogen, als wir Versteppung sagen konnten, und die gerade verkündete Intel Chipfabrik in Magdeburg wird jetzt

schon für die vielen Pendler_innen gefeiert, die sich bald auf einen neuen fremdbestimmten Arbeitsweg machen. In beiden Fällen wird wohl wenig für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort produziert, wird nicht regenerativ mit den Gegebenheiten gearbeitet, sondern absehbar gegen sie. So werden sich soziale Probleme kaum verringern, ökologische aber sicher verschärfen. Das so wenig visionäre – und wenig demokratische – Befeuern des alten Wirtschafts- und Arbeitsmodells, das allein auf Wachstum und Verwertung setzt, verbrennt leider genau die „Flächen“, auf denen wir der Vielfachkrise begegnen und das gute Leben für alle anlegen müssen.

Unser starkes Bedürfnis, die Dinge anders denken zu wollen, verbrennt es nicht. „Es ist kein menschlicher Fehlgriff, die Welt zu verändern. Man kann sie schließlich auch verschönern“, ruft uns Eva von Redecker zu (2020, S. 291). Und so bauen wir weiter am wünschbaren Möglichen – und verringern zugleich den Abstand dahin. Dabei hilft uns, auch diesen Abstand nochmal ganz anders zu betrachten: Welche der solidarischen Praktiken, die wir in einem guten Leben für alle sehen wollen, sind denn schon da und können von uns jetzt gestärkt und verbreitet werden? Auch dafür müssen wir unsere Vorstellungskraft trainieren: um die vielen bunten Ansätze zu einer Form, einer echten Alternative zum Bestehenden zusammenwachsen zu sehen, um ihre Tragkraft auch dann zu erkennen, wenn die allgemeine Erzählung von etwas Unzureichendem spricht, um unsere eigene Befähigung dafür zu entdecken, bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe zu verwirklichen. Wofür wir unsere Energie und unseren Ideenreichtum nicht aufwenden sollten: die Defizite im Bestehenden zu erhalten.

Anmerkungen

- 1 „Looking Backward“ und „News from Nowhere“ sind in genderemanzipatorischer Hinsicht heute kaum zu ertragen, obwohl sie eine Art Gleichberechtigung mitdenken und dafür auch scharf kritisiert wurden. Aber auch „Herland“, die Geschichte der isolierten *weißen* Frauengesellschaft, bietet mit ihrer mangelnden Intersektionalität und der Überhöhung der (parthenogenetischen) Mutterschaft ins Religiöse einiges Anstrengende für heutige Leser_innen. Der Wert der Texte besteht so auch darin, sie ja immer emanzipatorischer denken zu können – und zu sollen. Das gilt für alle utopischen (und dystopischen) Entwürfe und Erzählungen.
- 2 Fear of missing out, die zwanghafte Angst, etwas zu verpassen
- 3 „Stories from the Future – Our 2030“, ein kollaboratives Projekt von ACUD MACH NEU in Berlin, zog etwa Werke und Ideen von Edward Abbay, Donna Haraway, Ursula K. Le Guin, Kevin Reynolds, Nora Roberts, Dr. Seuss, Olga Tokarczuk und Sylvia Wynter heran, um ein klimaneutrales, gerechtes und wünschbares 2030 zu imaginieren.
- 4 In „Living My Life“ von 1934 streitet Emma Goldman mit Verve dafür, so ausgelassen zu tanzen, wie sie es will, und wirft sich damit einem absurd archaischen Vorwurf aus der eigenen Bewegung entgegen, dass dies der anarchistischen Sache in irgendeiner Weise schaden könnte. (Shulman 1991)
- 5 Das I.L.A. Kollektiv folgt im gemeinsamen Zukunftsdenken der Sorge-Utopie des Netzwerks Care Revolution, siehe etwa Werkstatt Care Revolution (2017).

Literatur

Die Links wurden am 14. Juni 2022 letztmals überprüft.

ACUD MACHT NEU (2020). *Stories from the Future – Our 2030*. Online-Ausstellung. <http://collectivepractices.acudmachtneu.de/2021/01/17/stories-from-the-future-our-2030/>

Audioutopistas (2020). *2048 – Szenen aus einer Welt von morgen*, Hörspiel. Online <https://www.attac.de/audioutopistas>, finale Fassung vom 17.8.2020

Bellamy, E. (1949/1887). *Looking Backward 2000—1887 / Ein Rückblick aus dem Jahre 2000*. Berlin: Dietz

Gilman, C. P. (2015/1915). *Herland*. London: Vintage Books

Golde, O. (2020). *KARSTADT WAREN WIR/chronik einer angekündigten leerstelle*. Leipzig: Trottoir Noir

Habermann, F. (2011). Solidarität wär' eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle. *Papers der Rosa Luxemburg-Stiftung*. Online <https://demonetize.it/2011/solidaritaet-waer-eine-prima-alternative-oder-brot-schoki-und-freiheit-fuer-alle/>

Hermeneit, S. (2021). JobXChange. In L. Schmeink, & R. H. Schneider (Hrsg.), *Future Work – Die Arbeit von übermorgen. 15 Kurzgeschichten aus der Zukunft* (S. 67–74). Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – KIT Scientific Publishing. <https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000134596/128264764>

IG BCE (2019). *Change/Chance. Perspektiven 2030+*. Die IG BCE Szenarien. https://zukunftsgewerkschaft.de/wp-content/uploads/RZ_191115_Arbeitsbuch_.pdf

I.L.A. Kollektiv (Hrsg) (2019). *Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise*. München: oekom Verlag

KNÖ – Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.) (2020). *Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048: gerecht, ökologisch, machbar*. München: oekom Verlag

KNÖ – Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.) (2020a). *Solidarisch, klimagerecht und selbstbestimmt. Ein utopischer Ausblick auf Pödelwitz im Jahr 2025*. https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2020/07/Brosch%C3%BCre_Solidarisch_Klimagerecht_Selbstbestimmt.pdf

Le Guin, U. K. (2020). Die Gebrauchsanweisung. In Dies., *Am Anfang war der Beutel. Warum uns Fortschritts-Utopien an den Rand des Abgrunds führten und wie Denken in Rundungen die Grundlage für gutes Leben schafft* (S. 22 – 28). Klein Jasedow: thinkOya

Levitas, R. (2013). *Utopia as method: The imaginary reconstitution of society*. London: Palgrave Macmillan

Morris, W. (2009/1890). *News from Nowhere: Or an epoch of rest*. Oxford: Oxford University Press

Redecker, E. von (2020). *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt a. M.: S. Fischer

Rosswog, T. (2018). *After Work. Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit*. München: oekom Verlag

Schulz, D., & Gottschalk, K. (2022, 10. Februar). Neuer Ostbeauftragter Carsten Schneider: „Wir brauchen Klassenbewusstsein“. *die tageszeitung*. <https://taz.de/Neuer-Ostbeauftragter-Carsten-Schneider!/5830879/>

Seyferth, P. (2015). San Francisco nach der Ökonomie: After the Deluge. Die anarchokommunistische Öko-Utopie Chris Carlssons. In S. Ebert, & J. Glaeser (Hrsg), *Ökonomische Utopien* (S. 21 – 35). Berlin: Neofelis

Shulman, A. K. (1991). Dances with Feminists. *Women's Review of Books*, IX(3). <https://www.lib.berkeley.edu/goldman/Features/dances-withfeminists.html>

Werkstatt Care Revolution (2017). *Sorge ins Zentrum einer Alternative zum Kapitalismus*. https://care-revolution.org/wp-content/uploads/2017/08/Care_Utopie_Kollektiv.pdf

Yeatman, A. (2015). The Human Condition in the Anthropocene. In K. Gibson, D. B. Rose, & R. Fincher (Hrsg.): *Manifesto for Living in the Anthropocene*. (S. 123 – 126). Brooklyn, NY: punctum books

Zaidi, L. (2019). Job Ads from the Future. <https://www.leahzaidi.com/job-ads-from-the-future>

Zetkin, C. (1949). Einleitung. In E. Bellamy, *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000*. (S. 9 – 11). Berlin: Dietz Verlag

Die Autorin

Jana Gebauer forscht, spricht und schreibt unter dem Label „Die Wirtschaft der Anderen“ zu öko-solidarischen Zukünften jenseits des Wachstums. Sie verknüpft gesellschaftliche Debatten um Transformationen und Utopien mit kollektivem Erzählen, Spekulation und Aktivismus, um von bisherigen Umbruchprozessen zu lernen und alternative Zukünfte zu entwerfen. Ihre Herangehensweise findet sich zum Beispiel in der Publikation mit Philipp P. Thapa (2021): Utopisieren. Zukunftsfähige Ökonomien denken und verwirklichen. Schwerpunkt in *Ökologisches Wirtschaften*, 3/2021.

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums
der Otto Brenner Stiftung ist außerdem erschienen:

Welche Politik wollen wir?

Zur Zukunft des Staates, der Zivilgesellschaft
und der Demokratie

Inhalt:

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

Das Politische, das Private und ein gelingendes Leben

Eine Einleitung

Kathrin Röggla

Zivilgesellschaftliche Pegelstände, alternder Meeresspiegel

Dirk Baecker

Bürger 4.0

Lisa Herzog

Freiheit oder Gleichheit? Gleiche Freiheit!

Imran Ayata

Leben, lieben, kämpfen – in einem anderen Land

Bettina Kohlrausch

**Wie die Krise soziale Ungleichheiten
verschärft**

Tanja Klenk

Wohlfahrtsstaat und Demokratie

Stärken und Schwächen der Selbstverwaltung

Silke Bothfeld

Sicher und klimafest

Der deutsche Sozialstaat vor einer
doppelten Herausforderung

Dieter Rucht

**Linke und rechte Mobilisierungspotentiale
seit 1990**

Horst Kahrs

**Was heißt „linke Politik“
und was wird aus ihr?**

Ilse Bindseil

**Krise, Selbsttäuschung und
das Freiheitsrecht Denken**

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums
der Otto Brenner Stiftung ist außerdem erschienen:

Welche Öffentlichkeit brauchen wir?

Zur Zukunft des Journalismus und
demokratischer Medien

Inhalt:

Benedikt Linden und Hans-Jürgen Arlt

Demokratisierung als Richtschnur medialer Transformation

Eine Einleitung

Otfried Jarren und Renate Fischer

Demokratische Öffentlichkeit

Eine medienpolitische Gestaltungsaufgabe

*Hendrik Theine, Mandy Tröger
und Sebastian Seignani*

Wer beherrscht die Medien?

Zur Einfassung des Journalismus
durch Technologiekonzerne

Hadija Haruna-Oelker

Wer macht Medien?

Diversität als Herausforderung und Anspruch

Julia Friedrichs

Eine Klasse für sich?

Wieso Akademiker:innen die Redaktionen beherrschen

Ines Schwerdtner

Das Verschwinden der Arbeiterklasse aus den Medien

Tanjev Schultz

Kritik und Vertrauen

Einstellungen zu den Medien und vertrauensbildende Maßnahmen der Redaktionen

Dominik Piétron

Tech-Lash, what's next?

Drei Strategien zur Demokratisierung der sozialen Medien

Leonhard Dobusch

Chancen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Stephanie Reuter

Non-Profit-Journalismus

Eine medienpolitische Weichenstellung für die kommende Dekade

Harald Schumann und Elisa Simantke

Europas Krisen und das Versagen der Medien

Die überfällige Europäisierung des Journalismus

Die wirtschaftliche, technische und politische Organisation der Arbeit entscheidet maßgeblich darüber, ob soziale Existenzängste oder ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben den Alltag beherrschen. Heute drohen Krisen unsere Gesellschaft noch weiter in Verlierer und Gewinner zu spalten.

Anlässlich unseres 50jährigen Stiftungsjubiläums diskutieren Wissenschaftler:innen und Schriftsteller:innen die politische Ökonomie und zeigen Szenarien guter Arbeit, die Rücksicht auf die Natur, mehr Demokratie, gleiche Freiheiten und Chancen der Selbstverwirklichung realisiert.



www.otto-brenner-stiftung.de